## **AFRIKANISCHE POLITIK**

### Kritische Konzepte in der Politikwissenschaft

### Weitere Titel dieser Reihe

Revolution

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Rosemary HT O'Kane, 4 Bände

Nationalismus

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von John Hutchinson und Anthony D. Smith, 5 Bände

Internationale Beziehungen

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Andrew Linklater, 5 Bände

Liberalismus

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von GW Smith, 4 Bände

Sozialismus

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Jeremy Jennings, 4 Bände

Global Governance

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Timothy J. Sinclair, 4 Bände

Wohlfahrt und Staat

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Nicholas Deakin, 5-bändiges Set von Catherine Jones Finer und

**Bob Matthews** 

Faschismus

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Roger Griffi und dem 5-bändigen Set von Matthew Feldman

Vergleichende Politik

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Howard Wiarda, 6 Bände

Terrorismus

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von David C. Rapoport, 4 Bände

Menschenrechte

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Hilal Elver, Richard Falk und Lisa Hajjar, 5 Bände Demokratie

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Michael Saward, 4 Bände

Friedensstudien

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Matthew Evangelista, 4 Bände

War

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Alex J. Bellamy, 4 Bände

Zivilisation

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Brett Bowden, 4 Bände

Die Europäische Union

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Simon Usherwood, 5 Bände

Internationale politische Ökonomie

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Benjamin J. Cohen, 4 Bände

Islamisches politisches Denken und Regierungsführung

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Abdullah Saeed, 4 Bände

Der Westen und der Nahe Osten

Herausgegeben und mit einer neuen Einleitung von Barry Rubin. 4 Bände

Al-Kaida

Herausgegeben und mit einer neuen Einleitung von Paul Cruickshank, 5 Bände

Politisches Wissen

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Jeffrey Friedman und Shterna Friedman, 4

Bände

Recht und Politik

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Keith Whittington, 4 Bände

Politik und Internet

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von William H. Dutton, 4 Bände Islamische politische und soziale Bewegungen

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Barry Rubin, 4 Bände

Staatsbürgerschaft

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Richard Bellamy und Madeleine Kennedy-Macfoy 4-Bände-Set

### Demnächst

Vereinte Nationen

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von David Travers, 5 Bände

Demokratisierung

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Ronald Inglehart und Christian Welzel, 4 Bände

Terrorismus und Menschenrechte

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Alex
Schmid, 4 Bände

Globale Governance

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von David Coen und Tom Pegram, 4 Bände

Postkoloniale Politik

Herausgegeben mit einer neuen Einleitung von Sanjay Seth, Francisco Carballo und David L. Martin, 4 Bände

## **AFRIKANISCHE POLITIK**

## Kritische Konzepte in der Politikwissenschaft

Bearbeitet von Nic Cheeseman

Band I
Afrika und die Welt:
Souveränität, Abhängigkeit und Extraversion



Erstveröffentlichung 2016 von Routledge 2 Park Square, Milton Park, Abingdon, Oxon OX14 4RN

und von Routledge 711 Third Avenue, New York, NY 10017

Routledge ist ein Ableger der Taylor & Francis Group, einem Informationsunternehmen

Redaktionelles Material und Auswahl © 2016 Nic Cheeseman; Einzelne Eigentümer behalten das Urheberrecht an ihrem eigenen Material.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung in irgendeiner Form oder mit heute bekannten oder später erfundenen elektronischen, mechanischen oder anderen Mitteln, einschließlich Fotokopieren und Aufzeichnen, oder in einem Informationsspeicher- oder -abrufsystem nachgedruckt, reproduziert oder genutzt werden von den Verlagen.

Markenhinweis: Produkt- oder Firmennamen können Marken oder eingetragene Marken sein und werden nur zur Identifizierung und Erläuterung ohne die Absicht einer Rechtsverletzung verwendet.

Katalogisierung der British Library in Publikationsdaten Ein Katalogeintrag für dieses Buch ist in der British Library erhältlich

Bibliothek des Kongresses Katalogisierung-in-Publikationsdaten Ein Katalogeintrag für dieses Buch wurde angefordert

ISBN: 978-1-138-90165-0 (Set) ISBN: 978-1-138-90166-7 (Band I)

Satz in 10/12pt Times NR MT von Graphicraft Limited, Hongkong

Anmerkung des Herausgebers

Die Verweise in den einzelnen Kapiteln sind so, wie sie im ursprünglichen Gesamtwerk erscheinen.

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

Für Julia, die alles möglich macht

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

## **INHALT**

## **BAND I AFRIKA UND DIE WELT:**

Souveränität, Abhängigkeit und Extraversion

Danksagungen des Herausgebers	xix
Danksagungen	xxi
Chronologische Tabelle der nachgedruckten Artikel und Kapitel	xxiii
Eine Einführung in die afrikanische Politik und Band I 999 999999999	1
TEIL 1	
Kolonialherrschaft und ihr Erbe	27
1 Der Sklavenhandel und die Ursprünge des Misstrauens in Afrika	29
2 Jenseits von Siedlern und Einheimischen als politische Identitäten: Überwindur das politische Erbe des Kolonialismus	ng 71
3 britische koloniale Hinterlassenschaften und politische Entwicklung ÿÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿ	85
TEIL 2	
Souveränität, Abhängigkeit und Extraversion	109
4 Die politische Ökonomie der IWF-Kreditvergabe in Afrika	111

5 Afrika in der Welt: eine Geschichte der Extraversion ÿÿÿÿ-ÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿ	141
6 Extraversion, Anfälligkeit gegenüber Geldgebern und politische Liberalisierung in Afrika	190
TEIL 3 Hilfe und die Governance-Agenda	213
7 Auslandshilfe, Institutionen und Regierungsführung in Afrika südlich der Sahara ÿÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿ	215
8 Die Macht von Partnerschaften in der globalen Governance	247
9 Konditionierung der Auswirkungen von Hilfe: Politik des Kalten Krieges, Glaubwürdigkeit der Geber und Demokratie in Afrika 9999 9999999	265
TEIL 4 Die afrikanische Diaspora und der Anstieg der Rücküberweisungen	283
10 Globalisierung von unten: Konzeptualisierung der Rolle der afrikanischen Diasporas in der Entwicklung Afrikas	285
11 Transnationaler Ressourcenfluss und die Paradoxien der Zugehörigkeit: Neuausrichtung der Debatte über Transnationalismus, Überweisungen, Staat und Staatsbürgerschaft in Afrika	318
12 afrikanische Diasporas: Auf dem Weg zu einer globalen Geschichte ÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿ	341
TEIL 5 Panafrikanismus, Afrikanische Union und regionale Integration	359
13 Erklärung des Konflikts und der Interessenübereinstimmung von Major Akteure bei der Gründung der Afrikanischen Union	361

# Machine Translated by Google Rezensions exemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford уууууууу

14 Globalisierung und Regionalisierung in Afrika: Reaktionen auf	
Versuche eines neoliberalen Regionalismus	380
<del>yyy yyyyyy</del>	
TEIL 6	
Der Aufstieg Chinas und eine "multipolare" Welt	401
26. Maiotiog Chinao and Gino "inattipolato" troit	
15 Konkurrierende Hegemonen? Chinesische versus amerikanische Geoökonomie	
Strategien in Afrika	403
ÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿ	
16 Die Vergangenheit in der Gegenwart: historische und rhetorische Abstammungslinien	
in Chinas Beziehungen zu Afrika	430
<del>ууууу</del> у. <del>ууууууу</del>	
BAND II DER AFRIKANISCHE STAAT: DER KAMPF	
UM MENSCHEN UND RAUM ZU KONTROLLIEREN	
UM MENSCHEN UND RAUM ZU KONTROLLIEREN	
Danksagungen	ix
Danksagungen	
Einführung in Band II	1
999 999999999	
TEIL 1	
Der postkoloniale Staat und seine Grenzen	15
17 Das Ende des postkolonialen Staates in Afrika? Überlegungen zur	
Veränderung der politischen Dynamik in Afrika	17
<del>9999999</del> 99999999	
18 Staatsbürgerschaft und ethnische Zugehörigkeit: eine Untersuchung zweier	
Übergangsmomente in der kenianischen Politik	44
9999999 9. 999999	
	•
19 Die Logik des Staatsversagens: Lernen aus dem Afrika des späten Jahrhunderts	81
<del>999999</del> 9. <del>99999</del>	
20 Reaktion auf Staatsversagen in Afrika	102
ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿ	

# Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford уууууууу

TEIL 2 Traditionelle Führer, "hybride Institutionen" und unregierte Räume		
21 Demokratische Dezentralisierung und traditionelle Autorität: Dilemmata der Landverwaltung im ländlichen Südafrika	127	
22 Die Wurzeln der Resilienz: Erkundung der Unterstützung der Bevölkerung für Afrika traditionelle Autoritäten  ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ	146	
23 Twilight-Institutionen: Behörden und Kommunalpolitik in Afrika	169	
24 Die Politik des Schutzes: Perspektiven auf Selbstjustiz in Nigeria ÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ	191	
TEIL 3 Neo-Patrimonialismus, Schwarzwirtschaft und Korruption	207	
25 Neopatrimonialismus neu gedacht: kritische Überprüfung und Ausarbeitung eines schwer fassbaren Konzepts yyyy yyyyyyyy yyy yyyyyyy	209	
26 Eine moralische Ökonomie der Korruption in Afrika? y. y. yyyyyyy yy yyyyyyy	233	
27 Geheimwirtschaften, Gewalt und Staaten in Afrika	260	
TEIL 4 Entwicklungspatrimonialismus und Entwicklungsstaaten	283	
28 Nachdenken über Entwicklungsstaaten in Afrika	285	
29 Neo-Patrimonialismus, Rent-Seeking und Entwicklung: Mit dem Strom schwimmen?  ÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ	318	
30 Entwicklungspatrimonialismus? Der Fall Ruanda	325	

# Machine Translated by Google r Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford ทั้งทั้งทั้งขึ้ง

TEIL 5 349 Besteuerung und Gesellschaftsvertrag 351 31 Finanzbehörden und Behörden in Subsahara-Afrika 32 Besteuern Sie mich, wenn Sie können: ethnische Geographie, Demokratie und 369 Die Besteuerung der Landwirtschaft in Afrika ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿ 33 Die Ursprünge der freiwilligen Compliance: Einstellungen zur 398 Besteuerung im städtischen Nigeria ŷÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ ÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ BAND III IDENTITÄTSPOLITIK, KONFLIKT **UND UNTERKUNFT: KLASSE, RELIGION UND ETHNIE** ix Danksagungen Einführung in Band III 1 ÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿÿ TEIL 1 17 Klasse und Ungleichheit 34 Demokratie und Verteilung in stark ungleichen Volkswirtschaften: der Fall Südafrika 19 ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿÿ 45 35 Die institutionellen Ursprünge der Ungleichheit in Subsahara-Afrika ÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿ ÿÿ ÿÿÿÿÿ 36 "Ein Palimpsest der Widersprüche": Ethnizität, Klasse und 73 Politik in Afrika ÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿ TEIL 2 91 Die Politik der Religion 93 37 Religion und Politik: Afrikanische Erkenntnistheorien ernst nehmen ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ ÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿ ÿÿÿ ÿÿÿÿ

# Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford уууууууу

38 Politik im Wandel, dynamische Religion: Religion ist politisch	
Auswirkungen im heutigen Afrika	109
999999 999999 99999	
39 Vom Argument zur Verhandlung: Aufbau der Demokratie in Afrikanische muslimische Kontexte ÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿÿÿÿ	126
TEIL 3	
Ethnizität, Staatsbürgerschaft und Entwicklung	149
Etimetat, otaatooargoroonart and Entworking	
40 Die politische Bedeutung kultureller Unterschiede: Warum Chewas und Tumbukas sind Verbündete in Sambia und Gegner in Malawi 9999999 9. 9999999	151
41 Von der begrenzten zur flexiblen Staatsbürgerschaft: Lehren aus Afrika ÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿÿÿ	183
42 Stamm oder Nation? Nation Building und öffentliche Güter in	
Kenia im Vergleich zu Tansania	196
999999 9999999	
TEIL 4 Identität, Land und Konflikt	231
40 Die Delitik des Lee des farme in Oire behaue	233
43 Die Politik der Landreform in Simbabwe	200
,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	
44 Autochthonie und Staatsbürgerschaft: neue Formen im Kampf um	
Zugehörigkeit und Ausgrenzung in Afrika	255
99999 999999999	
45 Landregime und die Struktur der Politik: Muster landbezogener Konflikte	268
99999999 99999	
TEIL 5	
Bürgerkrieg und ethnische Gewalt	285
46 Warum gibt es in Afrika so viele Bürgerkriege? Verständnis	
und Verhinderung gewaltsamer Konflikte	287
<u> </u>	

47 Zur Häufigkeit von Bürgerkriegen in Afrika 309 377 377 378 48 Kriege enden! Veränderte Muster politischer Gewalt in Afrika südlich der Sahara 327 379 379 379 379 379 379 379 379 370 370 370 370 370 370 370 370 370 370	Machine Translated by Google r Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford	
48 Kriege enden! Veränderte Muster politischer Gewalt in Afrika südlich der Sahara 327 39999 999999  TEIL 6 Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung 49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan §51 999999999999999  50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika 99999999 9999999  51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender Perspektive 999999 9999999  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN	ууууууу	
48 Kriege enden! Veränderte Muster politischer Gewalt in Afrika südlich der Sahara 99999 999999  TEIL 6 Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung 349  49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan §51 9999999 999999  50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika 97999999 999999  51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender Perspektive 979999 999999  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen  ix	47 Zur Häufigkeit von Bürgerkriegen in Afrika	309
Afrika südlich der Sahara  yyyyy yyyyyy  TEIL 6 Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung  49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan §51  yyyyyyy yyyyyy  50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika  yyyyyyyy y. yyyyyyy  51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender  Perspektive  yyyyyy yyyyyy  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER  KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen  ix	9999 9999999 999 9999 99999999	
TEIL 6 Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung 349  49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan§51 yyyyyyyy yyyyyyy  50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika 370 yyyyyyyy y. yyyyyyy  51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender Perspektive 392 yyyyyy yyyyyyy  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen ix	·	327
Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung  49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan 51	<del>ΫΫΫΫΫ</del> <del>ΫΫΫΫΫΫ</del>	
Friedenskonsolidierung, Machtteilung und interethnische Unterbringung  49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan 51		
49 Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhan § 51 yyyyyyy yyyyyy  50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika 370 yyyyyyyy y. yyyyyyy  51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender Perspektive Perspektive 9392 yyyyyy yyyyyy  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN		349
50 Mäzenatentum und politische Stabilität in Afrika  770 77777777777777777777777777777777	Friedenskonsondierung, Machttenung und Interetimische Onterbringung	0.0
51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender Perspektive 9797979 9797979  BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen  ix		nĝ <sup>51</sup>
Perspektive 999999999999999999999999999999999999	·	370
BAND IV AUTORITARISMUS UND DER KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen ix	51 Föderalismus in Afrika: Die nigerianische Erfahrung in vergleichender	
KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen ix	•	392
KAMPF UM DEMOKRATIE: ZIVILGESELLSCHAFT, POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen ix		
POLITISCHE VERTRETUNG UND WAHLEN  Danksagungen ix	BAND IV AUTORITARISMUS UND DER	
Darinsagurig <del>e</del> ri	·	
Find the man in Board IV	Danksagungen	ix
	Einführung in Band IV	1

Danksagungen	ix
Einführung in Band IV	1
999 999999999	
TEIL 1	45
Zeitgenössischer Autoritarismus	15
52 Staatsstreiche und Konflikte in Westafrika, 1955–2004: Teil I,	
theoretische Perspektiven	17
9999999 9. 9999999	
111111 1· 1111111	
53 Afrikas Regimespektrum	38
9999999 999 99 999999	
54 Das sich wandelnde Gesicht des Autoritarismus in Afrika: der Fall	
Uganda	52
ÿÿÿÿ ÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ	

## 

55 Ideologie, zivile Autorität und das simbabwische Militär yyyyyyy-yyyyy yyyyy		
TEIL 2		
Politische Parteien und Parteiensysteme	99	
56 Bewertung afrikanischer Parteiensysteme nach der dritten Welle 9999999 99999999	101	
57 Kapital und Opposition in Afrika: Koalitionsbildung in multiethnischen Gesellschaften	122	
99999999 9. 99 <del>9</del> 99999		
TEIL 3		
Klientelismus und politische Mobilisierung	159	
	404	
58 Wahlabsichten in Afrika: ethnisch, wirtschaftlich oder parteilsch?	161	
ŷŷŷŷŷŷ ŷŷŷŷŷŷŷ, ÿÿŷŷ ŷŷŷŷŷŷŷ ŷŷŷ ŷŷŷÿ		
59 "Es ist unsere Zeit zu "hacken"": Fördern Wahlen in Afrika den	107	
Neopatrimonialismus, anstatt ihm entgegenzuwirken?	187	
yyyyyy y- yyyyyyyy		
60 Klientelismus und Wahlverhalten: Beweise aus einem		
Feldexperiment in Benin	206	
<del>ŷŷŷŷŷŷ ŷŷŷŷŷŷŷŷ</del> ŷ		
TEIL 4		
Die Macht der Wahlen	229	
61 Die überraschende Bedeutung afrikanischer Wahlen	231	
9999999 9. 99999999		
62 Wahlen in Afrika als Vehikel für Veränderungen	245	
yyy <del>yyyyyyyy</del>		
TEIL 5		
Horizontale Rechenschaftspflicht und politische Institutionalisierung	261	
	225	
63 Die Institutionalisierung politischer Macht in Afrika  yyyyyy y. yyyyyy y. yyyyyy y. yyyyyy	263	

## Machine Translated by Google r Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

64 Präsidenten ungezähmt	277
ÿ. ÿÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿ	
65 Parlamente auf dem Vormarsch?	291
ÿÿÿÿ ÿ. ÿÿÿÿÿÿ	
66 Überarbeitung strategischer Modelle der Beziehungen zwischen Exekutive und Judikative:	
Erkenntnisse aus neuen afrikanischen Demokratien	305
<del>ŷŷŷŷŷ ŷŷŷŷŷŷŷ ŷŷŷŷŷŷ</del> <del>ŷŷŷŷŷ</del> ŷ	
TEIL 6	
Zivilgesellschaft, Geschlecht und politische Repräsentation	329
67 Zivilgesellschaft und demokratische Entwicklung	331
ÿ. <u>ÿÿÿÿÿÿ-yÿÿÿÿ</u>	
68 Religion und Demokratisierung in Afrika	354
9999 999999	
69 Frauen in Bewegung: Veränderungen in afrikanischen politischen	
Landschaften	377
ÿÿÿÿ ÿÿÿÿ ÿÿÿÿÿ	
70 Geschlechterquoten, Demokratie und Frauenrepräsentation in	
Afrika: einige Erkenntnisse aus dem demokratischen Botswana und dem autokratischen Ruanda	401
<del>99999999</del> 99999 999 999999 9. <del>999999</del>	
Index	424

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

## DANKSAGUNG DES HERAUSGEBERS

Ich danke den in diesen vier Bänden aufgeführten Autoren für die Erlaubnis, ihre Arbeit zu reproduzieren, Gabrielle Lynch und Justin Willis für ihre Ideen und Ratschläge zur Einleitung sowie Moizza Sawar und Claire Elder für ihre hervorragende Forschungsunterstützung. Rita Abrahamsen, Peter Von Doepp, Lauren Harrison, Dan Paget, Rachel Beatty Riedl und Nicolas van de Walle gaben wertvolles und großzügiges Feedback zur Kapitelauswahl. Alle verbleibenden Fehler oder Auslassungen sind meine eine

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

## **DANKSAGUNGEN**

Die Herausgeber danken folgenden Personen für die Erlaubnis zum Nachdruck ihres Materials:

American Economic Association und die Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck von Nathan Nunn und Leonard Wantchekon, "The Slave Trade and the Origins of Missrust in Africa", *American Economic Review*, 2011, 101, 7, 3221–3252.

Cambridge University Press um Erlaubnis zum Nachdruck von Mahmood Mamdani, "Beyond Settler and Native as Political Identities: Overcoming the Political Legacy of Colonialism", *Comparative Studies in Society and History*, 2001, 43, 4, 651–664.

Elsevier für die Erlaubnis zum Nachdruck von Matthew K. Lange, "British Colonial Legacies and Political Development", *World Development*, 2004, 32, 6, 905 – 922.

Cambridge University Press um Erlaubnis zum Nachdruck von Randall W. Stone, "The Political Economy of IWF Lending in Africa", *American Political Science Review*, 2004, 98, 4, 577–591.

Oxford University Press für die Erlaubnis zum Nachdruck von Jean-François Bayart, "Africa in the World: A History of Extraversion", *African Affairs*, 2000, 99, 395, 217–267.

Oxford University Press und die Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck von Caryn Peiffer und Pierre Englebert, "Extraversion, Vulnerability to Donors, and Political Liberalization in Africa", *African Affairs*, 2012, 111, 444, 355 –378.

Die University of Chicago Press und die Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck von Deborah A. Bräutigam und Stephen Knack, "Foreign Aid, Institutions, and Governance in Sub-Saharan Africa", Economic Development and Cultural Change, 2004, 52, 2, 255–285.

Taylor und Francis und der Autorin für die Erlaubnis zum Nachdruck von Rita Abrahamsen, "The Power of Partnerships in Global Governance", *Third World Quarterly*, 2004, 25, 8, 1453–1467.

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung
Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

vvvvvvvvvvvvvvv

Cambridge University Press und der Autor für die Erlaubnis zum Nachdruck von Thad Dunning, "Conditioning the Effects of Aid: Cold War Politics, Donor Credibility, and Democracy in Africa", *International Organization*, 2004, 58, 2, 409 – 423.

Taylor und Francis und die Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck Giles Mohan und AB Zack-Williams, "Globalisation from Below: Conceptualising the Role of the African Diasporas in Africa's Development", Review of African Political Economy, 2002, 29, 92, 211–236.

Taylor und Francis sowie die Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck von Ebenezer Obadare und Wale Adebanwi, "Transnational Resource Flow and the Paradoxes of Belonging: Redirecting the Debate on Transnationalism, Remittances, State and Citizenship in Africa", Review of African Political Economy, 2009, 36, 122, 499 –517.

Cambridge University Press um Erlaubnis zum Nachdruck von Paul Tiyambe Zeleza, "African Diasporas: Toward a Global History", *African Studies Review*, 2010, 53, 1, 1–19.

Oxford University Press und der Autor für die Erlaubnis zum Nachdruck Thomas Kwasi Tieku, "Explaining the Clash and Accommodation of Interests of Major Actors in the Creation of the African Union", *African Affairs*, 2004, 103, 411, 249 –267.

Taylor und Francis und dem Autor für die Erlaubnis zum Nachdruck lan Taylor, "Globalization and Regionalization in Africa: Reactions to Attempts at Neo-liberal Regionalism", Review of International Political Economy, 2003, 10, 2, 310–330.

Elsevier für die Erlaubnis zum Nachdruck von Pádraig R. Carmody und Francis Y. Owusu, "Competing Hegemons?" Chinese versus American Geoeconomic Strategies in Africa", *Political Geography*, 2007, 26, 504 –524.

Cambridge University Press und die Autorin für die Erlaubnis zum Nachdruck von Julia C. Strauss, "The Past in the Present: Historical and Rhetorical Lineages in China's Relations with Africa", *The China Quarterly*, 2009, 199, 777–795.

### Haftungsausschluss

Die Verlage haben alle Anstrengungen unternommen, um Kontakt zu den Autoren/
Urheberrechtsinhabern der in African Politics (Critical Concepts in Political Science) abgedruckten Werke aufzu Dies war jedoch nicht in jedem Fall möglich und wir würden uns über die Korrespondenz von Personen/Unternehmen freuen, die uns nicht zur Verfügung standen verfolgen.

## Chronologische Tabelle der nachgedruckten Artikel und Kapitel

Chronologische Tabelle der nachgedruckten Artikel und Kapitel				
Datum Autor	Artikel/Kapitel	Quelle Bd. 1	(erl.	
1996 Jeffrey Herbst	Reaktion auf Staatsversagen in Afrika	Internationale Sicherheit, 21:3, 120 –44.	20	
1997 Stephen N. Ndegwa	Staatsbürgerschaft und ethnische Zugehörigkeit: eine	American Political Science Review,	18	
	Untersuchung zweier Übergangsmomente in der kenianise	cRdn3qdiRR — 616.		
2000 annçois Bayart	oralische der Korruption in Additional von der Welt: eine Geschick der Kuraversion	Das Journal of Modern Frican Studies, 37:1  African Affail 5, 217–67.		
200 m Elbadawi und cholas Sambanis, rtbank	n gibt es in Afrika so viele rkriege? ttätige Konflikte versteh dern	Journal of Jeconomies, 9:3, 244 –69.		
M d Mamdani Jense  11 Tha kandawire	wirtschaft, Gewalt ur n  und Einheimisc s  poll dentitäten: Übr ing  poli Erbes des Ko mus  enken wicklungs in Afr	Journal sal Affairs, 53:2, 433 – 59.  Comp S S Society and Histo , 6:  Ca Journ nomics, II 25 – 314.	27	
Jerd kings 2002 Paul Cd Anke Hoeffler	Demok d Verte äußerst ungleic swir n: der Fall a Zur Entst n F egen in Afrika	Inal of Mod an 39:3, 471–9 of Conflict Re 46 III 47		
2002 Giles Mohan und AB Z /illiams 2002 Nicolas van de Walle	Globalisierung von unten: Konzeptualisierung der Fernarrikanische pora er Entworg Afrikas Afrikas Regimevielfalt	Review of African Political Economy, 29:92 36. Journal of Democracy, 13:2, 66 – 80.	10	





## Fortsetzung der chronologischen Tabelle

Fortsetzung der chronologischen Tabene			
Datum Autor	Artikel/ Kapitel	Quelle	Bd. Kerl.
2003 Staffan I. Lindberg  2003 Ind Sper Matondi  20 ylor  Tripp  Let antchekon Klie  34 Rita sen  004 Bruce in  2004 Deborah in senigam and Stephen Knack	"Es ist unsere Zeit zu "hacken"": Fördern Wahlen in Afrika den Neopatrimonialismus, anstern intgegenzuwirken?  Landreform in Simb  isierung und Regionalisie Afrika: nen auf Versuche eines telen Regionalismus Bewegung: Transfo  iff e politische Lands us elverhalten: Be us e Feld ent in Benin Die M Partnersch der globale nance "Ein Pa der W iche": Ethn Klasse u k in Auslandsmus, molitumene und Regierungsführung in Afrika südlich der Sahara  Konden ung der Auswirku der Hille Stitk des k rieges, Glaubwür der G nd Demo n Afrika	Vom Kap bis z entwickelnde sich eitsherausforderungen im südlichen Af Review of nal Political Economy 30.  Internal Cournal of Politics, 5:2, 2? Welt 5:3, 22.  The I Quarts 1453–6? I Studies, 37. I Studies, 37. I Mandel, 52:2, 255–85. Internal Cournal of Politics, 5:2, 2409–23.	V 6
2004 E. Gyimah-Boadi	Zivilgesellschaft und demokratische Entwicklung	Demokratische Reform in Afrika: Die Qualität des Fortschritts, Lynne Rienner, S. 99–120.	IV 67

2004 Jeff Haynes	Religion und Demokratisierung in Afrika,	Demokratisierung, 11:4, 66 – 89.	IV 68
2004 Matthew K. Lange	britische koloniale Hinterlassenschaften	Weltentwicklung, 32:6, 905 – 22.	
	und politische Entwicklung		
2004 Edward Miguel	Stamm oder Nation? Nation Building und	Weltpolitik, 56:3, 328 –62.	11 42
	öffentliche Güter in Kenia im Vergleich zu Tansania		
2004 Lungisile Ntsebeza	Demokratische Dezentralisierung und	European Journal of Development	21
	traditionelle Autorität: Dilemmata der Landverwaltung im ländlichen Südafrika	Research, 16:1, 71–89.	
2004 Daniel N. Posner	Die politische Bedeutung kultureller	American Political Science Review,	III 40
	Unterschiede: Warum Chewas und	98:4, 529–45.	
	Turan Sambia Verbündete was wi Ge	egner sind	
2004 Stone	Ökonomie der IWF	American Po	
	á	98:4, 577–9	
200 has Kwasi Tieku	erung des Konflikts und	African Aff :411, 249 –67.	13
	senübereinstimmung og skteure		
	Gründung der Afrikar		
i Tripp	wandelnde Gesich	Africa T	
	t smus in Afrika: d		
Ci Young	Das des postkolonia dat dat rika?	Africa s, 23 – 49.	
	Übel n zur Veränder polit		
	Dynal rika		
05 Pete jere	Autod und Staa rschaft	Fo Entwick dien,	III 44
	Forme npf um rigkeit ur	3 –84.	
	Ausgre		IV 56
2005 Carrie I	Bewertul isc eiensysteme	blitik, 11:6, 70	IV 56
	nach der antten Welle		
2005 Patrick J. McGowan Staats	sstreiche und Konflikte in Westafrika, 1955–	Streitkräfte und Gesellschaft, 32:1, 5 –2	3. IV 52
	2004 theoretische F		



## Fortsetzung der chronologischen Tabelle

Datum Autor	Artikel/Kapitel	Quelle		Bd. Kert.
2006 Staffan I. Lindberg	Die überraschende Bedeutung afrikanischer Wahlen	Journal of Democracy, 17:1, 139 –51. IV 61		
2006 Christian und 2007 g.R. Carmody und ancis Y. Owusu 20 nen Ellis und rie ter Haar rdmann und ngel asara  07 Fran lyamnjoh 007 Danie ner un ung 2008 Joel D. 2008 Robert H. Bates  B Day atten  2008 H. Kwasi Prempeh 2009 Leonardo R. Arriola	tutionen: öffentliche Aplitik in Afrika Verende Hegemonen? Chinamerikanische geoökonon on und Politik: Afrikanistnistheorien ernst nel	Das Journ Studies, Commo KonReities, Ameri IIII 101: 72.  Ci D Studies, Of Democratic Confliktmanagen Wisse 25:4  Afrika 1–1.	cracy, 24 enent und Frieden 19	37 25 37 111 41



2009 Odd-Helge Fjeldstad und Mick Moore 2009 Andreas Mehler

2009 Ebenezer Obadare und Wale Adebanwi

2009 Julia C. Strauss

2009

201 as van de Walle

eeseman lo A. Villalón Vom

Pa Na nbe Zeleza nn und Wantcheko 11 Pete epp und

2012 David I und Friedrich Golooba-Mutebi Finanzbehörden und Behörden in Subsahara-**Afrika** 

Frieden und Machtteilung in Afrika: ein nicht so offensichtlicher Zusammenhang Transnationaler Ressourcenfluss und die

Paradoxien der Zugehörigkeit: Neuausrichtung der Debatte über Transnationalismus.

Überweisungen, Staat und Staatsbürgerschaft in Afrika

Die Vergangenheit in der Gegenwart: historische e Abstammungslinien in Chip und rbei ı Afrika

mus in Afrika: die niger ung in vergleichender Pe Vе stitutionellen Ursprünge chheit in Subsahara-Af

sche Wahlen als Veh ndels Verhandlung: Kon

in afrikanisch-mu xten Afri u e Diasporas: Auf de len Gesd Ursp Sklavenhande Misst Afrika

Überar trategisch le exeku und jus ziehun nntnisse a afrikanis okrat

us? Der Fal Entwick

Das Journal of Modern African Studies, 47:1, 1-18. African Affairs, 108:432, 453 -73.

Review of African Political Economy, 36:122, 499 -517.

The China Quarterly, 199, 777-95.

Ethnopolitik,

f Politikwissenschaft. Jahresrück 12, 307-2

Journal I v. 21:4, 139 -53. IV 62 Verglei 42:4, 375 -93. 39

Africa 53:1, 1-19. Ama cond iew. 101:7, 322

IV 66 ende Po 147-65

Affairs. 111:4

16

35



## Fortsetzung der chronologischen Tabelle

Datum Autor	Artikel/Kapitel	Quelle	Bd. Kerl.
2012 Miel Bitton, Ivnani und Ism Chen 201 (elsall  2 Peiffer und re Englebert Beatty Riedl  2 Sc us  13 Leon Arriola  2013 Gretch er un Jenn Irn	Wable en in Afrika: ethnisch, wie fillich och?  atrimonialismus, Rent-Sentwicklung: Mit dem Strowinmen? Irsion, Anfälligkeit gegorern und politische Long in Afrika gierende Politik, dy lee lie politischen Augel heutigen Afrika Krie en! Veränder ter per Gework ika südlich ahara Kapita popositio ika: Koaliti ing in inischen shaft Geschle ten, atie und Frauenre tio ka: einige Erklaus dem demokratischen Botswana und dem autokra	's Studies II nal 41, 103 –12.	1V 58 29 6 8 III 44 IV 57 IV 70
2013 Catherine Boone  3 Cau Logan	Landrogime und die Struktur der Politik:  Mus dbezogener Konne  Die Wonder Resilienz: Erfonne g der  Unterstützung der Bevölkerung für traditionelle afrikanische	Afrika 83:1, 188 203  Africa irs, 1 3, 353 –76.	III 45 II
2013 Segen-Miles Tendi 2014 Cristina Bodea und Adrienne LeBas	Ideologie, zivile Autorität und das simbabwische Militär Die Ursprünge der freiwilligen Compliance: Einstellungen zur Besteuerung im städtischen Nigeria	Journal of Southern African Studies, 39:4, 829 – 43. British Journal of Political Science,	IV 55 II 33

# EINE EINFÜHRUNG IN AFRIKANISCH Politik und Band I

## Nic Cheeseman

### Das Studium Afrikas und Afrikastudien

Afrikanische Politik ist eine lebendige und blühende Disziplin. Jedes Jahr richten mehr Universitäten Bachelor- und Masterstudiengänge in Afrikastudien ein, während die Zahl der Zeitschriften, die den Kontinent abdecken, im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen hat.1 Auch der Umfang der Forschung zur afrikanischen Politik hat zugenommen, teilweise aufgrund der Die Wiedereinführung von Mehrparteienwahlen Anfang der 1990er Jahre gab der Disziplin den dringend benötigten Aufschwung.

Aus diesen und weiteren Gründen ist es heute wahrscheinlicher, dass Afrika in weltweit führenden vergleichenden Fachzeitschriften erscheint, als dies in den 1980er Jahren der Fall war. Auch das Interesse der Bevölkerung und der Studierenden an Afrika ist äußerst groß. An meiner eigenen Institution, der Universität Oxford, gibt es jetzt jeden Tag der Woche ein Seminar oder einen Vortrag über Afrika. Diese Trends werden sich wahrscheinlich fortsetzen, da ein stetiges Wirtschaftswachstum und eine wachsende Mittelschicht die Expansion des Universitätssektors in Afrika selbst vorantreiben. Dies ist daher der richtige Zeitpunkt für eine Sammlung bedeutender Werke, um einige der Schlüsselliteratur zusammenzuführen, die unser Verständnis der afrikanischen

Aufgrund der Qualität und Quantität der Forschung, die derzeit zu Afrika durchgeführt wird, ist es keine leichte Aufgabe, eine Zusammenstellung der wichtigsten Artikel zusammenzustellen, die im letzten Jahrzehnt veröffentlicht wurden. Ich habe in mehreren schmerzhaften Monaten eine anfängliche Liste von etwa 300 Artikeln zusammengetragen und war gezwungen, viele wertvolle und prägende Texte wegzulassen, die mein eigenes Denken beeinflusst haben. Bei der Auswahl der Artikel, die diese vier Bände füllen, habe ich versucht, die richtige Balance zwischen häufig zitierter Literatur, die das Fachgebiet bereits geprägt hat, und neuen Artikeln zu finden, die in den kommenden Jahren wahrscheinlich einflussreich sein werden. Ich habe auch versucht, Stücke einzubeziehen, die eine Reihe unterschiedlicher Standpunkte und Methoden bieten. Eine ausführlichere Diskussion der von mir verwendeten Auswahlkriterien und einiger der wichtigsten Arbeiten, die nicht berücksichtigt werden konnten, findet sich am Ende dieses Kapitels. Obwohl jede Sammlung unweigerlich die Interessen und Prioritäten ihres Herausgebers widerspiegelt, glaube ich, dass alle hier enthaltenen Artikel Pflichtlektüre für diejenigen

Um die Schlüsselthemen hervorzuheben, mit denen sich die Disziplin auseinandergesetzt hat, ist diese Sammlung der Hauptwerke nach vier Schlüsselparadoxien strukturiert, die die Forschung zur afrikanischen Politik in den letzten siebzig Jahren belebt haben. Band I, der sich auf die internationalen Beziehungen Afrikas konzentriert, befasst sich mit der ersten dieser Fragen: Obwohl viele afrikanische Staaten in den 1950er und 1960er Jahren ihre politische Unabhängigkeit erlangten, blieben sie von ausländischen Regierungen abhängig, was den Wert und die Bedeutung ihrer Souveränität in Frage stellte. Dieser scheinbare Widerspruch warf eine Reihe wichtiger Fragen auf, mit deren Beantwortung Forscher einen Großteil der 1960er und 1970er Jahre verbrachten. War die Unabhängigkeit kaum mehr als ein Akt des politischen Theaters? Wie viel Kontrolle könnten ausländische Regierungen und Unternehmen über die Entwicklungen vor Ort in Afrika ausüben? Und wie haben afrikanische Staats- und Regierungschefs versucht, ihre internationalen Verbindungen zu nutzen, um ihre eigenen Positionen im Inland zu stärken – kann der Schwanz mit dem Hund wedeln? Obwohl einige dieser Fragen uralt sind, haben sie eine wichtige zeitgenössische Relevanz: So werden beispielsweise Fragen, die zuvor zu den Beziehungen Afrikas zu Belgien, Frankreich und dem Vere

Der zweite Band dieser Sammlung, der sich auf die Entwicklung des afrikanischen Staates konzentriert, wird durch ein zweites Paradoxon motiviert: Afrikanische Führer werden oft als zutiefst autoritär und repressiv dargestellt, verfügen aber nur über eine begrenzte Kontrolle über ihre eigenen Territorien. Wie können autoritäre Strategien im Kontext staatlicher Schwäche wirksam sein? Dieses Rätsel legt eine Reihe weiterer Forschungsfragen nahe, die Wissenschaftler über acht Jahrzehnte hinweg inspiriert haben. Warum haben afrikanische Staats- und Regierungschefs nicht mehr getan, um eine stärkere Kontrolle über ihr Volk und ihre Orte zu entwickeln? Wenn afrikanische Staaten so schwach sind, warum sind ihre Grenzen dann weitgehend intakt geblieben? Und wenn afrikanische Staats- und Regierungschefs über eine derart begrenzte Zwangskontrolle verfügen, warum haben dann einige ihrer Regierungen jahrzehntelang bestanden? Oder anders ausgedrückt: Wenn der formelle Staatsapparat (Polizei, Gesetzgebung und Justiz) nicht ausreicht, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten, warum gleiten diese Gesellschaften dann nicht in die Anarchie ab? Die Frage, woher die Ordnung kommt, wenn sie nicht vom Staat bereitgestellt wird, ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, denn sie berührt die Grundlagen der politischen Stabilität und Legitimität auf dem Kon

Der dritte Band entfernt sich vom Staat und blickt auf die politischen Bewegungen, die in ihm agierten. Das interessante Paradoxon besteht hier darin, dass die effektivsten Versuche der Massenmobilisierung auf dem Kontinent im Allgemeinen unter dem Deckmantel vereinender Appelle an den Nationalismus erfolgten und afrikanische Nationen heute vor allem für ihre internen Spaltungen bekannt sind. Mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen (denken Sie an Nelson Mandela) waren es in den letzten siebzig Jahren eher Konflikte und Bürgerkrieg als interkommunale Harmonie, die die Schlagzeilen beherrschten. Die Spannung zwischen Nationalismus und subnationalen Identitäten wie der ethnischen Zugehörigkeit ist eine ständige Quelle innovativer Forschung. Es kam zu heftigen Debatten über Fragen wie z

B. warum die ethnische Zugehörigkeit in Afrika politisch so wichtig geworden ist und ob ihr Einfluss mit der Zeit zunimmt. Diese Debatten erfreuen sich nach wie vor einer größeren Relevanz, da sie reale Auswirkungen auf die Machbarkeit des Aufbaus unterschiedlicher politischer Systeme in Afrika haben. Einige haben zum Beispiel argumentiert, dass die spaltende Wirkung ethnischer Identitäten dazu führt, dass nicht erwartet werden kann, dass die Demokratie auf dem Kontinent funktioniert,2 oder zumindest nicht ohne erhebliche Änderungen, um die afrikanischen Realitäten widerzuspiegeln.3 Aber diese spezielle Debatte ist weit davon entfernt vorbei: Zu diesem Thema, wie zu s ein Konsens.

Der vierte Band greift den Staffelstab des dritten auf und verlagert unseren Fokus auf die anhaltende Spannung zwischen autoritärer Herrschaft und demokratischer Regierung. In den 1980er Jahren wurde fast ganz Afrika von Einparteienstaaten, Militärregimen oder persönlichen Diktaturen regiert.4 Bis Ende der 1990er Jahre hatte fast jedes Land in Afrika wieder Mehrparteienwahlen in der einen oder anderen Form eingeführt.5 Aber während Länder wie Ghana machte echte demokratische Fortschritte, in anderen Fällen sahen die eingeleiteten Reformen nur aus der Ferne beeindruckend aus. In Kamerun und im Tschad fanden zum Beispiel Wahlen statt, aber das politische Spielfeld war so stark zugunsten der Regierung gekippt, dass die Ergebnisse eine ausgemachte Sache waren.6

In Ermangelung einer unabhängigen Wahlkommission, Justiz und Polizei hat sich die Mehrparteienpolitik oft als weitaus weniger transformativ erwiesen, als Oppositionsführer ursprünglich gehofft hatten. Dies ist das letzte der vier großen Paradoxe der afrikanischen Politik: Auf dem Kontinent finden mehr Wahlen statt als je zuvor, und doch hat die Qualität der Demokratie im Zeitraum 2010–2015 tatsächlich abgenommen. Laut Freedom House, einer amerikanischen Denkfabrik, die das Niveau politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten weltweit bewertet, "haben alle sieben Kategorien politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten in den letzten fünf Jahren abgenommen, wobei die Meinungsfreiheit am stärksten zurückgegangen ist." und Assoziation."7 Ein Großteil der aktuellen Forschung zur afrikanischen Politik versucht zu erklären, warum einige Länder demokratischer geworden sind als andere, wie Mehrparteienwahlen tatsächlich die Position amtierender politischer Führer stärken können und ob sich der Kontinent in Richtung einer demokratischen Konsolidierung bewegt oder autoritäre Umkehr. Viele der wichtigsten Beiträge zu dieser Debatte sind in Band IV enthalten.

Der Rest dieses Kapitels führt in das Studium der afrikanischen Politik ein, indem man untersucht, was sie auszeichnet, bevor die vier oben zusammengefassten Paradoxien eingehender untersucht werden. Da jeder Band seine eigene Einleitung hat, widme ich hier den größten Raum der Diskussion des Themas von Band I, "Afrika und die Welt". Dabei behaupte ich, dass ein tiefes Bewusstsein für Afrikas internationale Nationale Beziehungen sind für das Verständnis anderer Aspekte der afrikanischen Politik von entscheidender Bedeutung. Tatsächlich wurden die internationalen Beziehungen Afrikas nicht zufällig als Schwerpunkt von Band I ausgewählt: Einige der Themen, die im ersten Band auftauchen, ziehen sich auch durch die anderen drei. Beispielsweise müssen sich Debatten über die Schwächen des afrikanischen Staates zwangsläufig mit den Auswirkungen des stark zentralisierten Staat

und extraktive bürokratische Strukturen, die in der Kolonialzeit entstanden sind, auch wenn man argumentieren möchte, dass die Auswirkungen der Kolonialherrschaft überbewertet wurden. Ebenso sind Diskussionen über die Entstehung des "Tribalismus"8 unvollständig, wenn sie sich nicht mit den spaltenden Auswirkungen der Kolonialherrschaft auf afrikanische Gesellschaften befassei

Die umfassendere Implikation der Vernetzung dieser Debatten besteht darin, dass ein umfassendes Verständnis Afrikas die Auseinandersetzung mit jedem der Bände dieser Hauptwerkreihe erfordert. Um das Beste aus jeder Diskussion herauszuholen, müssen Sie am Anfang beginnen und sich bis zum Ende vorarbeiten. Obwohl jeder Artikel natürlich als eigenständiger Beitrag gelesen werden kann, wurden die Bände bewusst so zusammengestellt, dass sie die Entwicklung der Debatte selbst widerspiegeln, sodass spätere Artikel auf früheren Artikeln aufbauen und darauf reagieren. Wie allen Forschern, die versucht haben, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen, nur allzu bewusst ist, gibt es keine Abkürzungen zum Wissen.

## Was ist "afrikanisch" an den Afrikastudien?

Es gibt drei Merkmale des Studiums der afrikanischen Politik, die es im Vergleich zur Literatur zur Politik anderer Regionen auszeichnen. Erstens ist die afrikanische Politik eine der dynamischsten und sich am schnellsten verändernden Disziplinen der Sozialwissenschaften. Wie in allen Literaturen hat die Forschung auf dem Kontinent die Entwicklungen vor Ort genau verfolgt, und nur wenige Teile der Welt haben schnellere Veränderungen erlebt als Afrika.9 Tatsächlich kann man sich kaum viele andere Regionen vorstellen, in denen Forscher dies tun mussten Wir decken in so kurzer Zeit ein so breites Spektrum an Themen und Fragestellungen ab. Innerhalb von sechzig Jahren hat sich die Disziplin von ihrem frühen Fokus auf Nationalismus und Unabhängigkeit auf die Untersuchung von Staatsstreichen, Bürgerkriegen und Militärregierungen verlagert, und zwar nach einem Jahrzehnt intensiver Debatte darüber, ob afrikanische Volkswirtschaften einer "strukturellen Anpassung" bedürfen oder nicht' – wurde kürzlich noch einmal neu ausgerichtet, um sich auf das Studium von Wahlen und Mehrparteienpolitik zu konzentrieren.

Natürlich gab es auch einige Kontinuitäten. Bestimmte Themen haben sich durch diese verschiedenen Epochen gezogen und waren so zentral für die Art und Weise, wie Afrika verstanden wird. Zu diesen Themen gehören der Gebrauch und Missbrauch kommunaler Identitäten, die Bedeutung von Land für politische und wirtschaftliche Entwicklungen, die Gewinnung wirtschaftlicher Ressourcen, die Schwierigkeit, Wirtschaftswachstum und Demokratie in armen und gespaltenen Gesellschaften zu fördern, sowie das Fortbestehen "traditioneller" Formen von Führung, die durch hochgradig personalisierte und informelle Netzwerke aufrechterhalten wird – ein Phänomen, das als "Neo-Patrimonialismus" bekannt ist (siehe Band II). Eine weitere allgegenwärtige Debatte ist die Frage, ob bei der Erklärung historischer und politischer Prozesse in Afrika die Handlungsfähigkeit der afrikanischen Völker oder die Strukturen, in denen sie agieren, stärker in den Vordergrund gerückt werden sollte. In den letzten 60 Jahren wurde diese Frage im Hinblick auf eine Reihe unterschiedlicher Themen gestellt, insbesondere im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen des Kontinents. Wie wir später sehen werden, haben Forscher wiederholt die Frage gestellt, ob afrikanische Regierungen frei sind

ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, oder ob ihre Zukunft für sie durch die Struktur der internationalen politischen Ökonomie bestimmt wird.

Allerdings mussten auch diese übergreifenden Themen ständig überarbeitet werden, um den veränderten Realitäten vor Ort Rechnung zu tragen. Diskussionen über Struktur und Handlungsfähigkeit haben sich von ihrem anfänglichen Fokus auf die Kolonialherrschaft zu einem Blick auf den "Neokolonialismus", die Auswirkungen des Kalten Krieges, die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bei der Förderung der Strukturanpassung entwickelt. in jüngerer Zeit der Aufstieg Chinas. In ähnlicher Weise wird der neopatrimoniale Rahmen, in dem der Kontinent so oft verstanden wird, jetzt angepasst, um der wachsenden Bedeutung formeller politischer Institutionen in vielen Teilen des Kontinents Rechnung zu tragen.10 Es ist nicht länger möglich, diesen Klientelismus zu argumentieren und personalisierte Politik macht die Entstehung wirksamer politischer Institutionen unmöglich. Die Frage, die wir jetzt beantworten müssen, ist vielmehr, warum Institutionen in einigen Ländern schrittweise von Patrimonialbelangen befreit werden, in anderen jedo

Diese Volatilität hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die afrikanische Literatur und diejenigen, die sie produzieren. Die raschen Veränderungen in den Geschicken des Kontinents erfordern von Forschern, die mit der Zeit gehen wollen, intellektuelle Flexibilität. Diese Tendenz wurde durch die relativ geringe Zahl von Afrikanern, die an Universitäten lehrten, noch verstärkt, was bedeutete, dass die meisten Akademiker eine Vielzahl unterschiedlicher Themen betreuen und lehren mussten und nur begrenzte Möglichkeiten zur Spezialisierung hatten. Wenn Sie also einen Afrikanisten treffen, der in den 1970er Jahren promoviert hat, ist es wahrscheinlich, dass er zumindest über praktische Kenntnisse der Literatur zu Kolonialherrschaft, Nationalismus, Abhängigkeitstheorie, Einparteienstaaten, Militärherrschaft usw. verfügt. Neo-Patrimonialismus, Strukturanpassung, ethnische Politik, das internationale Hilfsregime, politische Mobilisierung und Demokratisierung. Es wäre vielleicht ein wenig übertrieben, wenn man sagen würde, Afrikanist zu sein bedeute, Generalist zu sein. aber nicht zu viel.

Der zweite Faktor, der dazu beiträgt, die Forschung zur afrikanischen Politik einzigartig zu machen, sind die Methoden, mit denen der Kontinent untersucht wurde. Die begrenzten Daten, die Forschern zur Verfügung stehen, haben eine andere Art intellektueller Flexibilität erforderlich gemacht. Bis vor relativ kurzer Zeit waren Informationen zu einer Reihe wichtiger Themen – von der Zahl der in einem Land lebenden Menschen bis hin zum Beschäftigungsniveau und dem Wert seiner Exporte – sowohl schwer zugänglich als auch von zweifelhafter Qualität. Dies bedeutete, dass es typischerweise schwierig und in vielen Fällen unmöglich war, die Art quantitativer Analyse durchzuführen, die in den 1970er und 1980er Jahren in Großbritannien und den USA üblich wurde. Autoritäre Regierungen sammelten selten relevante politische und wirtschaftliche Daten, und wenn doch , wurden diese oft zu parteiischen Zwecken manipuliert.11 Gleichzeitig erschwerte das Fehlen freier und fairer Wahlen und verlässlicher Meinungsumfragen die Messung der öffentlichen Meinung. Dies prägte sowohl die Themen, die Afrikanisten studieren konnten, als auch die Art und Weise, wie sie sie studieren konnten. Am offensichtlichsten war, dass diejenigen, die

Ein Argument, das man meist selbst sammeln musste. Eine Folge davon ist, dass Afrikanisten dazu neigen, viel Zeit mit Feldarbeit zu verbringen, Interviews zu führen, Fallstudien zusammenzustellen und sich mit dem Studium der Politik von unten zu beschäftigen. Es wäre wahrscheinlich ein wenig übertrieben zu sagen, dass ein guter Afrikaner in den 1980er Jahren ein guter Feldarbeiter sein musste, aber auch hier nicht viel.

Die Art und Weise, wie sich die Disziplin der afrikanischen Politik entwickelte,

wurde auch durch das späte Erscheinen von Politikwissenschaftlern geprägt. In Afrika begannen Anthropologen, in einigen Fällen in Zusammenarbeit mit Kolonialregimen, Afrika zu untersuchen, Jahrzehnte bevor der Kontinent zu einem ernsthaften Studienschwerpunkt für politische Analysten wurde.12 Wie James Coleman es 1954 ausdrückte, war Afrika "schon seit langem der Kontinent Domäne des wissenschaftlichen Linguisten oder des Sozialanthropologen; Erst in jüngster Zeit haben amerikanische Soziologen, Ökonomen und Politikwissenschaftler ein aktives Interesse an seinen Problemen entwickelt." Dies bedeutete, dass sich frühe Darstellungen afrikanischer Politik in der Regel stark auf frühere anthropologische und historische Studien politischer Phänomene stützten.13 In Kombination mit der Notwendigkeit einer eingehenden Feldforschung trägt dies dazu bei, zu erklären, warum die Forschung zur Politik in Afrika tendenziell weit zurückliegt stärker anthropologisch und h

Diese intellektuelle Flexibilität und dieser Wandel haben zu einer interessanten und manchmal produktiven - Spannung geführt. Einerseits sind diejenigen, die sich mit afrikanischer Politik befassen, häufig mit den Vorzügen verschiedener methodischer Ansätze innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften sowie einer Reihe unterschiedlicher theoretischer Betrachtungsweisen vertraut. Andererseits sind sich Afrikanisten derart bewusst, dass die von ihnen untersuchten Länder unterschiedliche Geschichten, Volkswirtschaften und politische Systeme aufweisen, dass sie oft zögern, von einem Einzelfall aus zu verallgemeinern oder anzunehmen, dass Modelle entwickelt wurden, um die Politik in Europa oder Nordamerika zu erklären lassen sich Entwicklungen auf dem Kontinent erklären. Diese Spannung hatte zwei wichtige Konsequenzen. Erstens ist es im Allgemeinen schwieriger, Afrikanisten von der Gültigkeit und Nützlichkeit umfassender länderübergreifender Vergleiche zu überzeugen. Im Allgemeinen sind theoretisch fundierte Fallstudien sowohl häufiger als auch weniger kontrovers.14 Der zweite Grund ist, dass viele afrikanistische Forscher sich weiterhin gegen zeitgenössische politikwissenschaftliche Techniken wie Umfrageforschung und groß angelegte quantitative Analysen auf der Grundlage bereits vorhandener Datensätze wehren,15 was jedoch der Fall ist erfordern keine umfangreiche Feldarbeit. Folglich gibt es bedeutende Gruppen innerhalb der breiteren Gemeinschaft der Afrikastudien, die dem jüngsten Trend zur Quantifizierung in der amerikanischen und in geringerem Maße britischen Wissenschaft misstrauisch gegenüberstehen. Tatsächlich beinhaltet die Erforschung Afrikas in Kontinentaleuropa und innerhal

Dieser Widerstand bedeutet jedoch nicht, dass die Disziplin vor tiefgreifenden methodischen Veränderungen immun ist. Im letzten Jahrzehnt hat die Erforschung afrikanischer Politik durch das Aufkommen neuer Informationsquellen einen dramatischen Wandel erfahren. Die größere Verfügbarkeit von Daten hat wiederum

Vier Entwicklungen sind es, die es wert sind, hier kurz betrachtet zu werden, weil sie auch in den nächsten zwanzig Jahren einen tiefgreifenden Einfluss auf die Art und Weise haben werden, wie afrikanische Politik studiert wird, indem sie neue Fragen aufwerfen und gleichzeitig neue Kontroversen hervorrufen. Erstens schrittweise Verbesserungen bei der Datenerhebung durch afrikanische Regierungen16 Dank internationaler Finanzinstitutionen und NGOs wird es zunehmend möglich, große politische und wirtschaftliche Datensätze zu erstellen. Dies hat wiederum zu einer umfassenden Analyse von Themen wie den Faktoren geführt, die das Wirtschaftswachstum und die demokratische Regierung fördern oder bremsen – obwohl die Qualität vieler dieser Daten weiterhin zweifelhaft ist.17

Zweitens hat die Verfügbarkeit öffentlicher Meinungsdaten dank der Gründung des Afrobarometers im Jahr 1999 durch Forscher der Michigan State University, des Institute for Democracy in Südafrika (Idasa) und des Center for Democratic Development (CDD) in Ghana dramatisch zugenommen. 18
Seitdem hat das Afrobarometer-Team "eine von Afrika geleitete Reihe nationaler öffentlicher Einstellungsumfragen zu Demokratie und Regierungsführung in Afrika" bereitgestellt und regelmäßig Umfragen auf dem gesamten Kontinent durchgeführt.19 Dadurch wurde es möglich, mit Zuversicht über das Aggregat zu sprechen Überzeugungen und Meinungen einer wachsenden Zahl afrikanischer Gesellschaften, te Darüber hinaus hat das Afrobarometer mit der Enthüllung einer neuen Website, die es Besuchern ermöglicht, Umfragedaten online und ohne hochentwickelte Software zu analysieren, die öffentliche Meinungsanalyse auf eine Art und Weise in die Häuser und Büros von Forschern, politischen Entscheidungsträgern und Journalisten gebracht waren noch vor einem Jahrzehnt undenkbar.

Drittens fiel die Schaffung des Afrobarometers mit der größeren Bereitschaft und Fähigkeit von Afrikanern, insbesondere der in den Vereinigten Staaten ausgebildeten, zusammen, Gelder von großen Forschungseinrichtungen zu sammeln, um neue Datenerhebungen auf dem Kontinent zu unterstützen. Die Verbreitung ehrgeiziger, eigenständiger Umfragen durch etablierte Professoren und Doktoranden wurde durch die Expansion von Marktforschungsunternehmen erleichtert, die über die erforderliche Infrastruktur verfügen, um kostenpflichtige Massenumfragen zur öffentlichen Meinung durchzuführen. Auch andere Datenquellen sind häufiger geworden, teilweise aufgrund der Erstellung globaler Datensätze, die heute mit größerer Wahrscheinlichkeit eine umfassende Abdeckung Afrikas enthalten als in der Vergangenheit. Die Datenbank Minorities At Risk (MAR) beispielsweise hat Informationen über den Status und die Konflikte politisch aktiver kommunaler Gruppen in allen Ländern mit einer Bevölkerung von mindestens 500.000 Menschen erfasst und gesammelt. In ähnlicher Weise sammelt der kürzlich von Susan Hvde und Nikolav Marinov von der Yale University zusammengestellte Datensatz "National Elections Across Democracy and Autocracy" (NELDA) eine Reihe wertvoller Informationen über Wahlmanagement und -qualität in allen unabhängigen Staaten.21 Die Einbeziehung afrikanischer Fälle in globale Datensätze wie MAR und NELDA hatten eine doppelte Wirkung. Einerseits hat es Afrikanisten ermöglicht, quantitative Studien zu einem neuen Themenspektrum o

Schließlich ist auch ein neuerer und kontroverser Trend erwähnenswert: die zunehmende Nutzung des Kontinents als Labor für experimentelle Forschung. Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der Wissenschaftler, die randomisierte kontrollierte Studien (RCTs)22 durchführen , um die Wirkung und Wirksamkeit bestimmter "Interventionen" zu testen, deutlich gestiegen . Im Bereich der Wissenschaft und des Gesundheitswesens könnte ein RCT verwendet werden, um die Vorteile und Nebenwirkungen eines bestimmten Medikaments zu ermitteln. In den Sozialwissenschaften können sie verwendet werden, um die Auswirkungen der Politik internationaler Geber zu bewerten, die Entwicklung und Demokratie in Afrika fördern wollen. In diesem Zusammenhang könnte ein RCT verwendet werden, um Bemühungen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht durch die Erstellung von "Scorecards", die die Leistung von Abgeordneten zusammenfassen, oder durch die Verteilung von T-Shirts und Videos mit Antikorruptionsbotschaften während eines Wahlkampfs zu bewerten. Dieser Trend ging einher mit einem zunehmenden Einsatz von "Labortechniken", bei denen Forscher die Teilnehmer auffordern, Spiele zu spielen, die reale politische Prozesse in einem kontrollierten Umfeld widerspiegeln sollen.23 In beiden Fällen ist die Anziehungskraft dieser neuen Techniken für afrikanistische Politikwissenschaftler war die Idee, eine "wissenschaftlichere" Analysemethode anzuwenden, die den menschlichen Zwang widerspiegelt, nach einem unerreichbaren Grad an Sicherheit und Präzision zu suchen, der von Wittgenstein so wirkungsvoll hervorgehoben v

Das Aufkommen neuer Daten und neuer Techniken zu deren Analyse war eine positive Entwicklung, die die Afrikastudien gefördert und ihnen eine wichtigere Rolle in der globalen Wissenschaft gegeben hat. In den 1970er und 1980er Jahren vollzog die Politikwissenschaft in den Vereinigten Staaten eine quantitative Wende und stützte sich auf ökonomische Modelle, um besser messbare und überprüfbare Forschungsfragen zu entwickeln. Obwohl sich viele qualitative Forscher diesem Trend widersetzten, breitete er sich bald auf das Vereinigte Königreich und darüber hinaus aus. Als die Disziplin immer technischer wurde, begannen Wissenschaftler. komplexe statistische Modelle sowohl zum Nachweis ihrer technischen Kompetenz als auch zur Darlegung eines originellen theoretischen Standpunkts zu nutzen. Daher begannen die renommiertesten Fachzeitschriften auf der ganzen Welt, wie zum Beispiel die American Political Science Review, zunehmend quantitatives Material zu veröffentlichen. Eine Folge davon war, dass es schwieriger wurde, Artikel über Afrika in diesen Foren zu veröffentlichen, weil die Daten einfach nicht zur Verfügung standen, um dieselben Techniken anzuwenden, Infolgedessen wurde afrikanistische Literatur tende Es kam beispielsweise selten vor, dass afrikanische Lektüre in den Kernlektürelisten der gängigen politikwissenschaftlichen Fächer prominent vertreten war.

Dieses Bild hat sich im letzten Jahrzehnt dramatisch verändert. Neue Daten und die Einführung neuer Ansätze haben es Afrikanern ermöglicht, quantitative Studien durchzuführen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit in den führenden vergleichenden Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Tatsächlich waren Forscher wie Daniel Posner (Band III, Kap. 40) und Edward Miguel (Band III, Kap. 42) in ihren Studien zur ethnischen Identität so innovativ, dass sie heute als weltweit führend auf diesem Gebiet gelten. Infolgedessen hat die Literatur über ethnische Zugehörigkeit in Afrika begonnen

Beeinflussen Sie die Art und Weise, wie kommunale Identitäten anderswo untersucht werden, was nur eine gute Nachricht sein kann.25

Allerdings haben diese Entwicklungen auch zu Spannungen zwischen denen geführt, die experimentellen und quantitativen Ansätzen voll und ganz zustimmen, und denen, die ihrer Wirksamkeit weiterhin skeptisch gegenüberstehen. Es gibt keine einfachen Trennlinien zwischen diesen beiden Gruppen, aber die erstere umfasst tendenziell diejenigen, die in eher quantitativen Ansätzen ausgebildet sind, also Forscher mit einem Wirtschafts- oder Entwicklungshintergrund, und diejenigen, die in den USA ausgebildet wurden. Im Gegensatz dazu umfasst die letztere Gruppe zahlreiche Afrikaner in Europa und Afrika sowie eine beträchtliche Anzahl amerikanischer Forscher, die weiterhin hochkarätige qualitative Arbeiten produzieren. Die Gründe für diese Skepsis sind komplex.

Viele qualitative Forscher sind nach wie vor nicht davon überzeugt, dass die derzeit verfügbaren Daten und Techniken sensibel genug sind, um die afrikanischen Realitäten zu erfassen. Dies liegt zum Teil daran, dass Forscher außerhalb der USA weitaus seltener eine gründliche Ausbildung in quantitativen und experimentellen Methoden erhalten und es ihnen daher schwer fällt, diese Ansätze und die zu ihrer Validierung unternommenen Schritte vollständig zu verstehen. Gleichzeitig spiegelt das Misstrauen gegenüber quantitativen Ansätzen berechtigte Bedenken hinsichtlich der Qualität der von der Regierung erstellten Wirtschaftsdaten und der Zuverlässigkeit der Umfragedaten in autoritären Staaten wider. In solchen Kontexten haben sich sowohl Beamte als auch die Bürger daran gewöhnt, die Realität "roséfarben" zu gestalten, damit sie zu dem Bild passt, das die Regierung vermitteln möchte.

Das Aufkommen neuer Datenquellen und Forschungstechniken ist auch unter einigen Wissenschaftlern umstritten, die befürchten, dass Afrika wieder einmal zu einer Art Testgelände für den Westen geworden ist.26 Dies trägt nicht gerade dazu bei, dass Afrika so attraktiv ist Für Forscher besteht darin, dass es sich um ein relativ kostengünstiges Forschungsziel handelt, bei dem die Teilnehmer keine große Vergütung für ihre Zeit erwarten. Die Tatsache, dass viele randomisierte Kontrollstudien und experimentelle Forschungsprojekte von den Demokratieförderungsabteilungen westlicher Regierungen – wie der US-amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung (USAID) und dem Ministerium für internationale Entwicklung (DfID) – finanziert werden, verstärkt diesen Eindruck nur des Unbehagens.

Indem ich das Unbehagen hervorhebe, das einige Forscher empfinden, wenn sie mit diesen neuen Forschungsmethoden konfrontiert werden, möchte ich nicht die Motive derjenigen anzweifeln, die diese Forschung betreiben, oder den Wert der Operationalisierung von Methoden anzweifeln, die von anderen Disziplinen übernommen werden. Tatsächlich ist es wichtig anzumerken, dass die Sorge um die Richtung, in die sich die Afrikastudien bewegen, nicht nur auf methodische, nationale oder rassische Spaltungen zurückzuführen ist: Viele derjenigen, die diese Techniken anwenden, sind sich dieser Probleme bewusst,27 und einige ihrer Pioniere Ansätze stammen von afrikanischen Wissenschaftlern.28 Im Interesse einer vollständigen Offenlegung ist es vielleicht erwähnenswert, dass meine eigene Forschung zwar hauptsächlich qualitativer Natur ist, ich aber auch sowohl Umfragen als auch "Laborspiele" in Ländern wie Ghana, Kenia, Uganda usw. durchgeführt habe Nigeria. Ich verwende eine Reihe von Ansätzen, da das Verständnis jedes komplexen Phänomens den Einsatz unterschiedlicher Forschungsstrategien erfordert, um eine Reihe komplementärer Perspektiven bereitzustellen. Angesichts dessen dort

Es sollte Raum für sowohl qualitative als auch quantitative Ansätze in der Erforschung Afrikas sein. Vielmehr betone ich diese Spannungen, um zu zeigen, dass die Debatte darüber, wie man Afrika studieren kann, sehr lebendig ist. Ich halte es auch für wertvoll, darüber nachzudenken, wie diese Kontroversen indirekt durch das koloniale Erbe und die anhaltenden globalen Ungleichheiten geprägt werden, denn auch hier spielen die internationalen Beziehungen des Kontinents eine große Rolle.

Um dies zu erkennen, müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Untersuchung des

Kontinents innerhalb Afrikas selbst richten. Eine Folge der fehlenden Investitionen in öffentliche Dienstleistungen sowohl seitens der Kolonialregierungen als auch ihrer postkolonialen Gegenspieler war die chronische Unterfinanzierung von Bildung und akademischer Forschung.29 Dies wiederum hat dazu geführt, dass ein Großteil dessen, was über Afrika geschrieben wird, außerhalb von Afrika produziert wird Afrika. Natürlich gibt es wichtige Ausnahmen. In vielen afrikanischen Staaten gibt es Wissenschaftler, die wichtige Arbeiten mit internationaler Resonanz leisten, wie einige Beiträge dieser Reihe zeigen. Aber im Allgemeinen haben große Klassengrößen, niedrige Gehälter, heruntergekommene Bibliotheken und das Fehlen von Reisekosten starke Hindernisse für die Forschung geschaffen, die in der Regel sowohl zeit- als auch ressourcenintensiv ist. Es waren die globalen Ungleichheiten, die diese Situation mit sich brachte, die Amina Mama zu dei

Die Fähigkeit einiger afrikanischer Akademiker, sich Arbeitsplätze in den USA und in geringerem Maße auch in Europa zu sichern, hat dieses Problem etwas gemildert, allerdings auf Kosten der Entfernung einiger der einflussreichsten und talentiertesten Denker Afrikas von seinen Universitäten. In einem Artikel, der in African Affairs veröffentlicht werden soll, zeigen Scott Weathers und Ryan Biggs, dass die Zahl der in African Affairs und im Journal of Modern African Studies veröffentlichten Artikel von Autoren aus afrikanischen Institutionen im letzten Jahrzehnt zurückgegangen ist – trotz aller Bemühungen von Diese Zeitschriften sollen die afrikanische Wissenschaft fördern.31 Vor diesem Hintergrund muss noch viel mehr getan werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die in Afrika leben, die gleichen Möglichkeiten haben, den Kontinent zu studieren wie diejenigen, die außerhalb leben. Bei allem Gerede über den "Aufstieg Afrikas" in letzter Zeit ist die traurige Realität, dass es viel zu wenige Stücke von afrikanischen Wissenschaftlern geben würde, wenn man einen Band wie diesen allein auf der Grundlage der Anzahl der Zitate der Artikel zusammenstellen würde. In diesem Sinne ist eines der charakteristischen Merkmale der Erforschung afrikanischer Politik, wie "unafrikani

Diese Realität prägt die Art und Weise, wie die Disziplin auf das Aufkommen neuer Forschungstechniken reagiert hat. Das Unbehagen darüber, dass westliche Akademiker den Kontinent als ihr Forschungslabor betrachten würden, wäre deutlich geringer, wenn beispielsweise mehr afrikanische Akademiker ähnliche Experimente in Europa und den USA durchführen würden. Darüber hinaus würde der Einsatz quasiwissenschaftlicher und experimenteller Methoden durch Geber und Forscher im globalen Norden bei der akademischen Gemeinschaft leichter ankommen, wenn mehr Wissen über Afrika von und für die Afrikaner selbst geschrieben würde. Unabhängig davon, ob wir die afrikanische Politik verstehen wollen oder die Debatten darüber, wie sich das Studium der afrikanischen Politik entwickelt, müssen wir zunächst die internationalen Beziehungen Afrikas betrachten.

## Afrika und die Welt

Diese Hauptwerke-Reihe beginnt nicht mit der Beziehung Afrikas zur Welt, weil die afrikanische Geschichte mit der Ankunft des weißen Mannes begann, oder weil es in Afrika vor dem Eingreifen der Kolonialherrschaft keine Staaten gab, oder weil der Westen dem Kontinent Anfang der 1990er Jahre Demokratie verschaffte .32 Obwohl alle diese Positionen im Laufe der Jahre von einigen Forschern vertreten wurden, hat sich gezeigt, dass sie alle falsch sind – das Ergebnis einer Tendenz, die Handlungsfähigkeit Afrikas zu unterschätzen und die Macht europäischer und amerikanischer Regierungen zu überschätzen. Es stimmt zum Beispiel, dass viele afrikanische Völker im 19. Jahrhundert ein relativ "staatenloses" Leben führten, aber auf dem Kontinent gab es auch einige große und ehrgeizige politische Systeme mit etablierten Bürokratien und einem klaren Verständnis territorialer Verantwortung, wie das Ashanti-Reich und das Sokoto-Kalifat.33 Vieles von dem, was wir über diese Staaten wissen, haben wir gelernt, indem wir uns mündliche Überlieferungen angehört haben und die vielen Möglichkeiten erkannt haben, die es gibt, die Geschichte der reichen Vergangenheit des Kontinents trotz begrenzter schriftlicher Dokumente aufzudecken. Und während die zunehmende westliche Unterstützung für die Demokratie auf dem Kontinent nach dem Ende des Kalten Krieges eine wichtige Rolle bei der Erleichterung des politischen Wandels spielte, waren es inländische Kräfte, die den Übergang zur Mehrparteienpolitik bestimmten, wie die gegensätzlichen Schicksale des demokratischen Ghana und das autoritäre Uganda demor

Der Ansatz, mit den internationalen Beziehungen Afrikas zu beginnen, soll daher in keiner Weise die Rolle ausländischer Akteure privilegieren. Vielmehr beginne ich mit einem Blick auf Afrika und die Welt, denn dieses Thema hat in den letzten sechzig Jahren vielleicht mehr als jedes andere die Debatten über die afrikanische Politik bestimmt. In den 1930er und 1940er Jahren beschäftigte sich die Arbeit über Afrika tendenziell mit der Struktur und Durchführung der Kolonialherrschaft und ihren Auswirkungen auf afrikanische Gesellschaften. In den 1950er und 1960er Jahren wuchs die Zahl der Menschen, die den Kontinent erforschten, dramatisch an, und die Literatur begann sich natürlich der Frage des afrikanischen Nationalismus und des antikolonialen Kampfes zuzuwenden. In den späten 1960er und 1970er Jahren, nach der Erlangung der Unabhängigkeit, verlagerte sich der Fokus auf die Frage, ob die politische Unabhängigkeit eine Täuschung war, weil sie nicht immer mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit einherging. Autoren der "Abhängigkeits"- und "Neokolonialismus"-Schulen wiesen auf die Art und Weise hin, in der Europa Afrika "unterentwickelt" habe35 und argumentiert In vielerlei Hinsicht ist diese Debatte nie verschwunden und prägt auch heute noch die Diskussion über die Rolle ausländischer Mächte und globaler Institutionen.

### Das koloniale Erbe

Die drei Kapitel, die Band I beginnen, spiegeln alle die laufenden Diskussionen über das Ausmaß des kolonialen Erbes wider. Nathan Nunn und Leonard Wantchekon zeigen die anhaltenden Auswirkungen eines der dunkelsten Aspekte der Kolonialherrschaft, des Sklavenhandels, indem sie zeigen, dass die Gemeinschaften, die in unmittelbarer Nähe der Sklavenrouten lebten, weiterhin weniger vertrauensvoll sind als diejenigen, die vom Handel stärker isoliert waren (Kap. 1). Mahmood Mamdani liefert einen weiteren Beweis für das spaltende Erbe der europäischen Intervention. In seinem einflussreichen Buch "Citizen and Subject" argumentiert er, dass eines der zentralen Merkmale der Kolonialherrschaft der bewusste Versuch war, Kolonialgesellschaften in "Bürger" - Stadtbewohner, die "modernen" rechtlichen und gerichtlichen Schutz genießen durften - und "Untertanen" zu spalten " -Landbewohner, die dazu verurteilt sind, nach dem Gewohnheitsrecht zu leben, wobei die Menschenrechte und wirtschaftlichen Rechte des Einzelnen oft nicht respektiert werden. Für Mamdani war dies eine ungerechtfertigte Spaltung, da sie den größten Teil des Kontine Die langfristigen Folgen dieser Regierungsform waren tiefgreifend: Sie förderte inkonsistente Rechtssysteme, die es oft nicht schafften, die Rechte von Frauen und Minderheiten zu schützen, und übertrieb die Unterschiede zwischen den Gemeinschaften, da jede nach ihren eigenen "Gepflogenheiten" handelte.

In dem in diesem Band enthaltenen Kapitel (Kapitel 2) baut Mamdani auf diesem Argument auf und beschreibt die Art und Weise, wie die Kolonialherrschaft "die Minderheit als Bürger mit Rechten vereinte und die Mehrheit als so viele gewohnheitsorientierte Ethnien fragmentierte". Er argumentiert weiter, dass die Schaffung eines Kontinents von Minderheiten - von denen viele das Recht auf ein gewisses Maß an Selbstverwaltung und Land beanspruchen - eines der größten Probleme des Kontinents sei. Auf dieser Grundlage schlägt Mamdani vor, dass die große Herausforderung für Afrika darin besteht, auf die Verfestigung und Politisierung ethnischer Identitäten zu reagieren. Eine Möglichkeit wäre, jeder ethnischen Gruppe einen eigenen Allerdings befürchtet er, dass dies "das Risiko einer Vervielfachung des Problems mit sich bringen würde, da die Zahl der Minderheiten ebenso zunehmen wird wie die Zahl der ethnisch definierten Staaten oder einheimischen Autoritäten". Stattdessen besteht Mamdanis bevorzugter Ansatz darin, "das institutionelle Erbe des Kolonialismus zu überdenken" und die Idee abzulehnen, dass "wir politische Identität, politische Rechte und politische Gerechtigkeit in erster Linie in Bezug auf Indigenität definieren müssen". Obwohl dies ein verlockender Vorschlag ist, scheint es unwahrscheinlich, dass diese Art von intellektueller Übung politische Führer, die ihre Autorität oft auf der Grundlage von "Teile-und-Herrsche"-Strategien aufbauen, die ethnische Spaltungen verschärfen, dazu bewegen würde, den Kurs zu ändern. Weitere mögliche Lö

Die umfangreiche Literatur über die negativen Auswirkungen der Kolonialherrschaft wirft unweigerlich die Frage auf, welche Kolonialmacht das problematischste Erbe hinterlassen hat. Die schrecklichen Missbräuche, die König Leopold verübte, gepaart mit dem anschließenden Versäumnis der belgischen Regierung, sich auf die Unabhängigkeit vorzubereiten, bereiteten den Kongo (heute Demokratische Republik Kongo) eindeutig vor dem Scheitern.37 Die Tatsache, dass die kongolesische Unabhängigkeit schnell folgte, war eine Der lange Bürgerkrieg, der anschließend in eine jahrzehntelange brutale autoritäre Herrschaft mündete, hat den Eindruck erweckt, dass das Erbe der belgischen Kolonialherrschaft besonders giftig sei. Portugals Rekord w

Es ist auch nicht viel besser: Die beiden größten lusophonen Gebiete gerieten in langwierige und blutige Bürgerkriege, sobald sie ihre Unabhängigkeit erlangten.38 Bleibt die heikle Frage, ob die britische oder französische Kolonialherrschaft den Aussichten auf lange Sicht abträglich gewesen sein kann. Begriff politische Stabilität.

Obwohl zu diesem Thema kein Konsens besteht, haben einige Forscher herausgefunden, dass ehemalige britische Kolonien im Vergleich zu ihren französischen oder belgischen Gegenstücken einen kleinen, aber erheblichen demokratischen Vorteil haben.39 Diese Feststellung wird jedoch von Matthew Lange in Frage gestellt, der argumentiert, dass die Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Kolonialmächten sei überbewertet worden und dass es wirklich auf den Regierungsstil ankomme (Kap. 3). Laut Lange besteht der entscheidende Unterschied nicht zwischen britischer und französischer Kolonialherrschaft, sondern zwischen indirekten und direkten Formen der Autorität. Der Hauptunterschied zwischen indirekter und direkter Herrschaft besteht im Grad der Autonomie, die den lokalen Vermittlern eingeräumt wird. Indirekte Herrschaft kam häufig in Kontexten zur Anwendung, in denen Kolonialmächte nicht in der Lage waren, "direkt" zu re Dabei verliehen sie diesen Personen oft ein beträchtliches Maß an Autonomie und stärkten sie dadurch.40 Laut Lange hinterließ die Ausübung indirekter Herrschaft ein problematisches institutionelles Erbe, das den künftigen Staatsaufbau untergrub, weil es alternative Machtstrukturen förderte das sich später der Unterordnung durch den Staat widersetzte. Seine Argumentation erhält weitere Unterstützung durch Mamdanis eigene Analyse, die zu folgendem Schluss kommt:

Anstatt die Kolonisierten zu einer Mehrheitsidentität namens "Eingeborene" zu rassisieren, wie es die direkte Herrschaft im 19. Jahrhundert tat, zerlegte die indirekte Herrschaft des 20. Jahrhunderts diese rassisierte Mehrheit in so viele ethnisierte Minderheiten. So hieß es, dass es in den afrikanischen Kolonien keine Mehrheiten, sondern nur Minderheiten gäbe. Dieses zentrale koloniale Erbe ist die Wurzel unseres Dilemmas.

#### Souveränität und Extraversion

Die Debatte über die Grenzen der afrikanischen Souveränität hat auch weiterhin neue wissenschaftliche Arbeiten inspiriert, hat sich jedoch allmählich vom anfänglichen Fokus der Abhängigkeitstheoretiker auf die Art und Weise, in der westliche Länder Afrika absichtlich unterentwickelt haben, hin zu einem differenzierteren Verständnis der Art und Weise entwickelt, in der dies geschieht Afrikanische Regierungen konnten das internationale System zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen. Die klassische Stellungnahme zu dieser Position lieferte Jean-François Bayart, der die Diskussion neu positionierte, indem er argumentierte, dass Afrikas Beziehung zur Welt eine "Geschichte der Extraversion" darstelle (Kap. 5). Was Bayart mit "Extraversion" meinte, war eine politische Kultur, die oft außerhalb des Kontinents nach Ideen, Handelspartnern und Ähnlichem suchte. Ein Aspekt dieser Haltung war die Bereitschaft und Fähigkeit der afrikanischen Führer, ihre Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten zu nutzen, um sich die Hilfe, Kredite und andere Formen der Unterstützung zu sichern, die sie für ihren Lebensunterhalt

in Kraft. Bayarts Analyse stellte also konventionelle Narrative auf den Kopf und konzentrierte sich nicht auf die Art und Weise, wie Afrika vom Westen manipuliert worden war, sondern auf die Art und Weise, wie afrikanische Führer in der Lage waren, die Ausbeutung ihres Landes in ihre eigene Politik umzuwandeln und wirtschaftlicher Vorteil.

Belege für Bayarts These stammen aus Randall Stones Arbeit über die Politik der IWFKreditvergabe (Kapitel 4), in der festgestellt wird, dass trotz der Tendenz von
Kommentatoren, die Wirtschaftskraft des Fonds zu betonen, es seinen "Darlehen für
Reformverträge in Wirklichkeit an Glaubwürdigkeit mangelt".. Diese Situation ist
entstanden, weil "Länder, die Einfluss auf Gönner aus entwickelten Ländern haben, einer
weniger strengen Durchsetzung unterliegen". Daher konnten afrikanische Regierungen
oft ihren politischen Einfluss nutzen, um sich ihren Kuchen zu holen und ihn zu essen,
indem sie IWF-Kredite aufnahmen und gleichzeitig die schmerzhaftesten Aspekte von
Anpassungspaketen aufschieben, die sie – zumindest vertraglich – in großem Umfang umsetzen sollten.

Carvn Peiffer und Pierre Englebert wiederholen Stones Erkenntnisse im Hinblick auf den Demokratisierungsprozess, der seit den frühen 1990er Jahren stattgefunden hat (Kap. 6). Sie analysieren Daten aus dem Zeitraum 1989–2011 und untersuchen, welche Auswirkungen das "Portfolio" internationaler Beziehungen eines Landes auf die Bereitschaft der Staats- und Regierungschefs hatte, ihre politischen Systeme in den 1990er Jahren zu öffnen. In Anlehnung an Bayart stellen sie die Hypothese auf, dass "je größer die Abhängigkeit eines Portfolios von ausländischen Geldgebern ist oder je weniger Kontrolle ein Regime über die Optionen in seinem Portfolio hat, desto anfälliger könnte es für die Forderungen der Geber nach Demokratisierung sein". In Übereinstimmung mit Stones Analyse des IWF finden sie "Beweise dafür, dass Unterschiede in der Verwundbarkeit von Extraversionsportfolios afrikanischer Länder mit Unterschieden in ihrem Grad der politischen Liberalisierung einhergehen". Mit anderen Worten: Regierungen mit breiteren Beziehungen zu ausländischen Regierungen und geringeren Wirtschaftsschulden sind besser in der Lage, dem Reformdruck zu widerstehen. Die gemeinsame Botschaft dieser drei Kapitel besteht daher darin, die Handlungsfähigkeit Afrikas nicht zu unterschätzen. Um Marx zu paraphrasieren: Afrikanische Führer haben bewiesen, dass si

Die Debatte über die Auswirkungen von Auslandskrediten und Wirtschaftsberatung ist eng mit der Literatur zu Entwicklungshilfe und Regierungsführung verknüpft. In beiden Fällen haben Wissenschaftler argumentiert, dass die Fähigkeit afrikanischer Führer, sich internationale Hilfe von ausländischen Partnern zu sichern, sie dazu ermutigt hat, die Bedürfnisse ihrer eigenen Bevölkerung zu ignorieren, mit der sie sich nicht auseinandersetzen müssen, um Einnahmen zu erzielen. Daher wird oft behauptet, dass die wirtschaftlichen und politischen Strategien afrikanischer Regierungen mehr von den Prioritäten ihrer westlichen Partner als von denen ihres eigenen Volkes abhängen.41 Eine Konsequenz dieses Arguments ist, dass die Geber tatsächlich Geld verdienen, indem sie Regierungen von inländischen Zwängen isolieren Es ist möglich, dringend benötigte demokratische Reformen aufzuschieben. Die in Teil 3 vorgestellten Kapitel bieten unterschiedliche Perspektiven auf diese Debatte. In Anlehnung an die Argumentation von Bayart und die Erkenntnisse von Stone stellt Thad Dunning fest, dass während des Kalten Krieges "die geopolitischen Ziele der Geber die Glaubwürdigkeit von Drohungen, die Hilfe von der Annah

In gewissem Maße änderte sich dies jedoch, als der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges die Position westlicher Geber stärkten, was "die Wirksamkeit westlicher Hilfskonditionalitäten erhöhte". Anhand von Daten aus den Jahren 1975 bis 1997 zeigt Dunning, dass "der geringe positive Effekt ausländischer Hilfe auf die Demokratie in Ländern südlich der Sahara" gänzlich "auf die Zeit nach dem Kalten Krieg beschränkt" ist.

Allerdings ist selbst diese eingeschränkte Behauptung der positiven Wirkung ausländischer Hilfe heftig umstritten. Deborah Bräutigam und Stephen Knack verwenden Daten aus dem International Country Risk Guide, um zu argumentieren, dass höhere Hilfsleistungen in vielen Fällen tatsächlich mit einer Verschlechterung der Regierungsführung korrelieren (Kap. 7). Sie stellen außerdem einen engen Zusammenhang zwischen Ländern fest, die ein hohes Maß an Entwicklungshilfe erhalten, und Ländern, in denen die Besteuerung einen kleinen Teil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, was darauf hindeutet, dass Staats- und Regierungschefs Hilfsgelder als Ersatz für Steuern verwenden. Die eindeutige Schlussfolgerung aus der Analyse von Bräutigam und Knack ist, dass die Verfügbarkeit ausländischer Hilfe afrikanische Regierungen davon abgehalten hat, nachhaltigere Volkswirtschaften aufzubauen. Sie stellen außerdem fest, dass die Auswirkungen internationaler Hilfe je nach Art des Empfängerstaats unterschiedlich sind und dass "die beabsichtigte Wirkung der Hilfe wahrscheinlicher ist, wenn Regierungsführung und Politik eine solide Grundlage für die Entwicklung bilden". Dies ist einer der positiveren Aspekte ihre

Natürlich ist das internationale Hilfs- und Kreditsystem im Laufe der Zeit nicht konstant geblieben. In den 1980er Jahren gelangten IWF und Weltbank zu der festen Überzeugung, dass das Hauptproblem der afrikanischen Volkswirtschaften die afrikanische Politik sei. Sie kamen zu dem Schluss, dass der Staat korrupt und ineffizient sei und daher das Wirtschaftswachstum untergrabe.42 Infolgedessen wurden Kredite der Weltbank von der strukturellen Anpassung der afrikanischen Volkswirtschaften abhängig gemacht. Insbesondere wurde den Staats- und

Regierungschefs gesagt, sie sollten die Größe ihrer Staaten und das Ausmaß ihrer Eingriffe in die Wirtschaft reduzieren. Obwohl politische Erwägungen afrikanische Staats- und Regierungschefs oft dazu befähigten, einige dieser Konditionalitäten zu umgehen, bestand die Gesamtwirkung dieser Maßnahmen, wie wir gesehen haben, darin, dass die Staatsausgaben in Schlüsselbereichen wie Gesundheitsfürsorge und Bildung gesenkt wurden. Die weitverbreitete Kritik, dass die Programme des Fonds und der Bank Millionen von Afrikanern in die Armut gestürzt hätten und gleichzeitig kein Wirtschaftswachstum ankurbelten – sowie Hinweise darauf, dass die Einführung solcher Programm

Ab Mitte der 1990er Jahre begannen wichtige Geber und Finanzinstitutionen, über Partnerschaft statt Konditionalität zu sprechen und die Notwendigkeit lokaler "Verantwortung" zu betonen. Anstelle der äußerst unpopulären Strukturanpassungsprogramme (SAPs) führte die Bank die viel geschickter betitelten Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSPs) ein. Viele Kommentatoren betrachteten dies jedoch als alten Wein in neuen Schläuchen – einen Theaterakt, der den Eindruck von Veränderung erwecken sollte, obwohl die Dinge in Wirklichkeit weitgehend beim Alten geblieben waren. Lindsay Whitfield findet zum Beispiel, dass in Ghana der Proze

waren nicht partizipatorischer oder inklusiver als der Prozess der Ausarbeitung der SAPs, der ihnen vorausging.44

Einen anderen Ansatz verfolgt Rita Abrahamsens Kritik am zeitgenössischen Hilfssystem (Kap. 8). Sie stützt sich auf "Analysen der Gouvernementalität in modernen liberalen Gesellschaften" und schlägt vor, dass "Entwicklungspartnerschaften als eine Form fortgeschrittener liberaler Herrschaft angesehen werden können, die zunehmend durch die ausdrückliche Verpflichtung zur Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit der Empfängerstaaten regiert".

Abrahamsen legt großen Wert darauf, darauf hinzuweisen, dass ihre Analyse nicht so interpretiert werden sollte, dass Partnerschaften inklusiv oder egalitär seien. Sie argumentiert vielmehr, dass "Partnerschaften als eine Form fortgeschrittener liberaler Macht nicht in erster Linie als direkte Herrschaft und Zwang funktionieren, sondern durch Versprechen der Eingliederung und Inklusion". Auf dieser Grundlage schlägt sie vor, dass alte Modelle der "Herrschaft" zu unverblümt sind, um diese Dynamik zu erfassen, weil "die Macht von Partnerschaften gleichzeitig freiwillig und zwanghaft ist und sowohl neue Formen der Entscheidungsfreiheit als auch neue Formen der Disziplin hervorbringt." Die Tendenz der Literatur, sich auf die Marginalisierung Afrikas innerhalb internationaler Finanzinstitutionen zu konzentrieren, verfehlt daher den Punkt, dass zeitgenössische Partnerschaften "ihre Macht durch gleichzeitiges Ausschließen und Einverleiben" beziehen.

Tatsächlich sind sie umso effektiver, weil internationale Institutionen durch den Aufbau von "Partnerschaften" in der Lage sind, "selbstdisziplinierte Bürger und Staaten zu schaffen, indem sie sie als verantwortliche Akteure in ihre eigene Entwicklung einbeziehen". Dieses Modell des internationalen Engagements ist für westliche Regierungen gerade deshalb attraktiv, weil es eine Selbstregulierung verspricht.

#### Die afrikanische Diaspora und der Anstieg der Rücküberweisungen

Entwicklungshilfe ist nur einer der wichtigen internationalen Finanzströme, die afrikanische Staaten erhalten. Tatsächlich sind in vielen Ländern die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Diasporamitgliedern mehr wert als Entwicklungshilfe. Die wachsende Bedeutung von Überweisungen hat wiederum eine erneute Debatte über die Bedeutung der afrikanischen Diaspora angeregt, die in Bereichen wie der Wahlfinanzierung sowie der Finanzierung der Propagierung – und in einigen Fällen der Lösung – eine immer wichtigere Rolle spielt – von zivilen Konflikten.

Das Wachstum der Diasporastudien war eine wichtige Entwicklung, da, wie Giles Mohan und Alfred B. Zack-Williams hervorheben (Kap. 10), Afrikastudien und Entwicklungsstudien dazu neigen, die Bedeutung der afrikanischen Diaspora zu unterschätzen. Gegen diese Vernachlässigung argumentieren sie, dass "sowohl politisch als auch wirtschaftlich die Diaspora eine wichtige Rolle in zeitgenössischen sozialen Prozessen spielt, die auf zunehmend globaler Ebene ablaufen". Zu diesen Auswirkungen gehört die inkonsistente und komplexe Rolle von Überweisungen, die ihrer Meinung nach im Kontext der sozialen Netzwerke verstanden werden muss, in die sie eingebettet sind. Schließlich handelt es sich bei Rücküberweisungen nicht um Überweisungen an den Staat oder gar die Gemeinschaft, sondern an bestimmte Personen, die über die Verwendung der Gelder entscheiden können.

Der enorme Geldbetrag, der von der Diaspora nach Afrika transferiert wird, wirft die Frage auf, ob Überweisungen möglicherweise die gleiche Rolle wie Entwicklungshilfe spielen und so Regierungen davon abhalten, in öffentliche Dienstleistungen und eine solide Wirtschaftspolitik zu investieren. Die Tatsache, dass Überweisungen im Gegensatz zu Entwicklungshilfe direkt an Einzelpersonen und nicht an die Zentralregierung fließen, bedeutet, dass der Zusammenhang zwischen extern generierten Mitteln und der Leistung der Regierung weniger offensichtlich ist.45 Ebenezer Obadare und Wale Adebanwi argumentieren jedoch, dass ein solcher Zusammenhang besteht (Kap . 11) und weist darauf hin, dass Bürger möglicherweise weniger von der Regierung verlangen, wenn sie sich für ihr tägliches Überleben auf externe Gelder verlassen können, und wenn sie weniger von der Regierung verlangen, kann es schwieriger sein, einen wirksamen Gesellschaftsvertrag zu schmieden. Sie kommen daher zu dem Schluss, dass in Ländern, "in denen ein erheblicher Teil der Bevölkerung für die tägliche Versorgung auf externe Zuschüsse angewiesen ist, Fragen zu den möglichen Auswirkungen ihrer Abhängigkeit von bürgerschaftlichem Engagement, sozialer Staatsbürgerschaft und politischer Loyalität zwingend erforderlich sind". Sie schlagen vor, dass die Auswirkungen dieses Punktes weitreichend sind. Es geht nicht nur darum, ob die Bürger Dienstleistungen von der Regierung erwarten, sondern auch darum, ob ihre Abhängigkeit von Überweisu

Die Berichterstattung über afrikanische Rücküberweisungen in westlichen Medien erweckt tendenziell den Eindruck, dass die afrikanische Diaspora fast ausschließlich in Nordamerika und Europa beheimatet sei. Das ist natürlich nicht wahr, und die Komplexität der Diaspora wird von Paul Zeleza (Kap. 12) hervorgehoben, der sorgfältig "mindestens drei Gruppen afrikanischer Diasporas" unterscheidet: die Transindischen Ozean-Diasporas und die Transmediterranen Diasporas und transatlantische Diasporas". Dies ist ein wichtiger Unterschied, denn "jede dieser Diasporas hat ihre eigene Geschichte und weist Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Parallelen auf". Obwohl die konzeptionelle und empirische Trennung dieser Gruppen eine Herausforderung darstellt, argumentiert Zeleza überzeugend, dass dies von wesentlicher Bedeutung ist, da jede Gruppe Afrika auf unterschiedliche Weise mit der Welt verbindet, was zum Austausch unterschiedlicher Ideen und Ressourcen führt, die wiederum einen besonderen Einfluss auf den Kontinent haben . Um zu verstehen, wie sich die internationalen Netzwerke Afrikas entwickeln werden, müssen wir diese Unterschiede ernst nehmen.

### Afrikas neue internationale Beziehungen

Eine der großen Ironien der Afrikastudien besteht darin, dass Afrika trotz der klaren
Bedeutung seiner Beziehung zur übrigen Welt in der Prioritätenliste der Wissenschaftler
im Bereich Internationale Beziehungen (IR) tendenziell einen sehr niedrigen Rang
einnimmt. Laut Scarlett Cornelissen, Fantu Cheru und Timothy M. Shaw ist "Afrika in
der Mainstream-IR-Wissenschaft aus der nordatlantischen Welt im Allgemeinen
unterrepräsentiert und wird in den theoretischen Debatten, die diese Wissenschaft
belebt haben, größtenteils außen vor gelassen." 46 Gleichzeitig betrachten nur wenige
Afrikaner ihre Untersuchungen des Kontinents durch eine IR-Linse, die sich also auf
Theorien stützt, die entwickelt wurden, um die Interaktion zwischen Staaten auf dem Kontinent zu erklärer

supranationale Ebene. Wie Carl Death schrieb: "Afrikanisten standen der analytischen und erklärenden Nützlichkeit von Konzepten und Rahmenwerken im Zusammenhang mit internationalen Beziehungen oder internationalen Studien skeptisch gegenüber und betonten stattdessen die Besonderheit und Besonderheit lokaler Gesellschaften und indigener Weltanschauungen."47 Glücklicherweise gibt es zwei Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass den internationalen Beziehungen Afrikas im letzten Jahrzehnt immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der erste ist die wachsende Bedeutung der Afrikanischen Union, die 2002 die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) ersetzte, und ihre neu entdeckte Bereitschaft, Mitgliedstaaten zu disziplinieren, wenn gewählte Führer auf verfassungswidrige Weise abgesetzt werden.48 Der zweite ist die ( Wiederaufleben von Akteuren wie Brasilien, China, Indien und der Türke

In Teil 5 erklärt Thomas Kwasi Tieku die treibende Kraft hinter der Gründung der Afrikanischen Union (Kap. 13). Dabei macht er den wichtigen Punkt deutlich, dass die bloße Existenz des Gremiums die anhaltende Anziehungskraft des Panafrikanismus und das Gefühl widerspiegelt, dass der Kontinent sein Potenzial nur dann ausschöpfen kann, wenn er seine Einheit und Souveränität angesichts ausländischer Interventionen behauptet.49 Allerdings Tieku hebt auch die vielen Spannungen hervor, die die afrikanische Einheit zu einem so schwer fassbaren Ziel machen, insbesondere das Misstrauen zwischen konkurrierenden regionalen Hegemonen wie Nigeria und Südafrika – ganz zu schweigen von Libyen, das damals von Oberst Muammar Ghaddafi geführt wurde.

Tiekus Analyse wird durch die Arbeit von Ian Taylor (Kapitel 14) gut ergänzt, die zeigt, dass große AU-Initiativen wie die Neue Partnerschaft für afrikanische Entwicklung (NEPAD) ebenfalls stark vom westlichen Druck beeinflusst wurden. Tatsächlich weist Taylor darauf hin, dass ein großer Teil der Bestrebungen zur wirtschaftlichen und politischen Integration auf regionaler Ebene - im südlichen Afrika, in Ostafrika und in Westafrika – von neoliberalen Kräften außerhalb des Kontinents ausgegangen ist. Für den IWF und die Bank hat sich die regionale Integration und die damit verbundene Senkung der Handelssteuern als eine sehr wirksame Strategie zur Förderung des Freihandels erwiesen. Auf diese Weise wurde der afrikanische Regionalismus durch eine spezifische Wirtschaftsagenda - die des oben diskutierten Berg-Berichts gefördert, um Afrika näher an ein Modell des freien Marktes zu bringen, in dem die staatliche Beteiligung an der Wirtschaft reduziert wird. Somit "ist Regionalismus nicht nur "wirtschaftlich", sondern auch zutiefst politisch und ideologisch". Dennoch spricht das Streben nach Freihandelszonen, standardisierten Steuersystemen und gemeinsamen Währungen viele Wähler an, die sonst einer westlichen Intervention kritisch gegenüberstehen, weil sie verspricht, den Kontinent der panafrikanischen Vision näher zu bringen.50

Der von Taylor identifizierte Trend ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Erstens wirft es wichtige Fragen zur Wirtschaftspolitik in Afrika auf, da es darauf hindeutet, dass Elemente der Strukturanpassungspolitik (SAPs) der 1980er Jahre trotz der Änderung der Nomenklatur durch die Hintertür wieder eingeführt wurden. Zweitens hat es Auswirkungen auf die Fähigkeit afrikanischer Staaten, ihre eigene politische Agenda festzulegen, denn während ein höheres Handelsniveau langfristig zu einem größeren Wirtschaftswachstum führen kann, ist dies kurzfristig der Fall

Die Senkung der Gewerbesteuern führte zu einem Rückgang einiger Staatseinnahmen.

Drittens weist es Anklänge an die von Abrahamsen diskutierte "fortgeschrittene liberale Macht" auf, bei der die Klientelstaaten großer internationaler Geber selbst zu Umsetzungsträgern neoliberaler Projekte werden. Es überrascht daher nicht, dass Taylor auch feststellt, dass die beiden Prozesse der Globalisierung und des Regionalismus erheblichen Anfechtungen seitens derjenigen ausgesetzt sind, die Gefahr laufen, in Verzug zu geraten, oder die die Vision einer besser vernetzten Welt, in der Regierungen weniger in der Lage sind, sich abzuschirmen, nicht teilen ihre Bürger vor globalen Kräften. Er kommt zu dem Schluss, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, wie dieser Kampf ausgehen wird. Vielmehr werde es "von den verschiedenen und unterschiedlichen Konfigurationen und sozialen Formationen innerhalb jeder

Regionalisierungs- und Globalisierungsprozesse werden auch durch das Wiedererstarken Chinas als wichtiger Akteur auf dem Kontinent geprägt sein. Zusammen mit dem wachsenden Engagement einer Vielzahl von Ländern, darunter Brasilien, Indien, Japan, der Türkei und Saudi-Arabien, hat dies zur Entstehung einer zunehmend "multipolaren" Welt geführt. Infolgedessen haben afrikanische Staats- und Regierungschefs nun eine größere Auswahl an Partnern, mit denen sie zusammenarbeiten können, was ihre Handlungsfähigkeit in schwierigen Situationen erhöht.51 Das Kapitel von Pádraig Carmody und Francis Owusu bietet eine wichtige Perspektive auf diesen Prozess, indem es die Intensivierung der chinesischen Sprache thematisiert Engagement in Afrika im weiteren Kontext (Kap. 15). Carmody und Owusu argumentieren, dass es sinnvoll sei, Chinas Afrika-Politik nicht isoliert zu beurteilen, sondern sie mit der der Vereinigten Staaten zu vergleichen. Konkreter schlagen sie vor, dass die Kombination aus wachsenden chinesischen Investitionen und größerem strategischen Engagement der USA nach den Terroranschlägen von 2001 dazu geführt hat, dass der Kontinent "in den Mittelpunkt der globalen Öl- und Sicherheitspolitik gerückt ist". Sie kommen wiederum zu dem Schluss, dass diese "aktuellen Trends die koloniale Handelsstruktur verändern, autoritäre Staaten stärken und Konflikte s

Es ist wichtig anzumerken, dass Carmody und Owusu sich nicht einfach der "Anti-China"-Agenda anschließen, die in den letzten Jahren in den Afrikastudien auf dem Vormarsch war.52 Sie sehen China nicht grundsätzlich problematischer als Amerika oder Amerika andere westliche Geber. Ihre Analyse weist vielmehr auf die Auswirkungen des amerikanischen und chinesischen Wettbewerbs auf einen Kontinent hin, auf dem Führungskräfte mit der Anwendung von Strategien der Extraversion bestens vertraut sind. Mit anderen Worten: Das Problem, das sie identifizieren, ist nicht einfach das Ergebnis des Aufstiegs Chinas zu einem wichtigen Akteur in Afrika, sondern auch das Ergebnis der Interaktion zwischen China und anderen ausländischen Regierungen. Ein differenzierteres Verständnis des chinesischen Engagements kennzeichnet auch die Arbeit von Julia Strauss, die Chinas Rhetorik zu Afrika untersucht. Die offiziellen Proklamationen der chinesischen Regierung zeichnen sich durch ihr (fragwürdiges) Versprechen der Nichteinmischung, Freundschaft und Solidarität aus (Kap. 16).53 Als Antwort versucht Strauss zu erklären, "warum Chinas Rhetorik zu seinem Engagement in Afrika erhalten geblieben ist." wesentliche Kontinuitäten mit der maoistischen Vergangenheit, als praktisch jeder andere Aspek Angesichts der Komplexität von Chinas zunehmendem Engagement in Afrika werden weiterhin überraschend langlebige Prinzipien der Nichteinmischung, der Gegenseitigkeit, der Freundschaft, der bedingungslosen Hilfe und des entsprechenden Leidens durch den Imperialismus von den frühen 1960er Jahren bis heute propagiert.'

Das soll nicht heißen, dass Chinas Rhetorik gegenüber Afrika unverändert bleibt. Es gibt eine neue Sprache rund um Komplementarität und die Notwendigkeit einer internationalen Arbeitsteilung, aber "die ältere Rhetorik dominiert immer noch den offiziellen Diskurs, zumindest teilweise, weil sie weiterhin das inländische chinesische Publikum anspricht". Es ist wichtig anzumerken, dass sich diese Diskurse auch deshalb als besonders langlebig erwiesen haben, weil sie auch eine Reihe wichtiger afrikanischer Zielgruppen ansprechen. Führungskräfte und Regierungen, die über das, was sie als ungerechtfertigte Intervention des Westens ansehen, frustriert sind - wie diejenigen, die kürzlich gegen die Strafverfolgung afrikanischer Präsidenten in Kenia und im Sudan durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) protestierten54 -, fanden den chinesischen Ansatz erfrischend . Indem sie die Regierungen Amerikas, Großbritanniens, Chinas, Frankreichs (und vieler anderer Länder) gegeneinander ausspielten, wurden ressourcenreiche afrikanische Staatsund Regierungschefs zudem in die Lage versetzt, die wirtschaftlichen und politischen Deals auszuwählen, die den größten finanziellen Nutzen bieten und die geringsten Anforderungen stellen Reformen. Wie immer hat die Behauptung der Souveränität durch Strategien der Extraversion es afrikanischen Regierungen ermöglicht, ihre Entscheidungsfreiheit im Guten wie im Schlechte

# Die Bedeutung der internationalen Beziehungen Afrikas für das Studium der afrikanischen Politik

Die oben diskutierten Debatten sind nicht nur für das Verständnis der Beziehungen Afrikas zur Welt wichtig, sondern auch für das Verständnis einiger der bedeutendsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Kontinent. Denken Sie zum Beispiel an Band II dieser Reihe, der sich mit dem postkolonialen Staat in Afrika befasst. Man kann die Dynamik der politischen Systeme, die sich in den 1970er und 1980er Jahren entwickelten, nicht vollständig einschätzen, ohne sich zunächst der politischen und sozialen Veränderungen bewusst zu sein, die die Kolonialherrschaft mit sich brachte, selbst wenn man glaubt, dass die Bedeutung des kolonialen Erbes überbewertet wurde. Das Gleiche gilt für Band III, der sich auf Identitätspolitik konzentriert: Klasse, ethnische Zugehörigkeit, Religion usw. Wie die Arbeit von Lange und Mamdani bereits gezeigt hat, wurzelt die politische Bedeutung der Ethnizität in vielen afrikanischen Ländern unter anderem in der kolonialen Erfahrung. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen ethnische Konflikte durch Konkurrenz um Land ausgelöst wurden, da Fälle von Landentfremdung und die Ansiedlung rivalisierender Gemeinschaften auf von anderen beanspruchtem Land beides Merkmale der Kolonialzeit waren – insbesondere in Ländern, in denen dies der Fall war Es gab eine große weiße Siedlerbevölkerung.

Die internationalen Beziehungen Afrikas bilden auch eine wichtige Grundlage für Debatten über die Machbarkeit und Dynamik der Demokratie in Afrika. Wir haben bereits gesehen, dass einige Wissenschaftler glauben, dass indirekte Herrschaft größere Hindernisse für die soziale Einheit und den Aufbau wirksamer Staaten geschaffen habe. Wir haben auch

gesehen, dass eine zweite Gruppe von Forschern argumentiert, dass ausländische Hilfe zur Verbesserung der Regierungsführung auf dem Kontinent tatsächlich eine schädliche Wirkung hatte. Wie die Debatten zu diesen Themen zeigen, besteht jedoch kein wissenschaftlicher Konsens zu diesen Themen. Gleiches gilt für die Debatte über die Fähigkeit ausländischer Regierungen, aktuelle politische Prozesse auf dem Kontinent zu gestalten. Aufgrund der wirtschaftlichen Fragilität Afrikas bleibt es anfälliger für globale Finanzströme und abhängiger von ausländischer Hilfe als jeder andere Kontinent. Dadurch haben internationale Akteure in den unterschiedlichsten Bereichen, von der Gesundheitspolitik bis zur Wahlbeobachtung, großen Einfluss gewonnen.55 Ob westliche Geber dadurch tatsächlich in die Lage versetzt wurden, die Demokratie auf dem Kontinent wirksam zu fördern, bleibt eine offene – und umstrittene – Frage. Denn in jedem internationalen Engagement steckt das Potenzial zur Extraversion.

Was auch immer das Ergebnis dieser Debatten sein mag, sie werden sich weiterhin von der Forschung leiten lassen, die in diesem Band vorgestellt wird.

#### Eine kurze Anmerkung zu den Auswahlkriterien

Diese Bände fassen einige der besten und einflussreichsten Werke zur afrikanischen Politik zusammen, die in den letzten zwanzig Jahren veröffentlicht wurden. Da der Zweck der Major Works-Sammlungen darin besteht, hochmoderne Zeitschriftenartikel leicht zugänglich zu machen, insbesondere für Menschen, die kein umfassendes Zeitschriftenabonnement genießen, habe ich der Einbeziehung aktueller Arbeiten (die nach 2000 veröffentlicht wurden) Priorität eingeräumt und, abgesehen von einem oder In zwei Ausnahmefällen sind keine Buchkapitel enthalten. Dies hat zur Folge, dass einige wichtige Forschungsergebnisse, die in den 1990er Jahren veröffentlicht wurden oder nur in Buchform erschienen, nicht berücksichtigt werden. Offensichtliche Beispiele sind Bayarts einflussreiches Werk "Der Staat in Afrika" und Die Afrika-Werke von Chabal und Daloz .

Die hier enthaltenen Artikel wurden ausgewählt, um sowohl die prägendsten neueren Arbeiten auf diesem Gebiet widerzuspiegeln – sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Zitate, die sie erhielten, als auch auf das Ausmaß, in dem die Ideen und Argumente, die sie mitteilten, spätere Debatten prägten – und Neue Analyse, die zur Pflichtlektüre für Studierende der afrikanischen Politik werden soll. Ich habe auch darauf geachtet, Stücke auszuwählen, die eine breite Vielfalt an Standpunkten widerspiegeln. Dabei gibt es drei Dimensionen. Erstens habe ich versucht, einen einigermaßen umfassenden Überblick über die afrikanische Politik im weitesten Sinne zu geben, basierend auf der Erkenntnis, dass ethnische Zugehörigkeit und Religion ebenso wichtige Themen sind wie Wahlen, der Staat und internationale Beziehungen.

Zweitens stammen die siebzig folgenden Arbeiten aus einem breiten Spektrum disziplinärer Hintergründe, die der Vielfalt der Ansätze in der afrikanischen Politik gerecht werden: quantitative Umfragen, ethnografische Fallstudien und vergleichende Analysen kleiner und mittlerer Größe sind alle gut vertreten. Drittens habe ich bewusst eine starke Auswahl an Forschungsergebnissen aus Europa, Nordamerika,

und der afrikanische Kontinent. Dieser Ansatz hat zwei Vorteile. Erstens priorisiert die Wissenschaft, die in verschiedenen Regionen entsteht, oft unterschiedliche Anliegen und nimmt unterschiedliche Perspektiven ein, sodass ein integrativer Ansatz erforderlich ist, um die Vielfalt der Afrikastudien widerzuspiegeln. Zweitens ist es wichtig, ein breites Spektrum an Perspektiven und Stimmen einzubeziehen und sicherzustellen, dass die afrikanische Forschung bei der Erforschung Afrikas selbst nicht an den Ra

Natürlich wünschte ich, ich hätte mehr Artikel hinzufügen können; Die Entscheidung, was ich weglassen sollte, bereitete mir viele schlaflose Nächte. Obwohl einige wertvolle Beiträge nicht berücksichtigt werden konnten, zeigt die Reihe von Artikeln, die durch dieses Auswahlverfahren entstanden sind, die bemerkenswerte Vitalität der afrikanischen Politik. Es ist immer gefährlich, Vorhersagen über die unbeständige Welt der afrikanistischen Wissenschaft zu machen, aber es gibt zwei Behauptungen, die man über diesen Forschungszweig aufstellen kann, ohne auf der sicheren Seite zu sein. Erstens werden die hier enthaltenen Arbeiten nicht nur die Entwicklungen innerhalb der Afrikastudien prägen, sondern auch zu einem wichtigen Prüfstein für die Erforschung von Demokratie und Ethnizität auf der ganzen Welt werden. Zweitens wird es angesichts der schnellen Innovation und des Wandels innerhalb der Disziplin nicht mehr lange dauern, bis eine neue Sammlung erforderlich sein wird, um die Forschungsergebn

#### Anmerkungen

- 1 Zur "alten Garde", zu der Africa, African Affairs, das Journal of Modern African Studies, Africa Today, das Review of African Political Economy und das Canadian Journal of African Studies gehörten, haben wir jetzt Africa Spectrum, Critical African Studies, das Journal of Eastern African Studies und mehr.
- 2 Für hervorragende Diskussionen zu diesem Thema siehe Crawford Young. "Nation, ethnische Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft: Dilemmata von Demokratie und Zivilordnung in Afrika". In Sara Dorman, Daniel Hammett und Paul Nugent (Hrsg.). Nationen erschaffen, Fremde erschaffen. Brill, 2007, S. 241–264. Siehe auch die Beiträge von Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). Ethnizität und Demokratie in Afrika. James Currey Publishers, 2004.
- 3 Claude Ake. Die Machbarkeit der Demokratie in Afrika. Afrikanisches Bücherkollektiv, 2000.
- 4 Einige wichtige Ausnahmen sind erwähnenswert, wie etwa Botswana, Gambia (bis 1994) und Mauritius, die Mehrparteiensysteme beibehielten, sowie jene Staaten, die aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs keine Regierung hatten.
- 5 Eritrea wehrt sich weiterhin gegen diesen Trend, und in einer Reihe von Staaten fanden nur selten Wahlen statt, dennoch war der Schritt hin zur Wahlpolitik bemerkenswert.
- 6 Joseph Takougang. "Die Parlamentswahlen 2002 in Kamerun: Ein Rückblick auf Kameruns ins Stocken geratene Demokratiebewegung". *The Journal of Modern African Studies* 41 (03), 2003, S. 421–435.
- 7 Siehe Freedom House. "Faktenblatt zu Subsahara-Afrika". Freedom House, 2013, verfügbar unter <a href="https://freedomhouse.org/report/sub-saharan-africa-fact-sheet#">https://freedomhouse.org/report/sub-saharan-africa-fact-sheet#</a>. Vb8zTROqqko> (6. Juli 2015).
- 8 Leroy Vail (Hrsg.). Die Entstehung des Tribalismus im südlichen Afrika. University of California Press, 1989.
- 9 Ähnliche Veränderungen fanden natürlich auch in Teilen Asiens und Lateinamerikas statt, wenngleich die Unabhängigkeit im letzteren Fall viel früher erfolgte.

- 10 Nic Cheeseman (Hrsg.). Politische Institutionen in Afrika. Cambridge University Press,
- 11 Für eine Diskussion dieses Themas in Vergangenheit und Gegenwart siehe Morten Jerven. Schlechte Zahlen: Wie wir durch afrikanische Entwicklungsstatistiken in die Irre geführt werden und was wir dagegen tun können. Cornell University Press, 2013.
- 12 Peter Pels. "Die Anthropologie des Kolonialismus: Kultur, Geschichte und die Entstehung westlicher Gouvernementalität". Annual Review of Anthropology 26, 1997, S. 163–183.
- 13 James S. Coleman. "Nationalismus im tropischen Afrika". American Political Science Review 48 (2), 1954, S. 404 426
- 14 Es ist schwierig, hierzu umfassende Statistiken bereitzustellen, da solche Informationen nicht erhoben werden. Meine Zeit in der Redaktion des Journal of Modern African Studies und als Mitherausgeber von African Affairs lässt jedoch darauf schließen, dass es sich bei etwa 80 Prozent der eingereichten Artikel um Studien zu einzelnen Ländern handelt.
- 15 Groß-n bedeutet viele Fälle.
- 16 Beispielsweise haben eine Reihe von Ländern Open-Data-Initiativen unterstützt. Siehe Regierung von Kenia. "Kenia Open Data". 2015, <a href="https://opendata.go.ke/">https://opendata.go.ke/</a> (6. Juli 2015).
- 17 Morten Jerven. "Die Relativität von Armut und Einkommen: Wie zuverlässig sind Afrikaner?" Wirtschaftsstatistik?' African Affairs 109 (434), 2010, S. 77–96.
- 18 Weitere Informationen und Zugriff auf Daten finden Sie unter www.afrobarometer.org.
- 19 Das Afrobarometer begann zunächst mit einer Stichprobe von 12 Ländern. Mittlerweile werden über 35 Personen befragt. Das Afrobarometer-Team weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Stichprobe nicht vollständig repräsentativ für den Kontinent ist.
- 20 Zuvor gaben kompetitiv-autoritäre Wahlen in manchen Ländern Aufschluss über die öffentliche Meinung, wenngleich die Wahlergebnisse oft umstritten waren. In anderen Ländern hatte die Marconi-Gruppe bereits in den 1960er Jahren erste öffentliche Meinungsumfragen durchgeführt, diese Bemühungen wurden jedoch nach der Wiederaufnahme der autoritären Herrschaft auf dem gesamten Kontinent schnell eingeschränkt. Joel Barkan führte in den 1970er Jahren auch bahnbrechende Umfragen in Ostafrika durch.
- 21 Allerdings schließen sie Kleinststaaten mit einer Bevölkerung von weniger als 500.000 aus.
- 22 Grundlegende RCTs strukturieren eine Intervention im Wesentlichen so, dass es eine eindeutige und bekannte "Behandlungs"-Gruppe gibt, die die Intervention erhält, und eine "Kontrollgruppe", die dies nicht tut, und vergleichen die beiden, um festzustellen, ob die Intervention einen statistisch signifikanten Einfluss hatte die "Behandlungs"-Kohorte.
- 23 Klassische Beispiele für solche Spiele wären das Gefangenendilemma und Vertrauensspiele, bei denen den Spielern kleine Geldbeträge gegeben werden und sie entscheiden müssen, wie viel sie an einen anderen Spieler "senden" möchten, wohlwissend, dass sie das Potenzial haben, mehr Geld zu verdienen, wenn sie dies tun Der Partner schickt etwas zurück, könnte aber alles verlieren, wenn der Partner das Geld für sich behält.
- 24 Ludwig Wittgenstein. Die blauen und braunen Bücher: Vorstudien zum Philosophische Untersuchungen. John Wiley, 1974.
- 25 Laut Google Scholar wurde Posners Artikel bisher über 400 Mal zitiert, während Miguels Artikel über 380 Mal zitiert wurde. Das sind hohe Zahlen für jede Arbeit in den Sozialwissenschaften.
- 26 Ich hatte das Glück, Diskussionsteilnehmer bei einer hervorragenden Diskussionsrunde unter dem Vorsitz von Scott Strauss zum Thema "Die Chancen und Gefahren neuer Forschungsmethoden" zu sein, die auf der Jahrestagung der African Studies Association im November 2015 in San Diego stattfand. I Ich danke den Diskussionsteilnehmern und dem Publikum, deren Kommentare und Rückmeldungen dazu beigetragen haben, einige der in diesem Abschnitt angesprochenen Punkte zu untermauern.
- 27 Persönliche Korrespondenz, Scott Strauss, Juni 2015.
- 28 Das Afrobarometer beispielsweise ist eine von Afrika geleitete Initiative und seine Umfragen werden von afrikanischen Universitäten und öffentlichen Forschungsorganisationen auf dem gesamten Kontinent durchgeführt.

# Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

- 29 Akilagpa Sawyerr. "Herausforderungen für afrikanische Universitäten: Ausgewählte Themen". African Studies Review 47 (1), 2004, S. 1–59.
- 30 Amina Mama. "Ist es ethisch vertretbar, Afrika zu studieren?" Vorläufige Gedanken zu Wissenschaft und Freiheit. African Studies Review 50 (1), 2007, S. 1–26.
   31 Scott Weathers und Ryan Biggs, "Partizipations- und Zitierlücken in der Forschung zur
- 31 Scott Weathers und Ryan Biggs, "Partizipations- und Zitierlücken in der Forschung zur afrikanischen Politik". *African Affairs*, erscheint 2016.
- 32 Robert Bates hat diese Idee auf den Punkt gebracht, indem er schrieb, dass reformistische Bewegungen in Afrika zwar "im Inland nachgefragt werden, aber oft auch international beliefert werden". Robert Bates. "Der Reformimpuls in Afrika". In Jennifer A. Widner (Hrsg.). Wirtschaftlicher Wandel und politische Liberalisierung in Subsahara-Afrika. Johns Hopkins University Press, 1994, S. 14. Spätere Ereignisse ließen jedoch Zweifel an der Fähigkeit externer Mächte aufkommen, Reformbewegungen oder Demokratie auf dem Kontinent zu fördern. Für eine kritische Diskussion siehe Gordon Crawford. "Auslandshilfe und politische Konditionalität: Fragen der Wirksamkeit und Konsistenz". Demokratisierung 4 (3), 1997, S. 69–108.
- 33 Siehe zum Beispiel Tom C. McCaskie. Staat und Gesellschaft im vorkolonialen Asante. Cambridge University Press, 2003.
- 34 Nic Cheeseman. Demokratie in Afrika: Erfolge, Misserfolge und der Kampf um politische Reformen. Cambridge University Press, 2015, Kapitel 1 und 6.
- 35 Colin Leys. Aufstieg und Fall der Entwicklungstheorie. Indiana University Press, 2009; Walter Rodney. Wie Europa Afrika unterentwickelte. Howard University Press, 1981.
- 36 Mahmood Mamdani. Bürger und Subjekt: Dezentraler Despotismus und das Erbe des Spätkolonialismus. Oxford University Press. 1997.
- 37 Georges Nzongola-Ntalaja. Der Kongo: Von Leopold bis Kabila: Die Geschichte eines Volkes. Zed Books, 2002.
- 38 Ricardo Soares de Oliveira. Herrliches und bettelarmes Land: Angola seit dem Bürgerkrieg. Hurst, 2015.
- 39 Michael Bernhard, Christopher Reenock und Timothy Nordstrom. "Das Erbe des westlichen Kolonialismus in Übersee für das demokratische Überleben". International Studies Quarterly 48 (1), 2004, S. 225–250.
- 40 Siehe Daniel Posner. Institutionen und ethnische Politik in Afrika. Cambridge University Press, 2005, Kap. 2.
- 41 Cheeseman. Demokratie in Afrika, Kapitel 1, 2 und 4. Eine ausführlichere Diskussion der Bedeutung von Steuerverhandlungen in Demokratisierungsprozessen finden Sie in Band II, Teil 5.
- 42 Elliot Berg. "Beschleunigte Entwicklung in Afrika südlich der Sahara: Eine Agenda für Aktion". Weltbank, 1981.
- 43 Tunde Zack-Williams und Giles Mohan. "Afrika von SAPs zu PRSP: Plus ca change plus C'est la Meme Chose". Review of African Political Economy 32 (106), 2005, S. 501–503.
- 44 Lindsay Whitfi Feld. "Die staatliche Elite, PRSPs und politische Umsetzung im von Entwicklungshilfe abhängigen Ghana". *Third World Quarterly* 31 (5), 2010, S. 721–737; Lindsay Whitfield. "Treuhänder der Entwicklung von der Konditionalität zur Governance: Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung in Ghana". *The Journal of Modern African Studies* 43 (4), 2005, S. 641–664.
- 45 Allerdings ist zu bedenken, dass Überweisungen häufig von der Steuerbehörde besteuert werden Regierung und generieren somit Einnahmen.
- 46 Scarlett Cornelissen, Fantu Cheru und Timothy M. Shaw. "Einführung: Afrika und internationale Beziehungen im 21. Jahrhundert: Ist die Theorie immer noch eine Herausforderung?" In Scarlett Cornelissen, Fantu Cheru und Timothy M. Shaw (Hrsg.). Afrika und internationale Beziehungen im 21. Jahrhundert. Palgrave Macmillan, 2012, p. 2. Ich bin Carl Death dankbar, dass er mich auf dieses Kapitel aufmerksam gemacht hat.

- 47 Carl Tod. "Afrikas internationale Beziehungen". *African Affairs*, virtuelle Ausgabe zu Afrikas internationalen Beziehungen, Juni 2015, verfügbar unter <a href="http://www.oxfordjournals.org/our\_journals/afrafj/international\_relations\_vi.html">http://www.oxfordjournals.org/our\_journals/afrafj/international\_relations\_vi.html</a> (17. Juli 2015).
- 48 Paul D. Williams. "Von der Nichteinmischung zur Nichtgleichgültigkeit: Die Ursprünge und die Entwicklung der Sicherheitskultur der Afrikanischen Union". *African Affairs* 106 (423), 2007, S. 253–279; Thomas Legler und Thomas Kwasi Tieku. "Welchen Unterschied kann ein Weg machen? Regionale Demokratieförderungsregime in Amerika und Afrika. *Demokratisierung* 17 (3), 2010, S. 465 491.
- 49 Der Panafrikanismus gewann während des nationalistischen Kampfes an Bedeutung, da viele afrikanische Führer argumentierten, dass eine vollständige Emanzipation afrikanischer Staaten nicht nur Unabhängigkeit, sondern auch die Ablehnung der von den Kolonialmächten gezogenen künstlichen Grenzen erforderte, um eine stärkere, geeintere, Kontinent. Ein Beispiel für diese Art von Argumentation finden Sie bei Julius Nyerere. "Freiheit und Einheit". Transition 14, 1964, S. 40 45.
- 50 Für eine interessante Analyse der Treiber und Hemmnisse der regionalen Integration siehe Percy S. Mistry. "Afrikas Bilanz der regionalen Zusammenarbeit und Integration". African Affairs 99 (397), 2000, S. 553–573; Alemayehu Geda und Haile Kebret. "Regionale Wirtschaftsintegration in Afrika: Ein Überblick über Probleme und Perspektiven anhand einer Fallstudie von COMESA". Journal of African Economies 17 (3), 2008, S. 357– 394
- 51 John Lonsdale. "Agentur in schwierigen Situationen: Erzählung und Initiative in der afrikanischen Geschichte". Journal of African Cultural Studies 13 (1), 2000, S. 5–16.
- **52 Für eine hervorragende Diskussion hierzu siehe Deborah Bräutigam.** Das Geschenk des Drachen: Die wahre Geschichte Chinas in Afrika. **Oxford University Press, 2009.**
- 53 Solche Behauptungen sind fraglich, da China eine aggressive Haltung gegenüber afrikanischen Staaten einnimmt, die Taiwan anerkennen wollen, und von seinen afrikanischen Partnern erwartet, dass sie bei den Vereinten Nationen über Fragen von besonderem nationalen Interesse mit China abstimmen. Siehe Adams Bodomo.
  - "Beziehungen zwischen Afrika und China: Symmetrie, Soft Power und Südafrika". China Review 9 (2), 2009, 9
- 54 Susanne D. Mueller. "Kenia und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH): Politik, Wahl und Recht". *Journal of Eastern African Studies* 8 (1), 2014, S. 25 42; Gabrielle Lynch. "Außergerichtliche Kämpfe: kenianische Politik und der Internationale Strafgerichtshof". Egmont Institute Africa Policy Brief 8, 2014, verfügbar unter <a href="http://www.egmontinstitute.com/papers/13/afr/APB8.pdf">http://www.egmontinstitute.com/papers/13/afr/APB8.pdf</a> (15. Juli 2015).
- 55 Julie Hearn. "Die "NGO-isierung" der kenianischen Gesellschaft: USAID und die Umstrukturierung des Gesundheitswesens. Review of African Political Economy 25 (75), 1998, S. 89–100.
- 56 Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz. Afrika funktioniert: Unordnung als politisches Instrument. James Currey, 1999; Jean-François Bayart. Der Staat in Afrika: Die Politik des Bauches. Polity Press, 2009.

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

# **EINFÜHRUNG IN BAND II**

# Nic Cheeseman

# Der afrikanische Staat: Kämpfe um Menschen und Territorium

Nach der Einführung der Mehrparteienpolitik in den letzten Jahren der Kolonialherrschaft und einer Reihe hart umkämpfter Wahlen in den 1960er und frühen 1970er Jahren erlebte Afrika eine rasche Phase des demokratischen Niedergangs. Die Gewaltenteilung, die in vielen Unabhängigkeitsverfassungen verankert war, wurde schnell abgeschafft, und die Macht konzentrierte sich zunehmend auf das Präsidentenamt. In den Ländern, in denen es der siegreichen nationalistischen Bewegung gelang, eine hegemoniale Kontrolle über das politische System zu erlangen, führte dies tendenziell zur Entstehung von Einparteienstaaten, in denen formelle politische Opposition gegen die herrschende Partei verboten war.1 Klassische Beispiele dafür Dieser Verlauf umfasst Kenia, Tansania, Senegal und Sambia. Im Gegensatz dazu mündete in Ländern, in denen keine politische Partei in der Lage war, ihre Autorität effektiv auszuüben, der spaltende Wettbewerb um Macht und Ressourcen häufig in "Politikpolitik" und Bürgerkrieg,2 die wiederum in Perioden der Militärherrschaft und persönlicher Diktatur mündeten. Diese Art politischer Instabilität prägte Entwicklungen in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Ghana, Nigeria und Togo.3

Es lassen sich auch zwei weitere, weniger verbreitete Trends identifizieren. Erstens erlitten
einige Staaten im südlichen Afrika – Angola, Namibia, Mosambik, Südafrika und Simbabwe –
längere Perioden der Kolonialherrschaft oder der Herrschaft weißer Minderheiten und erlangten
daher erst viel später ihre Unabhängigkeit. In diesen Fällen verbrachten nationalistische
Bewegungen die 1970er und 1980er Jahre damit, sich der autoritären Herrschaft zu widersetzen, anstatt sie aufzubaue
Zweitens erwiesen sich die politischen Eliten in noch kleineren Fällen als in der Lage, einen
Konsens über den Wert von Mehrparteienwahlen für die Aufrechterhaltung eines integrativen und
stabilen politischen Systems zu erzielen. Infolgedessen erlebten eine Reihe von Ländern, darunter
Botswana, Mauritius und bis 1994 Gambia, keine demokratische Rezession – obwohl die Wahlen
nur in Mauritius zu einer Machtübertragung von einer Partei auf eine andere führten.5

Angesichts der autoritären Kontrolle, die von vielen afrikanischen Führern ausgeübt wird, könnten diejenigen, die neu auf dem Kontinent sind, überrascht sein zu erfahren, dass das klassische Stereotyp afrikanischer Staaten darin besteht, dass sie, um die Worte von Chabal und Daloz zu verwenden, und ineffektiv".6 Dieses Paradoxon hat eine Reihe wichtiger Debatten innerhalb der Afrikastudien angeregt. Einerseits haben Forscher die begrenzten Kapazitäten afrikanischer Staaten untersucht und darüber debattiert, welcher möglichen Erklärung Vorrang eingeräumt werden sollte. Lassen sich die Regierungsschwierigkeiten des Kontinents am besten durch das koloniale Erbe erklären, das dem Kontinent eine Reihe politischer Systeme hinterlassen hat, die in erster Linie auf wirtschaftliche Gewinnung und politische Kontrolle und nicht auf einvernehmliche Regierung ausgelegt waren?7 Oder ist es bedeutsamer, dass afrikanische Staaten Länder wie der Tschad, die Demokratische Republik Kongo und der Sudan zählen zu den größten Ländern der Welt und gehören daher zu den am schwierigsten zu verwaltenden Ländern?8 Oder sollte ein stärkerer Schwerpunkt auf eine ganz andere Gruppe von Themen gelegt werden, beispielsw

Andererseits haben Wissenschaftler versucht zu erklären, wie Staaten, die oft so fragil und anfällig für den Zusammenbruch sind, solch dauerhafte autoritäre Regime unterstützt haben. Führer wie Hastings Banda in Malawi, Daniel Arap Moi in Kenia und Kenneth Kaunda in Sambia hatten weit über zwanzig Jahre lang die Macht inne. Wie können wir diese Beispiele politischer Stabilität auf einem Kontinent erklären, auf dem angeblich die Macht der Regierung mit jedem Schritt, den man von der Hauptstadt entfernt, abnimmt?9 Eine offensichtliche Antwort wäre, dass diese Führer die Ausnahmen sind, die beweisen die Regel und dass ihre Fähigkeit, außergewöhnlich zu sein, auf der größeren institutionellen Stärke des Staates beruhte, dem sie vorstanden.10 Dies ist jedoch eine unbefriedigende Reaktion, da einige der Länder, die sich über ein hohes Maß an politischer Stabilität erfreuten, wie Sambia, ebenfalls vertreten waren extrem geringe staatliche Kapazität.

Es ist daher klar, dass die Beständigkeit der Regierungspartei nicht allein auf der Grundlage von Zwang erklärt werden kann.11 Wir müssen daher nach differenzierteren Antworten auf diese Frage suchen.

Im Laufe der letzten dreißig Jahre wurden eine Reihe unterschiedlicher Erklärungen für die Ursprünge der politischen Ordnung in Afrika vorgeschlagen, und einige der einflussreichsten und plausibelsten werden in diesem Band zusammengefasst. Das Argument, das in den 1980er Jahren am meisten Anklang fand, war, dass die politische Stabilität, soweit sie in Afrika existierte, "von außen bereitgestellt" wurde. In der klassischen Formulierung von Jackson und Rosberg bestanden die schwachen Staaten Afrikas nicht deshalb, weil sie über eine starke Polizei oder Armee verfügten, sondern weil sie vom internationalen System anerkannt wurden. Mit anderen Worten: Es war die Tatsache, dass der Rest der Welt die Souveränität afrikanischer Staaten garantierte, die ihr Überleben erklärte (siehe Band I).12 Obwohl diese Analyse hilft, das Fortbestehen afrikanischer Grenzen zu erklären, sagt sie wenig darüber aus, warum Bestimmte Regierungen konnten *in* einem bestimmten Gebiet so lange überleben. Obwohl es erhebliche westliche Interventionen zur Unterstützung befreundeter Regime gab, insbesondere im frankophonen Afrika,13 kann dies nicht den Erfolg von Führern wie Kaunda erklären, dessen Regierung größtenteils auf eigene Initiative übe

Um die Langlebigkeit dieser Art von Regime in Afrika besser zu erklären, müssen wir darüber nachdenken, wie Regierungen – ob autoritär oder demokratisch – Unterstützung erzwingen und kooptieren können. Schließlich nur Zwang

wird notwendig, wenn es einer Regierung an Legitimität mangelt. Um diesen Punkt vollständig zu verstehen, ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie ein Anführer Mäzenatentum nicht nur nutzen kann, um sich selbst und seine Freunde reicher zu machen, sondern auch, um breite Koalitionen zu bilden und öffentliche Unterstützung zu gewinnen.14 Ebenso ist es wichtig, die sozialen Grundlagen von zu verstehen Afrikanische Regierungen erfordern, dass wir die verschiedenen Arten politischer Autorität anerkennen, die auf dem Kontinent im Spiel sind – sei es patrimonial, traditionell oder basierend auf der Bereitstellung von Schutzdiensten (wie im Fall von Selbstjustiz). In afrikanischen Staaten mangelt es oft an organisatorischen Kapazitäten, an anderen Formen von Macht und Einfluss hingegen nicht.

#### Erforschung des afrikanischen Staates und seiner Abwesenheit

Die Forschung zum Staat in Afrika hat oft einen anderen Fokus auf die Arbeit zum Staat auf anderen Kontinenten gelegt, vor allem, weil sich ein Großteil davon mit der Frage befasste, ob afrikanische Staaten tatsächlich existieren oder nicht. Dies ist keine rein semantische Frage: Seit den frühen 1980er Jahren fragen Forscher, ob die begrenzte Fähigkeit afrikanischer Staaten, ihre eigene Bevölkerung zu schützen und ihnen Dienstleistungen zu erbringen, bedeutet, dass sie überhaupt nicht als "Staaten" klassifiziert werden sollten.

Laut Patrick Chabal und Jean-Francois Daloz ist die Verwendung eines solchen Begriffs in Afrika irreführend, da es sich dabei um den Import eines europäischen Konzepts handelt, das nicht zu den afrikanischen Realitäten passt.15 Wie wir später sehen werden, macht der afrikanische Staat jetzt so etwas wie eine Doch trotz dieses jüngsten Trends tendiert die Literatur immer noch dazu, sich auf Formen institutioneller Schwäche zu konzentrieren.16

Es sollte daher nicht überraschen, dass sich zwei der Kapitel in Teil 1 des Bandes auf "Staatsversagen" konzentrieren.17

In Kapitel 19 verwendet Robert Bates, einer der einflussreichsten afrikanistischen Politikwissenschaftler der letzten vierzig Jahre, ein quantitatives Modell, um "die Logik des Staatsversagens" zu untersuchen und die "Bedingungen zu identifizieren, unter denen Staaten möglich werden". Er stellt fest, dass Mehrparteienpolitik, niedrige Staatseinnahmen und Führer, die einen Teil des Landes bevorzugen, die Aussichten auf die Entstehung eines starken und stabilen Staates verringern. Andere Forscher wie Paul Collier haben weitere Faktoren hervorgehoben – vor allem den Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und politischen Konflikten sowie die Tendenz von Ländern, die einen Bürgerkrieg erlebt haben, einen weiteren zu erleiden.18

Die Verbreitung vieler der von Bates und Collier hervorgehobenen Faktoren in Afrika hat zu einem hohen Ausmaß an innerstaatlichen Konflikten auf dem Kontinent beigetragen. In den letzten zwanzig Jahren haben die häufigen Ausbrüche politischer Gewalt eine Reihe von Wissenschaftlern zu der Frage inspiriert, wie afrikanische Regierungen und internationale Geber am besten auf die endemische politische Instabilität reagieren können. In Kapitel 20 skizziert Jeffrey Herbst seine eigene Antwort auf diese Frage. Herbst kommt auf der Grundlage vieler seiner bahnbrechenden Beiträge zum Verständnis des afrikanischen Staates zu einer radikalen Schlussfolgerung. In einigen der schwierigsten Fälle, etwa in der Demokratischen Republik Kongo, vermutet er, dass die Stützung schwacher Staaten mehr schaden als nützen könnte. Wir sollten daher bereit sein, darüber nachzudenken

undenkbar und erlauben sezessionistischen Bewegungen, Staaten zu verlassen und neue zu gründen, solange sie bestimmte Kriterien der Machbarkeit und politischen Stabilität erfüllen.

Obwohl Herbst darauf achtete, klarzustellen, dass seine Analyse nur auf eine bestimmte Untergruppe afrikanischer Staaten anwendbar sei, erwies sich sein Artikel als höchst kontr Als sich die Debatte entfaltete, prägten Entwicklungen in einigen der Länder, die Herbst in dem Artikel besprochen hatte, die akademische und politische Reaktion auf seine Argumentation. Beispielsweise stützte sich die Einleitung des Aufsatzes stark auf die Erfahrungen Liberias und Somalias – die beide zu der Zeit, als er schrieb (1997), typischerweise als "Korbfälle" angesehen wurden –, um die Behauptung aufzustellen, dass es zu einem anhaltenden Staatsversagen komme in Afrika erforderte radikale politische Lösunge Während Somalia weiterhin enttäuschend war, verhandelte Liberia Mitte der 2000er Jahre relativ erfolgreich über den Übergang zur Zivilherrschaft und hat nun zwei weitgehend friedliche Mehrparteienwahlen abgehalten. Darüber hinaus hat das Land unter der Führung der ersten Präsidentin Afrikas, Ellen Johnson Sirleaf, erhebliche Fortschritte gemacht, auch wenn das demokratische System weiterhin fragil ist. Es ist daher klar, dass Unterteilung und Nachfolge keine Voraussetzung für den Staatsaufbau in Afrika sind – was jedoch nicht bedeutet, dass die von Herbst skizzierten radikalen Optionen nicht erwägenswert für Länder sind, die keine Anzeichen von Fortschritten in Richtung eines wirksamen Friedens zeigen Staatsaufbau, wie die Demokratische Repu

Wie die Geschichte Liberias zeigt, haben sich sowohl die Form des afrikanischen
Staates als auch seine Aktivitäten im Laufe der Zeit verändert. Daher ist es wichtig, den
Staat nicht nur als eine statische Ansammlung von Institutionen zu betrachten, sondern
auf die unterschiedlichen Staatstypen zu achten, die in Afrika entstanden sind. Crawford
Young untersuchte die Entwicklung des afrikanischen Staates und war einer der ersten
Wissenschaftler, der argumentierte, dass die Ära des "postkolonialen" Staates im Jahr
2004 zu Ende gegangen sei (Kap. 17). Young stellt fest, dass der Begriff
"postkolonial" "nicht lange nach der Unabhängigkeit eine weitverbreitete Bedeutung
erlangte, als Anerkennung für die Einfuhr der Praktiken, Routinen und Mentalitäten des Kolonialstaats
Er fasst das Konzept weiter zusammen und schlägt vor, dass eines der bestimmenden
Merkmale des postkolonialen Staates der Versuch war, "eine ehrgeizigere Form des
politischen Monopols zu sichern, dessen legitimierender Diskurs der Developmentalismus war".

Young weist darauf hin, dass dieser Staatstyp zwar in der frühen postkolonialen Ära vorherrschend war, sich das Bild jedoch in den 1980er Jahren aufgrund einer Reihe neuer und wichtiger politischer Trends zu ändern begann. Genauer gesagt öffnete der Aufstieg der "patrimonialen Autokratie" in Verbindung mit "äußerem und innerem Druck zur wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung des Staates" "die Tür für ein komplexes Netz neuartiger ziviler Konflikte". Die kombinierte Wirkung dieser Entwicklungen führte im Laufe der Zeit dazu, dass das koloniale Erbe an Bedeutung verlor. Daraus kommt er zu dem Schluss, dass "der postkoloniale Moment vorbei ist". Dieses Argument ist aus mehreren Gründen wichtig, vor allem weil es uns hilft, die Debatte über den afrikanischen Staat in den richtigen historischen Kontext zu stellen, und als wertvolle Erinnerung an die Bedeutung und Begrenzung historischer Hinterlassenschaften die

Das Kapitel von Stephen ergänzt Youngs Fokus auf Veränderungsprozesse Ndegwa beleuchtet einen wichtigen Aspekt der Kontinuität, nämlich den Art der Beziehung zwischen Staat und Bürgerschaft (Kap. 18). In Anlehnung an Mamdanis Besorgnis über die spaltenden Auswirkungen der Kolonialherrschaft auf afrikanische Gesellschaften (siehe Band I, Kapitel 2) argumentiert Ndegwa, dass Kenias Scheitern beim Übergang zur Demokratie in den 1990er Jahren teilweise auf die Unvereinbarkeit der "republikanischen Staatsbürgerschaft mit ethnischen Gruppen" zurückzuführen sei politische Gemeinschaften" mit "liberaler Staatsbürgerschaft in der nationalen politischen Gemeinschaft". Genauer gesagt zeigt er, wie "die gesellschaftlich inszenierte Beziehung zwischen ethnischer Identität, Autorität und Legitimität mit der gesetzlich sanktionierten Mitgliedschaft, Autorität und Legitimität des Nationalstaats konkurriert". Diese "Dualität in der Staatsbürgerschaft führt zu Konflikten um die Demokratie – verstanden als liberale Mehrheitsdemokratie – und führt dazu, dass ethnische Koalitionen sich nicht einig sind, welche Institutionen für einen multiethnischen Staat geeignet sind." Mit anderen Worten: Eines der Hauptprobleme des afrikanischen Staates besteht darin, dass die Loyalität vieler se

Zusammengenommen tragen die Arbeiten von Bates, Herbst, Ngegwa und Young wesentlich dazu bei, die schwachen Grundlagen des afrikanischen Staates sowohl in Bezug auf Infrastruktur als auch Legitimität zu erklären. In den letzten siebzig Jahren haben verschiedene Gruppen und Organisationen versucht, dieses institutionelle und moralische Vakuum zu füllen. Wie Christian Lund feststellt (Kapitel 23), "gibt es in Afrika keinen Mangel an Institutionen, die versuchen, öffentliche Autorität auszuüben: Es sind nicht nur mehrere Schichten und Zweige staatlicher Institutionen in unterschiedlichem Maße vorhanden und aktiv, sondern auch sogenannte traditionelle Institutionen, die von der Regierung gestärkt werden." Anerkennung wetteifert auch um öffentliche Autorität, und auch neu entstehende Institutionen und Organisationen betreten das Feld." In den meisten Fällen handelt es sich bei diesen Autoritätsformen nicht einfach um staatliche oder zivilgesellschaftliche Autoritäten, sondern "operiert

Beispielsweise werden traditionelle Führer, oft als "Häuptlinge" bekannt, typischerweise als "traditionelle" soziale Institutionen dargestellt, die in der vorkolonialen Vergangenheit verwurzelt sind. Allerdings sind sie oft Teil der offiziellen Regierungsstruktur und erhalten in vielen Ländern wie andere Regierungsangestellte ein Stipendium. Auf diese Weise können sie sowohl als Angehörige der Zivilgesellschaft als auch des Die Spannungen, die diese Doppelrolle erzeugen kann, werden von Lungisile Ntsebeza (Kap. 21) gut hervorgehoben, der argumentiert, dass der Versuch, eine demokratische Dezentralisierung in Südafrika einzuführen, durch "die Zugeständnisse, die den traditionellen ländlichen Autoritäten gemacht wurden" gefährdet wurde. Genauer gesagt: "Die gesetzliche Übertragung der Landverwaltung auf gewählte Beamte hat nicht stattgefunden, so dass diese wichtige Macht unter der Autorität nicht rechenschaftspflichtiger lokaler Häuptlinge und Oberhäupter verbleibt." Ein Grund für das langsame Tempo des Wandels ist der Einfluss, den traditionelle Führer weiterhin auf ihre Gemeinschaften ausüben. Wie Carolyn Logan in ihrem Kapitel über "die Wurzeln der Resilienz" (Kap. 22) zeigt, befürworten afrikanische Bürger, dass traditionelle Führer Tatsächlich gibt eine Mehrheit der Befragten in Afrobarometer-Umfragen an, dass sie sich eine Ausweitung der Machtbefugnisse traditioneller Führer wünschen,19 insbesondere wenn es um Themen wie die Lösung lokaler Konflikte geht.

Die Unfähigkeit vieler Staaten, für wirksame Sicherheit zu sorgen, hat auch die Entstehung von Selbstjustizgruppen begünstigt, was zu dem führte, was David Pratten die "Politik des Schutzes" nennt (Kap. 24). Pratten zeigt, dass aufgrund der hohen Kriminalitätsrate und der knappen Beschäftigungsmöglichkeiten "Bürgerwehr zu einem endemischen Merkmal der nigerianischen sozialen und politischen Landschaft geworden ist". Beispielsweise genießen Gruppen wie die Bakassi Boys und der O'odua People's Congress erhebliche Unterstützung in der Bevölkerung, teilweise aufgrund der "Schutzdienste", die sie ihren Gemeinden bieten. Allerdings sind solche Organisationen weit mehr als nur informelle Sicherheitsorganisationen. Wie Pratten argumentiert: "Über die Bekämpfung der Kriminalität hinaus sind diese Gruppen die Speerspitze aktueller politischer Auseinandersetzungen zwischen Identitäts- und Staatsbürgerschaftspolitik und vertreten unterschiedliche Bestrebungen für die Zukunft Nigerias, darunter eine Pro-Scharia-Bewegung im Norden und ethnis

Basierend auf dieser Einschätzung kommt Pratten zu dem Schluss, dass eines der charakteristischen Merkmale dieser Art von Bürgerwehrbewegungen darin besteht, dass sie in einem dunklen Mittelweg zwischen der Bevölkerung und der Regierung agieren. Eine Folge dieser hybriden Existenz ist, dass die Aktivitäten und Diskurse von Bürgerwehrgruppen als Ausdruck von "Debatten über Regierungsführung, "Staatlichkeit" und Unterscheidungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft angesehen werden können, die die "Zwielichtqualitäten" lokaler Organisationspolitik betonen. Auf diese Weise untermauert Prattens Analyse Lunds Argument, dass die Grenze zwischen Staat und Zivilgesellschaft im afrikanischen Kontext oft schwer zu ziehen ist. Dies ist eine besonders wichtige Erkenntnis, da sie direkt auf die Natur der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft auf dem Kontinent eingeht und die Art und Weise verdeutlicht, wie viele Gruppen, die oft als Teil der "Zivilgesellschaft" bezeichnet werden, tatsächlich tief in die Beziehungen verstrickt sind Zustand. Das Verständnis dieses Punktes ist der Schlüssel zum Verständnis der Be

Zusammengenommen erzählen die in Teil 2 vorgestellten Artikel eine wichtige Geschichte: Im heutigen Afrika gibt es zwar Staaten, die organisatorisch schwach sind, aber es ist auch Zeuge der Entstehung einer Reihe einflussreicher Gruppen und Bewegungen geworden, die miteinander um die Ausübung politischer Autorität konkurrieren die Bürgerschaft. Folglich sind afrikanische Staaten zwar in mancher Hinsicht schwach und in anderer nachlässig, aber selten anarchisch.

## Neo-Patrimonialismus und Korruption

Die beiden Begriffe, die nach "Staatsversagen" am häufigsten mit dem afrikanischen Staat in Verbindung gebracht werden, sind "Neo-Patrimonialismus" und "Korruption". Der dritte Teil dieses Bandes ist der Auseinandersetzung mit diesen Themen gewidmet. In Kapitel 25 stellen sich Gero Erdmann und Ulf Engel der Herausforderung, die zahlreichen Bücher und Artikel, die zum Thema Neo-Patrimonialismus erschienen sind, zu sichten, um für mehr konzeptionelle Klarheit zu sorgen. Dies erweist sich als eine lohnenswerte Aufgabe, denn sie finden, dass "der Diskurs über den "Neopatrimonialismus" durch mehrere terminologische Schwächen gekennzeichnet war, die letzten

zu begrifflicher Verwirrung geführt haben". Um zu vermeiden, dass der Begriff zu einem bedeutungslosen Sammelbegriff wird, schlagen sie die folgende Definition vor, die es wert ist, ausführlich zitiert zu werden:

Der Neopatrimonialismus ist eine Mischung aus zwei Arten politischer

Herrschaft. Dabei handelt es sich um eine Verbindung von patrimonialer und rechtlich-rationaler bürokratischer Herrschaft. Die Machtausübung in neopatrimonialen Regimen ist unberechenbar und unvorhersehbar, im Gegensatz zur kalkulierbaren Machtausübung, die in universellen Regeln verankert ist. . . . Öffentliche Normen im Neopatrimonialismus sind formell und rational, ihre soziale Praxis ist jedoch oft persönlich und informell.

Schließlich korrespondiert der Neopatrimonialismus mit autoritärer Politik, während sich legal-ra

Mit anderen Worten bezieht sich Neo-Patrimonialismus auf politische Systeme, in denen gleichzeitig zwei unterschiedliche Arten der Politikgestaltung koexistieren. Im Gegensatz zu einem Großteil der frühen Literatur bedeutet dies nicht, dass formelle bürokratische Regeln immer durch mächtigere soziale Normen untergraben werden. Vielmehr lässt es die Möglichkeit offen, dass in ansonsten kompromittierten Systemen Nischen regelkonformen Verhaltens existieren und dass Länder im Laufe der Zeit "patrimonialer" oder "rational-legaler" werden.

In Kapitel 26 tut JP Olivier de Sardan gegen Korruption, was Erdmann und Engel gegen Neo-Patrimonialismus tun. Im Gegensatz zum Ansatz von Erdmann und Engel verfolgt Olivier de Sardan jedoch einen überwiegend empirischen Fokus und beginnt nicht bei der Theorie, sondern bei der Realität vor Ort. Im Gegensatz zu einer eher politikorientierten Arbeit zum Thema Korruption, bei der oft mehr Zeit damit verbracht wird, die Auswirkungen der Korruption als ihre Ursachen zu untersuchen, geht es Olivier de Sardan darum, zu erklären, wie Korruption in Afrika verstanden wird. Durch diese Übung hofft er, korrupte Handlungen in den Kontext eines umfassenderen "Korruptionsk Genauer gesagt hebt Olivier de Sardan sechs Schlüsselthemen hervor, die die Korruption in Afrika charakterisieren: "ihre Routine, die Stigmatisierung der

Korruption trotz des Fehlens wirksamer Sanktionen, ihre offensichtliche Irreversibilität, die fehlende Korrelation mit Regimetypen und ihre Legitimität gegenüber ihren Tätern.

Wie aus dieser Zusammenfassung hervorgeht, sind Olivier de Sardans
Schlussfolgerungen nicht optimistisch. Er stellt fest, dass Korruption allgegenwärtig
ist, und während "jeder aufrichtig für die Achtung der Öffentlichkeit ist und möchte,

dass die Bürokratie im Dienste der Bürger steht ... beteiligt sich jeder durch alltägliche Handlungen an der Reproduktion des Systems." prangert an. Aus diesem Grund sind die meisten Reformen zur Korruptionsbekämpfung zum Scheitern verurteilt und Elemente des Neo-Patrimonialismus bleiben so tief verwurzelt.

In Kapitel 27 macht William Reno einen ähnlichen Punkt auf andere Weise und argumentiert, dass Korruption, Kriminalität und Unordnung in vielen afrikanischen Staaten gerade deshalb vorherrschen, weil sie den Machthabern zugute kommen. In Renos Worten handelt es sich um "eine Reihe von Aktivitäten, die gemeinhin als Korruption und Umgehung staatlicher Autorität oder als Folgen inkompetenter Verwaltung definiert w

"Und schlechte Politik entsteht tatsächlich aus den zielgerichteten Strategien der Herrscher."
Um zu beschreiben, wie dies in der Praxis funktioniert, entwickelt Reno das Konzept eines
"Schattenstaates", der "eine Form persönlicher Herrschaft" ist; das heißt, eine Autorität, die
auf den Entscheidungen und Interessen eines Einzelnen basiert und nicht auf einer Reihe
geschriebener Gesetze und Verfahren." Er fährt fort: "Der Schattenstaat basiert auf der
Fähigkeit der Herrscher, den Zugang externer Akteure zu Märkten, sowohl formellen als auch
geheimen, so zu manipulieren, dass ihre Macht gestärkt wird."

Renos Analyse trägt dazu bei, die Verbreitung fragiler formeller Institutionen in Afrika zu erklären, denn sie legt nahe, dass viele der schwachen Staaten des Kontinents nicht einfach das zufällige Ergebnis von Krieg und Inkompetenz sind, sondern einen bewussten Versuch seitens der Staats- und Regierungschefs darstellen, Regierungsinstitutionen zu untergraben, die möglicherweise dazu führen könnten andernfalls ihre Handlungen einschränken. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass Reno nicht behauptet, dass dies auf alle afrikanischen Länder zutrifft, sondern es eher als ein Merkmal einer Untergruppe besonders problematischer Fälle betrachtet. In Ländern wie Somalia und Sierra Leone (zur Zeit des Bürgerkriegs) ist der "Schattenstaat" am stärksten, und es ist am unwahrscheinlichsten, dass es zu Antikorruptionsreformen und einem wirksamen Staatsaufbau kommt.

#### Den Staat zurückholen

Die Kapitel in Teil 3 bieten eine eher düstere Perspektive auf Afrika und seine zukünftige Entwicklung. Aber es gibt auch viele positive Entwicklungen auf dem Kontinent und viele Ideen, wie schwache Staaten transformiert werden können. In Kapitel 28 weist Thandika Mkandawire darauf hin, dass ein Großteil der Literatur in den 1980er und 1990er Jahren zwar davon ausging, dass "Entwicklungsstaaten" auf dem Kontinent nicht möglich seien, dass es aber "in Afrika Staaten gab, die sowohl in ihren Bestrebungen als auch in ihrer Wirtschaftsleistung "Entwicklungsstaaten" waren." '.

Mit Entwicklungsstand meint Mkandawire zwei Dinge. Erstens ein Staat, "dessen ideologische Grundlage insofern "entwicklungsorientiert" ist, als er seine "Mission" darin sieht, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern". Zweitens ein Staat mit der Fähigkeit – "administrativ, technisch, administrativ und politisch" –, diese Mission umzusetzen, und der Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Kräften, die erforderlich ist, um "eine langfristige Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die nicht von den Ansprüchen kurzsichtiger Privatinteressen belastet wird". Auch wenn dies in Afrika selten vorkommt, geht Mkandawire davon aus, dass Länder wie Botswana diese Bedingungen erfüllen und in den 1970er Jahren bessere Ergebnisse erzielten als einige ihrer asiatischen Pendants.

Das ist ein starkes Argument. Es gibt jedoch ein Problem damit, Botswana als positives Beispiel für einen korruptionsfreien Entwicklungsstaat zu verwenden, denn es ist seit der Unabhängigkeit einer der effektivsten und produktivsten Staaten Afrikas. Während die heutigen Staats- und Regierungschefs daher verpflichtet waren, den Ansatz ihrer Vorgänger beizubehalten, mussten sie keine Reformen durchführen, um die tief verwurzelte Korruption und den Patrimonialismus zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund ist Botswana nicht der beste Ort, um nach einer Erklärung dafür zu suchen, wie Staaten, die sich noch nicht zu einem "Entwicklungsstaat" entwickelt haben, dies auch getan hab

Abhängigkeit von neopatrimonialen Netzwerken, kann umgekehrt werden. Glücklicherweise haben im letzten Jahrzehnt eine Reihe von Forschern Strategien zur Förderung der Entwicklung in genau diesem Kontext vorgeschlagen.

In Kapitel 29 schlägt Tim Kelsall einen alternativen Weg für Länder vor, die in Zyklen von niedrigem Wirtschaftswachstum und schlechter Regierungsführung gefangen sind. Kelsall fasst die Ergebnisse des African Power and Politics Program (APPP) zusammen und kommt zu dem Schluss, dass einer der Gründe für das Scheitern so vieler internationaler Reformprogramme in Afrika darin besteht, dass sie versucht haben, zu schnell zu viel zu tun. Anstatt radikale Transformationen in rasender Geschwindigkeit anzustreben, argumentiert Kelsall, wäre es ein profitablerer Ansatz, die lokalen politischen Realitäten zu erkennen und mit ihnen zu arbeiten. Was er damit meint, ist, dass Entwicklungsprojekte versuchen sollten, "im Sinne des Neo-Patrimonialismus zu gehen", anstatt sich die Ausrottung der neo-patrimonialen F Genauer gesagt weist Kelsall darauf hin, dass bestimmte Formen des Patrimonialismus der wirtschaftlichen Entwicklung besser zugänglich sind als andere. Wenn er recht hat, könnten die Geber wichtige Fortschritte erzielen, wenn sie ihren Ansatz überarbeiten und afrikanische Staats- und Regierungschefs dazu ermutigen, die Art von Patrimonialstrukturen einzuführen, die einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum am förderlichsten sind. Auf der Grundlage von Kelsalls Analyse wären solche Reformen gerade deshalb erfolgreicher, weil sie für die Regierungen und Gesellschaften, in denen sie umgesetzt würden, selbstverständlicher wären.

In Kapitel 30 entwickeln David Booth und Frederick Golooba-Mutebi (ebenfalls Teil der APPP) diese Idee anhand des Falles Ruanda weiter.

In Übereinstimmung mit Kelsalls Analyse schlagen sie vor, dass der Patrimonialismus tendenziell effektiver ist, wenn er zentral auf eine Weise verwaltet wird, die es dem Leiter des Patrimonialnetzwerks ermöglicht, die Erlöse aus rentensuchenden Aktivitäten in der Wirtschaft zu reinvestieren. Unter diesen Bedingungen kann Patrimonialismus sowohl mit einem relativ geringen Maß an Korruption als auch mit der Verwendung von Renten zur Entwicklung von Teilen der Wirtschaft vereinbar sein, die für den Privatsektor unattraktiv sind. Booth und Golooba-Mutebi vermuten, dass genau dies in Ruanda geschehen ist, wo die Regierung von Paul Kagame ein stark zentralisiertes wirtschaftliches und politisches System aufgebaut hat.

Derzeit besteht kein Konsens darüber, wie effektiv das ruandische Wirtschaftsmodell langfristig sein wird. Einerseits befürchten Kritiker, dass die Geschäftstätigkeit der Regierung aufgrund ihres vorteilhaften Zugangs zu Verträgen und Krediten weiterhin den privaten Sektor dominieren und den wirtschaftlichen Wettbewerb und damit das Unternehmertum untergraben wird.20 Andererseits argumentieren Booth und Golooba- Mutebi Die Schaffung von Monopolen unter der Kontrolle der Regierungspartei wird durch die Fähigkeit parteieigener Unternehmen, zuvor brachliegende Teile der Wirtschaft wieder anzukurbeln und Einnahmen in wichtige Infrastrukturprojekte zu lenken, mehr als ausgeglichen. Nur die Zeit wird zeigen, welche Analyse der Wahrheit näher kommt. Kurzfristig gesehen ist es jedoch schwierig, von dem Wirtschaftswachstum von 7 bis 8 Prozent pro Jahr, das die Regierung von Präsident Kagame zwischen 2010 und 2015 erzielte, nicht beeindruckt zu sein.

Doch trotz des beeindruckenden politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der in Ruanda stattgefunden hat, bleibt die These des "Entwicklungspatrimonialismus" umstritten. Einer der Hauptgründe dafür ist die Duldung – und damit gewissermaßen auch Mittäterschaft - von Patrimonialpolitik. Es ist daher wichtig zu fragen, welche negativen Nebenwirkungen die Befürwortung des Patrimonialismus – und damit die Stärkung seiner Legitimität – haben könnte. Inwieweit wird beispielsweise die Unterstützung von Staaten, die "Entwicklungspatrimonialismus" praktizieren, die Macht solcher Praktiken in Afrika weiter stärken? Eine zweite mögliche Einschränkung der Theorie hängt damit zusammen, inwieweit die Erfahrungen von Ländern wie Ruanda verallgemeinert werden können. Viele der von der APPP diskutierten Beispiele, wie etwa Äthiopien und Ruanda, sind autoritäre Staaten mit dominanter Partei, die in der Lage sind, eine strenge Kontrolle über die Bürger auszuüben. Es ist unklar, ob der entwicklungspolitische Patrimonialansatz in den offeneren und wettbewerbsintensiveren politischen Systemen des Kontinents umsetzbar wäre, wo er von einer Reihe von Oppositionsgruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft weitaus stärker unter Druck geraten würde.

Diese Fragen sowie die Besorgnis über die schlechte Menschenrechtslage Ruandas haben eine Reihe anderer Forscher dazu veranlasst, nach alternativen Wegen für Reformen zu suchen. Einer der interessantesten Bereiche der neuen Forschung betrifft die Möglichkeit, einen Gesellschaftsvertrag21 zwischen Bürgern und Staaten durch das Medium der Besteuerung aufzubauen, das seit langem eine zentrale Rolle in den Konzeptionen des Gesellschaftsvertrags spielt.22 Auf der grundlegendsten Ebene Bürger Wer seine Steuern an den Staat zahlt, erwartet in der Regel eine bestimmte Gegenleistung für Dienstleistungen. Der Bedarf an Steuereinnahmen macht Staaten anfälliger für Bürgerproteste, während die Zahlung von Steuern die Bürger für die Art und Weise sensibilisiert, wie Staatseinnahmen verwendet werden. Daher kann der Aufbau eines wirksamen Steuerverwaltungssystems eine wichtige Rolle bei der Entwicklung eines Gesellschaftsvertrags zwischen Bürgern und Staat spielen. Allerdings ist das Eintreiben von Steuern eine der vielen Aktivitäten, die die schwachen Staaten Afrikas immer wieder versäumen. Ein Grund dafür ist, dass Regierungen wenig Anreiz haben, unpopuläre Steuern zu erheben, wenn sie auf der Grundlage ausländischer Hilfe, internationaler Kredite und der Erlöse aus dem Verkauf natürlicher F

Die Herausforderung einer Reform des Steuersystems des Kontinents wird von Odd-Helge Fjeldstad und Mick Moore in ihrer Diskussion über die Entstehung halbautonomer Finanzbehörden (ARAs) in den 1990er Jahren deutlich gemacht (Kap. 31). Wie Fjeldstad und Moore zeigen, "sehen afrikanische Regierungen und die an den Reformen beteiligten internationalen Entwicklungsagenturen zwar ARAs als Mittel zur Steigerung der Einnahmen der Zentralregierung", "gibt es jedoch kaum Anzeichen dafür, dass die Schaffung von Finanzagenturen tatsächlich zu einer Steigerung der öffentlichen Einnahmen geführt hat." . Stattdessen argumentieren sie, dass die Schaffung von ARAs "eine Reihe von Reformen in der Art und Weise, wie Steuern festgesetzt und eingezogen werden, erleichtert und den Druck abgelenkt hat, der andernfall

Dieser Mangel an Reformimpulsen ist bedauerlich, denn das Kapitel von Christine Bodea und Adrienne LeBas zeigt das Bemerkenswerte

Verbesserungen, die in Lagos (der Wirtschaftshauptstadt Nigerias) infolge der Reform und teilweisen Privatisierung des Steuersystems eingetreten sind (Kap. 33).

Bodea und LeBas finden auch Hinweise darauf, dass die Kombination aus höherer
Steuerzahlung und besserer Leistungserbringung die Entstehung eines entstehenden
Gesellschaftsvertrags unterstützt, durch den "Personen mit einer positiven Erfahrung mit der
Erbringung staatlicher Dienstleistungen eher dazu neigen, ihren Glauben an etwas Unbedingtes
zum Ausdruck zu bringen." "Pflicht des Bürgers, Steuern zu zahlen". Das sind gute
Nachrichten, denn wenn ein Gesellschaftsvertrag in einem so aussichtslosen Kontext wie
Lagos geschmiedet werden kann – das in den frühen 1990er Jahren eher für seine hohe
Kriminalitätsrate und ethnisch-religiöse Spaltungen als für seine wirtschaftliche Entwicklung bekannt war –, gibt

Wie groß die Hoffnung ist, hängt jedoch vom breiteren wirtschaftlichen Kontext ab. In dicht besiedelten städtischen Gebieten, in denen ein erheblicher Teil der Bevölkerung einer formellen Beschäftigung nachgeht, wie in Lagos, ist es einfacher, Steuern zu erhöhen. Aber ein Großteil Afrikas passt nicht in dieses Bild; Stattdessen sind viele Teile des Kontinents überwiegend ländlich geprägt und verfügen über kleinere formelle Volkswirtschaften. In diesem Sinne ist die Geschichte von Lagos möglicherweise nicht verallgemeinerbar – zumindest nicht über andere Wirtschaftszentren hinaus.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Besteuerung ländlicher Gebiete nicht möglich ist oder dass die Staats- und Regierungschefs niemals versuchen werden, ihre eigenen Unterstützer zu besteuern. Kimuli Kasaras innovative Analyse (Kapitel 32) zu ethnischer Zugehörigkeit, Geographie und Besteuerung argumentiert, dass afrikanische Führer entgegen der landläufigen Meinung ihre ethnischen Gruppen nicht dadurch bevorzugen, dass sie ihnen erlauben, in ländlichen Gebieten der Besteuerung zu entgehen. Stattdessen stellt sie fest, dass "Cash-Crop-Bauern, die ethnisch mit dem Staatsoberhaupt identifiziert sind, höhere Steuern zahlen müssen". Dies liegt daran, dass Führungskräfte in ihren Heimatgebieten besser in der Lage sind, wirksame lokale Vermittler auszuwählen, "um die Kontrolle über das Land auszuüben und siche Kasaras kontraintuitive Feststellung ist wichtig, denn sie zeigt, dass es nicht immer zum eigenen Vorteil ist, einen Gleichaltrigen als Präsidenten zu haben, und hilft zu erklären, warum mehr Steuern anfallen, als es sonst der Fall wäre.

Die in den Kapiteln 32 und 33 aufgeführten Beispiele sind ermutigend, bleiben aber derzeit die Ausnahme; Im Allgemeinen wird die offizielle Besteuerung nur unzureichend durchgesetzt, was ein Grund dafür ist, dass viele Länder weiterhin auf die finanzielle Unterstützung internationaler Geber angewiesen sind (siehe Band I). Die niedrigen Einkommenssteuersätze in Afrika spiegeln die begrenzte Kapazität der Steuereintreibungsbehörden wider, gepaart mit niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit. Es könnte auch mit einer anderen Feststellung von Kasara zusammenhängen, die darauf hindeutet, dass "demokratische Regime niedrigere Steuern erheben", teilweise weil ihnen weniger Mittel zur Verfügung stehen, um die Einhaltung der Vorschriften zu erzwingen. Natürlich sind demokratische Regierungen auch anfälliger für öffentliche Kritik an Steuererhöhungen, insbesondere wenn sich Oppositionsparteien gegen höhere Steuern einsetzen. Zusammen mit der Analyse von Fjeldstad und Moore ist dies eine wichtige Erinnerung daran, dass Prozesse, die oberflächlich betrachtet komplementär zu sein scheinen – in diesem Fall Demokratisierung und Steuerreform – nicht immer in die gleiche Richtung gehen.

Wie geht es mit dem afrikanischen Staat weiter?

Die Zukunft des afrikanischen Staates und das Verhältnis zwischen Regierten und Regierung sind schwer vorherzusagen. Die in diesem Band zusammengestellte Literatur lässt jedoch einige wahrscheinliche Entwicklungen vermuten. Korruption und Klientelismus sind in vielen afrikanischen Gesellschaften tief verwurzelt und es wird Jahrzehnte dauern, bis sich dies ändert. Genauer gesagt wird die Entwicklung leistungsorientierterer und regelgebundenerer Bürokratien Veränderungen auf zwei Ebenen erforder

Erstens werden die Aussichten auf eine sinnvolle Reform davon abhängen, dass ein größerer politischer Wille zur Durchsetzung und Festlegung neuer Standards im gesamten politischen System entsteht. Leider ist es unwahrscheinlich, dass der notwendige politische Wille entsteht oder wirksam wird, es sei denn, es kommt zu einer zweiten Veränderung innerhalb der afrikanischen Gesellschaften selbst: einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung. Im Laufe der Zeit wird ein integratives Wirtschaftswachstum die Entstehung einer besser gebildeten Bürgerschaft erleichtern, deren Lebensunterhalt weniger vom Staat abhängt und die daher besser in der Lage ist, Machtmissbrauch zu bekämpfen.23 Im Gegenzug fordert ein größerer Anteil der Bürger wirksame Maßnahmen Reformen zur Korruptionsbekämpfung werden für politische Führer stärkere Anreize bieten, Korruption ernst zu nehmen. Auf diese Weise werden die Aussichten auf weitreichende politische Veränderungen stark vom Ausmaß des sozioöko

Das soll nicht heißen, dass eine Reduzierung der Korruption ohne Wirtschaftswachstum nicht möglich ist. Innerhalb Afrikas gibt es erhebliche Unterschiede in dem Ausmaß, in dem sich die neopatrimoniale Politik durchgesetzt hat, und einige Staaten haben Fortschritte beim Aufbau saubererer und effizienterer Bürokratien gem Allerdings sollten wir vorsichtig sein, inwieweit die Erfahrungen einiger führender Persönlichkeiten des Kontinents verallgemeinert werden können. Wie oben erläutert, ist es den jüngsten politischen Führern in Botswana gelungen, die Korruption teilweise deshalb einzudämmen, weil sie gar nicht erst Fuß fassen durfte.24 Es ist viel schwieriger, den Klientelismus zu beseitigen, wenn er einmal tief verwurzelt ist, da dies eine aktive Transformation erfordert System, das zwar offensichtlich unfair und problematisch ist, aber mächtigen Wählern Vorteile bringt. Solche umfassenden Transformationen fanden typischerweise nur über sehr lange Zeiträume statt oder in Fällen, in denen radikale Veränderungen im politischen System stattgefunden haben – wie im Ruanda nach dem Völkermord.

Daher ist es wichtig zu prüfen, inwieweit die aktuellen wirtschaftlichen Trends voraussichtlich die oben beschriebene Art von gesellschaftlichem Wandel anregen werden. Zwei besondere Entwicklungen haben in den letzten fünf Jahren das Interesse von Politikwissenschaftlern und Medienkommentatoren geweckt. Einerseits hat das stetige Wirtschaftswachstum zu einer Ausweitung der Mittelschicht geführt. Andererseits bieten immer mehr Länder ihren Bürgern eine kostenlose Grundschulbildung an, auch wenn die Qualität weiterhin uneinheitlich ist.25 Die Kombination dieser Trends ist eine gute Nachricht für die politische Rechenschaftspflicht.26 Meine eigene Forschung zum Beispiel zu Kenia , stellt fest, dass gebildete Menschen es eher befürworten, der Exekutive Kontrolle und Kontrolle aufzuerlegen.27

# Nicholas Cheeseman – Universität Oxford yyyyyyyyy yy yyyyyy yy

Es bedarf jedoch weiterer Arbeit, um genau zu verstehen, wie dieser Prozess ablaufen wird. Trotz aktueller Spekulationen ist es unwahrscheinlich, dass alle Mitglieder der "Mittelschicht" versuchen werden, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Stattdessen können wir mit einem Unterschied zwischen den Menschen rechnen, die bei der Regierung angestellt sind – und daher von deren Gunst abhängig bleiben – und denen, die im privaten Sektor tätig sind. Während erstere möglicherweise einen Wert darin sehen, den Status quo zu schützen, verfügen letztere eher über die notwendige Unabhängigkeit, um Machtmissbrauch zu widerstehen – es sei denn natürlich, ihre Unternehmen profitieren direkt von der Schirmherrschaft e

Wir müssen daher ein besseres Verständnis dafür entwickeln, wie verschiedene Gruppen im Verhältnis zum Staat positioniert sind und wie sie sich auf den Rest der Gesellschaft beziehen. Dies legt wiederum die Notwendigkeit nahe, einen politökonomischen Ansatz zu verfolgen:28 Wem gehört was, wie gelangten sie dazu, es zu besitzen, und wie sind sie mit anderen verbunden? Dies impliziert auch, dass die Erforschung Afrikas von einer stärkeren Auseinandersetzung mit der Soziologie und insbesondere deren Fokus auf verschiedene soziale Gruppen und deren Interaktionen profitieren würde. Keiner dieser Ansätze ist heute in den Afrikastudien besonders in Mode, auch weil sie in den 1970er Jahren recht verbreitete Analyseformen waren und Wissenschaftler immer auf der Suche nach etwas Neuem sind. Sie dürften jedoch in den nächsten zwanzig Jahren eine Wiederbelebung erleben, wenn wir versuchen, die neuen Arten von Beziehungen zwischen Staaten

#### Anmerkungen

- 1 Für eine Diskussion der Regierung im Einparteienkontext siehe Goran Hyden und Colin Leys. "Wahlen und Politik in Einparteiensystemen: Der Fall Kenia und Tansania". British Journal of Political Science 2 (4), 1972, S. 389 420.
- 2 Chris Allen. "Afrikanische Politik verstehen". Rückblick auf die politische Ökonomie Afrikas 22 (65), 1995, S. 301–320.
- 3 Für einen Überblick über diesen Zeitraum siehe Nic Cheeseman. Demokratie in Afrika: Erfolge, Misserfolge und der Kampf um politische Reformen. Cambridge University Press, 2015, Kap. 1.
- 4 Sue Onslow (Hrsg.). Kalter Krieg im südlichen Afrika: Weiße Macht, schwarze Befreiung. Routledge, 2009.
- 5 Barbara Wake Carroll und Terrance Carroll. "Staat und ethnische Zugehörigkeit in Botswana und Mauritius: Ein demokratischer Weg zur Entwicklung?" The Journal of Development Studies 33 (4) 1997, S. 464 486.
- 6 Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz. Afrika funktioniert: Unordnung als politisches Instrument. James Currey, 1999, S. 14.
- 7 Walter Rodney. Wie Europa Afrika unterentwickelte. Howard University Press, 1981.
- 8 Dies sind die drei flächenmäßig größten Staaten Afrikas.
- 9 Die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie im Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit des Staates wurde von einer Reihe von Wissenschaftlern diskutiert. Siehe Aristide Zolberg. Politische Ordnung schaffen: Die Parteistaaten Westafrikas. Rand McNally, 1966; Jeffrey Herbst. Staaten und Macht in Afrika: Vergleichende Lehren zu Autorität und Kontrolle. Princeton University Press, 2000.
- 10 So wie ich ihn hier verwende, bezieht sich der Begriff "Staat" einfach auf die zentralen politischen Institutionen, durch die die Gesellschaft organisiert und regiert wird. Dazu gehören unter anderem die Verfassung, die Bürokratie, die Polizei, die Armee, das System der Eigentumsrech

11 William Tordoff (Hrsg.). Politik in Sambia. University of California Press, 1974.

ÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿ ÿÿÿÿÿÿÿ ÿÿ

- 12 Robert H. Jackson und Carl G. Rosberg. "Warum Afrikas schwache Staaten fortbestehen: Das Empirische und das Juristische in der Staatlichkeit". *Weltpolitik* 35 (1), 1982, S. 1–24. Wie viele der in dieser Einleitung besprochenen Stücke wurde dieser Artikel vor zu langer Zeit veröffentlicht, um in diese Reihe aufgenommen zu werden.
- 13 Im Durchschnitt leistete die französische Regierung in den 1980er Jahren alle zwei Jahre einer Regierung in Afrika militärische Unterstützung. Shaun Gregory. "Das französische Militär in Afrika: Vergangenheit und Gegenwart". African Affairs 99 (396), 2000, S. 435 – 448.
- 14 René Lemarchand. "Politischer Klientelismus und ethnische Zugehörigkeit im tropischen Afrika: Konkurrierende Solidaritäten beim Aufbau von Nationen". American Political Science Review 66 (1), 1972, S. 68 90.
- 15 Chabal und Daloz. Afrika funktioniert. James Currey, 1999.
- 16 Für eine ausführliche Diskussion dieser Literatur siehe Nic Cheeseman, "Einführung: Die Bedeutung von Institutionen in der afrikanischen Politik". In Nic Cheeseman (Hrsg.). Politische Institutionen in Afrika. Cambridge University Press, erscheint demnächst.
- 17 Es ist erwähnenswert, dass der Begriff "Staatsversagen" umstritten ist und viele Forscher es vorziehen, ihn nicht zu verwenden und stattdessen über spezifischere Aspekte von Staatsschwäche und -stärke zu sprechen. Ich verwende den Begriff hier, weil er einen wichtigen Zweig der Literatur widerspiegelt.
- 18 Paul Collier, Die unterste Milliarde: Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. Oxford University Press, 2008.
- 19 Für die Daten siehe <www.afrobarometer.org> (12. Juli 2015).
- 20 Für eine ausgewogene Diskussion einiger dieser Themen siehe Tom Goodfellow. "Ruandas politische Regelung und der städtische Wandel: Enteignung, Bau und Besteuerung in Kigali". Journal of Eastern African Studies 8 (2), 2014, S. 311–329; Pritish Behuria. "Zwischen Parteienkapitalismus und Marktreformen – Sektorunterschiede in Ruanda verstehen". Journal of Modern African Studies 53 (03), 2015, S. 415 – 450.
- 21 Der Begriff "Gesellschaftsvertrag" bezieht sich auf eine Reihe von Normen zur Regelung der Rechte und Pflichten von Staaten und Gesellschaften, die oft als besonders wichtig für die Entwicklung verantwortungsvollerer politischer Systeme angesehen werden.
- 22 Charles Tilly und Gabriel Ardant. Die Bildung von Nationalstaaten in Westeuropa. Princeton University Press, 1975; Margaret Levi. Von Herrschaft und Einnahmen. University of California Press, 1989.
- 23 Viele der Punkte in diesem Abschnitt spiegeln klassische Arbeiten der Modernisierungsschule und frühe Arbeiten zur Entwicklung der Demokratie in Europa wider. Siehe zum Beispiel Seymour Martin Lipset. "Einige soziale Voraussetzungen der Demokratie: Wirtschaftliche Entwicklung und politische Legitimität". The American Political Science Review, 53 (1), 1969, S. 69–105; Barrington Moore. Die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Herr und Bauer bei der Entstehung der modernen Welt. Beacon Press, 1966; Dietrich Rueschemeyer, Evelyne Huber Stephens und John D. Stephens.
  - Kapitalistische Entwicklung und Demokratie. University of Chicago Press, 1992.
- 24 Kenneth Gut. "Korruption und Missmanagement in Botswana: Ein Best-Case-Beispiel?" Journal of Modern African Studies 32 (3), 1994, S. 499–521.
- 26 Eine ausführliche Diskussion finden Sie unter "Sonderausgabe: Die politische Ökonomie der aufstrebenden Mittelklasse Afrikas". Journal of International Development, 27 (5), 2015, S. 573–587.
- 27 Nic Cheeseman. "Keine Bourgeoisie, keine Demokratie?" Die politischen Einstellungen der kenianischen Mittelschicht. Journal of International Development 27 (5), 2015, S. 647–664.
- 28 Ich bin Lindsay Whitfield für diesen Punkt dankbar.

# **EINFÜHRUNG IN BAND III**

# Nic Cheeseman

Identitätspolitik, Konflikt und Anpassung: Klasse, Religion und ethnische Zugehörigkeit in Afrika

Nationalismus und ethnische Zugehörigkeit sind zwei der wichtigsten Themen der Afrikastudien und haben zu zwei der größten und lebendigsten Literaturen geführt. Die Forschung zum Nationalismus konzentriert sich auf die Art und Weise, wie sich eine große Zahl von Afrikanern in einer gemeinsamen Sache zusammenschloss, um sich der Kolonialherrschaft zu widersetzen und die Unabhängigkeit zu sichern.1 Im Gegensatz dazu wurde die Ethnizitätsforschung – zumindest seit zwanzig Jahren – tendenziell von Debatten dominiert Es geht darum, ob ethnische Vielfalt das Risiko ziviler Konflikte erhöht und die Aussichten auf Wirtschaftswachstum und demokratische Konsolidierung untergräbt.2 Man kann es Studenten verzeihen, die sich mit afrikanischer Politik befassen, wenn sie über den offensichtlichen Widerspruch zwischen diesen beiden Perspektiven etwas verwirrt sind. Wie kann es sein, dass der Kontinent mit einer der jüngsten nationalistischen Bewegungen einige der ausgeprägtesten und problematischsten subnationalen Spaltungen aufweist? Band III widmet sich der I Um die darauffolgenden Debatten würdigen zu können, ist es wichtig zu erkennen,

dass Gesellschaften gleichzeitig in verschiedenen Dimensionen vereint und fragmentiert sein können. Eine Gesellschaft mit wenigen ethnischen Spaltungen kann beispielsweise starke Klassenunterschiede aufweisen, wie es in den 1970er Jahren im Vereinigten Köni Ebenso kann ein Land, in dem die meisten Menschen derselben ethnischen Gruppe angehören, tief gespalten sein, wenn es um Religion geht – und natürlich um das Geschlecht (ein Thema, das im letzten Band behandelt wird). Während der nationalistischen Zeit war Afrika auf diese Weise gleichzeitig vereint und geteilt.

Einerseits führte die Einführung der Kolonialherrschaft zu einer starken Kluft zwischen Schwarzafrikanern (die von politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschlossen waren) und weißen Europäern (die große Privilegien genossen).

Obwohl die Geschichte oft komplizierter war – zum Beispiel durch die Anwesenheit asiatischer Gemeinschaften, die oft eine unklare Position zwischen den beiden anderen einnahmen – reichte die Anziehungskraft der Unabhängigkeit aus, um verschiedene afrikanische Gemeinschaften um ein gemeinsames Ziel herum zu vereinen .3 Gleichzeitig trug die Natur des nationalistischen Kampfes dazu bei, eine stärkere Bindung zu

zwischen Menschen und Ort, teilweise weil die Unabhängigkeitskampagne die Akzeptanz kolonialer Grenzen und damit des von ihnen abgegrenzten Territoriums beinhaltete.

Andererseits waren die meisten afrikanischen Gesellschaften auch fragmentiert, teilweise als Folge der Teile-und-Herrsche-Politik der Kolonialmächte (siehe Band I). Infolgedessen interpretierten und verstanden rivalisierende Gemeinschaften die Unabhängigkeit oft aus ihrem eigenen Blickwinkel und entwickelten so sehr unterschiedliche Einstellungen gegenüber dem nationalistischen Kampf. Größere Gruppen, die wirtschaftlich und politisch fortgeschrittener waren, neigten dazu, eine rasche Entkolonialisierung zu befürworten, in der Annahme, dass sie diejenigen sein würden, die von der Machtübertragung in afrikanische Hände profitieren würden.4 Kleinere Gemeinschaften, die politisch und wirtschaftlich marginalisierter waren, schnitten in der Regel sehr ab Sie kamen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen und befürworteten in vielen Fällen einen allmählicheren Übergang, in der Hoffnung, dass die Kolonialbehörden davon überzeugt werden könnten, sie vor der "Tyrannei der Mehrheit" zu schützen.5

In diesem Sinne war der Nationalismus ein notwendiger Mythos. Im krassen Gegensatz zu dem einheitlichen und konsensorientierten Bild des Nationalismus, das heute auf dem Kontinent vorherrscht,6 kam es bei den meisten späten Kolonialwahlen zu einem hitzigen - und oft gewalttätigen - Wettbewerb zwischen afrikanischen Parteien mit sehr unterschiedlichen Einstellungen zur Kolonialherrschaft. Das Bild der 1950er und 1960er Jahre als einer Zeit großer nationaler Einheit hat diese frühen Spaltungen tendenziell verschleiert. Es ist leicht zu verstehen, warum. Für Führungskräfte, die verzweifelt versuchten, die Risse in ihren Gesellschaften zu vertuschen, war das Airbrushen der Geschichte sowohl politisch sinnvoll als auch - da sie nun die Kontrolle über die offiziellen Narrative und die Bildungspolitik hatten – relativ einfach. Tatsächlich gingen einige afrikanische Regierungen noch weiter und behaupteten, die nationale Einheit sei für die Entwicklung notwendig und daher eine legitime Rechtfertigung für staatliche Interventionen, selbst wenn diese mit Gewalt durchgesetzt werden müssten.7 Und das trotz aller Bemühungen der Staats- und Regierungschefs, alles zu beseitigen Obwohl die sozialen und politischen Spaltungen unter dem Teppich verschwanden, waren Versuche, eine idealisierte Vision des nationalistischen Kampfes zu fördern, bei der Gestaltung lokaler Einstellungen weniger wirksam, als ihre Dominanz in nationalen Debatten vermuten ließe. Die Erinnerung an die Erfahrungen aus der Kolonialzeit hielt bis weit in die Ära der Unabhängigkeit hinein an, und interethnische Spannungen wurden oft durch die Tendenz der Regierungen verschärft, bei der Verteilung der Ressourcen einen Teil des Landes einem anderen vor.

Dennoch ist es wichtig, die ethnische Zugehörigkeit nicht zu fetischisieren. Einerseits gibt es eine kleine Gruppe ethnisch homogenerer Länder wie Botswana, in denen die ethnische Zugehörigkeit im politischen Leben eine deutlich geringere Rolle gespielt hat.8 Gleichzeitig gibt es aber auch eine Reihe anderer Identitäten, die die afrikanische Politik prägen . Die offensichtlichste dieser Identitäten ist die Religion, obwohl die Klasse auch auf dem Kontinent wichtig ist, wenn auch auf ganz andere Weise als in Europa und Nordamerika.9 Allzu oft haben hochkarätige ethnische Konflikte die Aufmerksamkeit von dieser Tatsache abgelenkt In vielen afrikanischen Ländern arbeiten Eliten über ethnische Grenzen hinweg zusammen, um Systeme der wirtschaftlichen Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Mordecha

wies bereits 1978 im Fall Kenias darauf hin und stellte fest, dass nach dem Ende des hitzigen Kampfes um die Nachfolge von Präsident Jomo Kenyatta "die Elite und die Bourgeoisie als Ganzes ein vorrangiges Interesse daran hatten, das Regime zu stabilisieren, auf dem sie florierten." ".10 Dennoch wurde den Beziehungen zwischen ethnischen Eliten in der Folge relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet, bis Leonardo Arriolas jüngste Arbeit eine neue Welle von Forschungen auslöste (Kap. 50).

Ethnizität ist für das von Tamarkin beschriebene zutiefst ungleiche politische und soziale System insofern relevant, als die Politik des Teilens und Herrschens es der afrikanischen Elite ermöglicht, Misstrauen zwischen verschiedenen ethnischen

Gemeinschaften zu schüren. Dies spielt eine zentrale Rolle für das Fortbestehen der Ungleichheit in Afrika, da es die Entstehung einer einheitlichen Gruppe benachteiligter Bürger verhindert, die andernfalls versuchen könnten, das politische und wirtschaftliche System zu stürzen, das ihre Armut aufrechterhält. Es kann jedoch weder die Motivation der Eliten noch die Konsequenzen ihres Handelns erklären. In solchen Fällen wird die ethnische Zugehörigkeit als Mittel zum Zweck eingesetzt; nur selten ist es das Ende selbst. Daher ist es wichtig, die ethnische Zugehörigkeit nicht isoliert zu betrachten, sondern vielmehr zu verstehen, wie Ethnizität, Klasse, Religion und Geschlecht im afrikanischen Kontext

#### Klasse versus Ethnizität in Afrika

Einer der Gründe dafür, dass die Klasse in Afrika nur unzureichend erforscht wurde,
liegt darin, dass strikte Klassenunterschiede nicht in der Weise erkennbar sind, wie Karl
Marx und andere wichtige Klassentheoretiker es sich vorgestellt hatten.11 Beispielsweise
gibt es kein klares Äquivalent zu Marx' "Proletariat". oder Arbeiterklasse außerhalb der
Länder im südlichen Afrika, die große industrialisierte Bergbaukomplexe und damit
einen höheren Grad an Urbanisierung und Gewerkschaftspolitik aufweisen.12
Unabhängig davon, ob wir es "Klasse" nennen oder nicht, gibt es klare Unterschiede im
sozialen Status weithin anerkannt und gesellschaftlich bedeutsam. Tatsächlich gibt es
in afrikanischen Staaten extreme Unterschiede im Lebensstandards zwischen Arm und
Reich. Diese Ungleichheit besteht sowohl zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen
als auch innerhalb dieser: Die Politik, bei der der Gewinner alles bekommt, fördert die
Interessen bestimmter Gemeinschaften gegenüber anderen, aber die Reichen neigen auch dazu, die Arme

Um die Bedeutung dieses Punktes hervorzuheben, beginnt Band III nicht mit Religion und ethnischer Zugehörigkeit, sondern mit Ungleichheit und Klasse. Wie Nicolas van de Walle zeigt, gibt es in Afrika einige der ungleichsten Länder der Welt, insbesondere Botswana, Namibia und Südafrika (Kap. 35).

Aber der Kontinent ist nicht gleichermaßen ungleich: Einige Staaten leiden unter viel tieferen Ungleichheiten als andere. Laut Van de Walle kann diese Variation nicht durch "traditionelle Erklärungen für Ungleichheit" erklärt werden. Stattdessen argumentiert er, dass "natürliche Gaben in der Region die Natur kolonialer Institutionen prägten, die wiederum die Bedingungen für das heute hohe Maß an Ungleichheit schufen".

Van de Walles historisch verwurzelte Erklärung wird durch die Analyse von Nicoli Nattrass und Jeremy Seekings (Kap. 34) gestützt, die diese Ungleichheit finden

in Südafrika ist in den 1990er Jahren trotz der Einführung der repräsentativen Demokratie im Jahr 1994 und der Anwesenheit einer (angeblich) linksgerichteten Regierung nicht zurückgegangen. Sie argumentieren, dass dies größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass neue Maßnahmen zur weiteren Erhöhung des Grads der wirtschaftlichen Umverteilung wenig bewirkt haben:

um einer Kerngruppe der Armen in Südafrika zu helfen: den Arbeitslosen und insbesondere Haushalten, in denen niemand arbeitet. Andere staatliche Maßnahmen dienen dazu, diese marginalisierte Bevölkerungsgruppe zu benachteiligen: Arbeitsmarkt- und andere Wirtschaftspolitiken dienen dazu, die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad zu lenken, der viele ungelernte und arbeitslose Menschen ausschließt.

Die Wechselwirkung zwischen Klasse und ethnischer Zugehörigkeit ist oft komplex und vielschichtig. In Ländern, in denen eine ausgeprägte Sieger-Alles-Alles-Politik herrscht, geht es den ethnischen Gruppen, die die Präsidentschaft innehaben, wahrscheinlich deutlich besser als denen, die dies nicht getan haben. Infolgedessen geht es jemandem mit größerem Reichtum und Status in einer marginalisierten Gemeinschaft möglicherweise immer noch schlechter als jemandem mit durchschnittlichem Reichtum und Status in einer anderen Gemeinschaft. Für jede Analyse der sozialen Beziehungen auf dem Kontinent und der Aussichten auf Frieden und Stabilität ist es von entscheidender Bedeutung, zu verstehen, wie Klasse und ethnische Zugehörigkeit interagieren. Tatsächlich hat die ethnische Zugehörigkeit tendenziell eine größere politische Brisanz in Ländern, in denen aufeinanderfolgende Regierungen stark ausschließende Maßnahmen ergriffen haben, sodass sich ethnische Zugehörigkeit und Klasse zu überschneiden beginnen und die Gemeinschaft, in die jemand hineingeboren wi

Auch das Verhältnis zwischen Ethnizität und Klasse ist für die politische Mobilisierung von Bedeutung. Bereits 1987 wies Nicholas Nyangira darauf hin, dass man, um ein erfolgreicher politischer Führer in Kenia zu sein, zunächst innerhalb der eigenen Gemeinschaft politische Überlegenheit demonstrieren und dann die Zustimmung der Eliten verschiedener ethnischer Gruppen gewinnen muss.14 Das bedeutete, dass Führer Sie mussten sensibel sein sowohl für das, was ihre eigenen Gemeinschaften als gute Führung betrachteten, als auch für die Symbole der Autorität, die die Akzeptanz innerhalb dessen garantieren würden, was man, in Ermangelung eines besseren Begriffs, "herrschende Klasse" nennen könnte. Die moralischen Debatten, die innerhalb ethnischer Gruppen rund um Fragen wie die Frage, was als gute Führung gilt, stattfinden, sind Gegenstand des Kapitels von Bruce Berman (Kap. 36). Bermans Bericht stützt sich stark auf die Arbeit seines langjährigen Co-Autors John Lonsdale, der argumentiert, dass Gemeinschaften möglicherweise gleichzeitig einer "moralischen Ethnizität" unterliegen – internen Debatten darüber, was es bedeutet, ein guter Bürger und ein guter Führer zu sein – und " "politischer Tribalismus" – die Manipulation von Gruppenidentitäten durch politische Führer, um Spaltung zu fördern und abweichende Meinungen zu unterdr

Für Lonsdale sind moralische Ethnizität und politischer Tribalismus keine Alternativen, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Mit anderen Worten: Eine bestimmte ethnische Gemeinschaft (Lonsdale schrieb über die Kikuyu in Kenia) kann gleichzeitig diesen beiden Kräften ausgesetzt sein. Wenn "moralische Ethnizität" im Vormarsch ist, stehen Führungskräfte unter größerem Druck, auf die Anliegen der Basis zu reagieren.

Doch dieser Druck lässt sich meist durch den geschickten Einsatz von überwinden

"politischer Tribalismus", durch den Führer die Angst ihrer Gemeinschaft vor dem Verlust von Macht und Ressourcen an rivalisierende Gruppen ausnutzen können, um die interne Opposition zu marginalisieren. Somit können gruppeninterne moralische Debatten und "ethnische Politik" Hand in Hand gehen. Diese Konzeptualisierung ist, so argumentiert Berman, wertvoll, weil sie dabei hilft zu erklären, wie "politische Stämme" mehrere Wirtschaftsschichten umfassen, an hitzigen Debatten über das angemessene Verhalten von Gemeindeführern teilnehmen und gleichzeitig als "Allianzen" fungieren können, die effektiv sein können "mobilisiert für den Zugang zum Staat".

#### Religion, ethnische Zugehörigkeit, Land und Konflikt

Obwohl das Verständnis der ethnischen Zugehörigkeit der Schlüssel zum Verständnis der afrikanischen Politik ist, umfasst die afrikanische Politik viel mehr als nur die ethnische Zugehörigkeit. Am offensichtlichsten ist, dass afrikanische Länder einige der höchsten Werte an religiösem Glauben und religiöser Praxis weltweit aufweisen. Daher sollte es nicht überraschen, dass, um es mit den Worten von Stephen Ellis und Gerrie ter Haar zu sagen, "religiöse Denkweisen über die Welt in Afrika weit verbreitet sind und im weitesten Sinne einen allgegenwärtigen Einfluss auf die Politik haben" (Kap. 37). . In ihrem einflussreichen Buch Worlds of Power argumentieren Ellis und Ter Haar dafür, wie wichtig es ist, afrikanische Sichtweisen auf die Welt ernst zu nehmen, wenn sie die Beziehung zwischen Religion und Politik analysieren.16 Wie sie es in ihrem Kapitel ausdrücken: "Alle Modelle in." "Der allgemeine akademische Gebrauch basiert auf der Annahme einer strukturellen Unterscheidung zwischen der sichtbaren oder materiellen Welt und der unsichtbaren Welt, wohingegen eine solche starre Unterscheidung nicht die in Afrika vorherrschenden Vorstellungen über die Natur der Realität widerspiegelt." Mit anderen Worten: Die meisten Afrikaner glauben an die Existenz einer unsichtbaren spirituellen Welt, die einen direkten Einfluss auf die beobachtbare sichtbare Welt hat. Um zu verstehen, wie religiöse Überzeugungen politisches Verhalten beeinflussen und umgekehrt, ist es wichtig zu verstehen, wie die Menschen in Afrika über diese beiden Welten denken und welche Verbindung sie zueinander haben.

Es gibt viele Beispiele, die dieses Argument veranschaulichen könnten.

Um nur das Offensichtlichste hervorzuheben: Wenn wir nicht den weit verbreiteten Glauben an die Macht des unsichtbaren Reiches in Afrika anerkennen, ist es nicht möglich zu erklären, warum so viele Präsidenten versucht haben, sich spirituelle Macht zunutze zu machen, und warum die Wiedereinführung der Mehrparteienpolitik dazu geführt hat ein Wiederaufleben des politischen Einsatzes von Hexerei. Beispielsweise engagierte Präsident Mobutu Sese Seko von Zaire (heute Demokratische Republik Kongo) den senegalesischen Marabout "Hexendoktor" El Hadji Babacar Kébé und einen einflussreichen malischen Marabout Serigne Babacar Cissé, um seine spirituelle Macht zu demonstrieren. Ähnlich drohte Präsident Eyadema in Togo, seine "Mächte" zu nutzen, um Gegner niederzuschlagen, und manipulierte gleichzeitig Hexereivorwürfe, um die Verfolgung seiner Rivalen zu legitimieren.

Ellis und Ter Haar argumentieren, dass das Verständnis der Beziehung zwischen dem Spirituellen und dem Politischen von entscheidender Bedeutung ist, da "Religion die aufkommende politische Sprache unserer Zeit ist". Diese Schlussfolgerung wäre nicht

fehl am Platz in der Darstellung der politischen Auswirkungen der Religion im heutigen Afrika, die Rachel Beatty Riedl in Kapitel 38 präsentiert. Laut Riedl

Der zunehmende religiöse Pluralismus als Folge der politischen Liberalisierung schafft neue Möglichkeiten für die religiöse Mobilisierung im politischen Bereich der kulturell Ausgegrenzten ... was die Möglichkeit der sozialen und politischen Repräsentation der verarmten und ausgegrenzten Mitglieder der Gemeinschaft impliziert, für die die Politik bisher versagt hat .

Anklänge an dieses Argument finden sich auch im Kapitel von Jeffrey Haynes über Religion und Demokratisierung in Band IV (Kap. 68), in dem einige der positiven Beiträge aufgeführt werden, die religiöse Führer zum Schutz der Menschenrechte und zur Öffnung des politischen Raums auf der Welt geleistet haben Kontinent.17 Allerdings hat diese positivere Geschichte der politischen Inklusion und Repräsentation auch eine "dunkle Seite", denn genau die Prozesse, die dazu dienen, Religion in der politischen Arena zu mobilisieren, schaffen gleichzeitig die Bedingungen für einen intensiveren religiösen Wettbewerb. In Ländern wie der Elfenbeinküste, Kenia und Nigeria hat dies bereits zu höheren Spannungen und sogar Gewalt zwischen muslimischen und christlichen Gemeinschaften geführt.18

Teils aufgrund der zunehmenden Politisierung der Religion, teils weil Aspekte des islamischen Glaubens im Widerspruch zu bestimmten demokratischen Prinzipien zu stehen scheinen, wird oft gesagt, dass der Islam nicht "demokratiefreundlich" sei.19 Diese Behauptung wird von Leonardo Villalón (Kap. 39) bestritten, der sich auf die Erfahrungen einer Reihe westafrikanischer Länder stützt, um die Idee in Frage zu stellen, dass Islam und Demokratie nicht vereinbar seien. Der offensichtlichste dieser Fälle ist Senegal, ein überwiegend muslimischer Staat, der gleichzeitig eine der offensten Demokratien des Kontinents ist. Seit der Unabhängigkeit fanden im Senegal nicht nur fortlaufend Wahlen statt, sondern es kam auch zu einem Machtwechsel.

Villalón dokumentiert sorgfältig, wie muslimische Länder wie Senegal, Mali und Niger "von der Auseinandersetzung zur Verhandlung" übergegangen sind und dabei sowohl Konflikte als auch die schlimmsten Aspekte des Autoritarismus vermieden haben. Um zu verstehen, warum dies geschah, müssen wir, so Villalón, dieses Thema aus einer anderen Perspektive betrachten. Anstatt zu fragen, "ob Demokratie in einem muslimischen Kontext praktiziert werden kann, sollten wir fragen, wie die Frage der Demokratie in bestimmten muslimischen Gesellschaften formuliert, verfolgt, ausgehandelt und möglicherweise geändert wird". Nur wenn wir unsere Untersuchung auf diese Weise gestalten, können wir verstehen, warum sich der Islam in manchen Kontexten als mit der Demokratie vereinbar erwiesen ha Villalón spiegelt ein gemeinsames Thema dieses Bandes wider und argumentiert, dass die Einordnung von Demokratisierungsprozessen in den entsprechenden historischen und politischen Kontext der Schlüssel zum Verständnis der Art und Weise ist, wie Religion und Politik in

Forschungen zur ethnischen Zugehörigkeit sind oft zu dem gleichen Schluss gekommen: Der Kontext ist wichtig. Stark politisierte ethnische Identitäten "existieren" nicht einfach. Vielmehr werden sie in manchen Fällen von politischen Führern gefördert und ermutigt, in anderen wiederum werden sie durch Erfolg aus der Alltagspolitik heraus gemanagt

Strategien zur Nationenbildung. Zwei der Artikel in Teil 3 veranschaulichen diesen Punkt auf unterschiedliche Weise. In Kapitel 40 weist Daniel Posner darauf hin, dass ethnische Spannungen nicht in Stein gemeißelt sind, sondern von der politischen Landschaft abhängen. Posners äußerst einflussreicher Artikel konzentriert sich auf zwei besondere Variablen: die Größe der Gruppen im Verhältnis zueinander und zum Rest der Gesellschaft. Variationen entlang dieser beiden Dimensionen schaffen sehr unterschiedliche Anreize für die beiden Gemeinschaften, was wiederum erklärt, "warum Chewas und Tumbukas in Sambia Verbündete und in Malawi Gegner sind".

Das Kapitel von Edward Miguel zeigt auch die Bedeutung des Kontexts, diesmal mit Bezug auf die Beziehung zwischen ethnischer Vielfalt und Entwicklung (Kap. 42). Das Rätsel, das Miguel lösen will, ist, warum ethnische Vielfalt die Bereitstellung öffentlicher Güter in Kenia untergräbt, nicht jedoch in Tansania. Die Länder ähneln sich in vielerlei Hinsicht und weisen dennoch stark unterschiedliche Ergebnisse auf: In Kenia bieten Gebiete mit größerer ethnischer Vielfalt tendenziell weniger öffentliche Güter als weniger vielfältige Gebiete, aber das ist jenseits der Grenze nicht der Fall. Miguels Erklärung ist, dass Präsident Julius Nyerere zwar ein wirksames Projekt zum Aufbau einer Nation in Tansania leitete, die aufeinanderfolgenden kenianischen Präsidenten jedoch eine Politik praktizierten, bei der der Gewinner alles bekommt, und im schlimmsten Fall sogar ethnische Zusammenstöße förderten. Infolgedessen ist in Kenia das Misstrauen und Misstrauen zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften höher, sodass es für vielfältigere Gemeinschaften schwieriger wird, zusammenzuarbeiten, um Waren und Dienstleistungen zum Wohle aller bereitzustellen. Auf diese Weise prägen Geschichte und politischer Kontext die Bedeutung und Wirkung der ethnischen Zugehörigkeit.

Im Gegensatz zu diesen beiden quantitativen Studien untersucht Francis Nyamnjoh kommunale Identitäten in Afrika durch einen qualitativen Ansatz (Kap. 41).

Nyamnjoh ist besonders daran interessiert, zu untersuchen, wie die Idee der nationalen Staatsbürgerschaft mit ihrem Fokus auf Einheit und gemeinsamen Rechten durch die zunehmende geografische Mobilität und die damit verbundene höhere Migration und Vielfalt in Frage gestellt wurde. Nyamnjohs Artikel konzentriert sich auf die Spannungen zwischen nationaler Identität und ethnischer Vielfalt und ähnelt im Geiste stark der Argumentation von Mahmood Mamdani (Band I, Kap. 2). Tatsächlich verwendet Nyamnjoh einige von Mamdanis eigener Terminologie in seiner Diskussion über die neuen Arten sozialer und politischer Beziehungen, die durch die wachsende Zahl von Menschen entstehen, die auf dem Kontinent als "Außenseiter" gebrandmarkt werden. Im Einklang mit Posner und Miguel weist Nyamnjoh sorgfältig darauf hin, dass Migration in verschiedenen Kontexten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen kann, was eine Gelegenheit bietet, von einigen der wirksameren Prozesse der politischen und sozialen Anpassung zu lernen. Auf dieser Grundlage argumentiert er, dass wir uns auf Folgendes konzent

größere wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit für die
Erfolgsgeschichten beim Aufbau neuer Beziehungen des Verständnisses
zwischen Bürgern und Subjekten, die auf neue, flexiblere, ausgehandelte,
kosmopolitische und populäre Formen der Staatsbürgerschaft schließen
lassen, wobei der Schwerpunkt auf Inklusion, Geselligkeit und der Würdigung von Unterschieden lies

Trotz dieser positiveren Schlussfolgerung ist sich Nyamnjoh jedoch bewusst, dass die Spannungen zwischen "Insidern" und "Außenseitern" nicht leicht zu lösen sind, und weist darauf hin, dass "die beschleunigte Mobilität und die zunehmende Unsicherheit in ganz Afrika zu zunehmenden Spannungen führen". Als besonders problematisch erwies sich die internationale und inländische Völkerwanderung, wenn sie zu einem größeren Druck auf das Land führte. Wie Sam Moyo und Prosper Matondi argumentieren (Kapitel 43), liegt dies daran, dass Land sowohl eine wichtige wirtschaftliche Ressource ist als auch eine wesentliche Rolle im Identitätsgefühl vieler Gemeinschaften und Einzelpersonen spielt. Die zentrale politische, soziale und wirtschaftliche Rolle von Land und seine zunehmende Knappheit in vielen afrikanischen Staaten sind der Schlüssel zum Verständnis, warum der Wettbewerb um Land in Ländern wie Simbabwe, wo Beschwerden über Landenteignung und unfaire Landverteilung auftauchen, so explosiv ist in ein breites Spektrum historischer und zeitgenössischer

Der von Moyo und Matondi beschriebene Konflikt wirft die Frage auf, wann und wo die Konkurrenz um Land genau zu einem Konflikt führt. Dies ist ein Rätsel, das Catherine Boone in Kapitel 45 zu lösen versucht. Laut Boone können Spannungen zwischen afrikanischen Kleinbauern "als Umverteilungskonflikte betrachtet werden, die durch die Landbesitzregelungen geprägt sind, die den Landzugang und die Landzuteilung regeln". Mit Landbesitzregimen meint Boone die Institutionen, die "durch Regeln über Eigentum, Autorität, Gerichtsbarkeit und Staatsbürgerschaft gebildet werden". Während bestimmte Landbesitzsysteme Konflikte wahrscheinlich eindämmen, ist es bei anderen wahrscheinlicher, dass sie lokale Spannungen auf die nationale Ebene übertragen, was möglicherweise katastrophale Folgen haben kann. Auf diese Weise beleuchtet Boones Analyse, wie Ethnizität und ethnische Konflikte durch den vorher

Peter Geschiere bietet einen ganz anderen, aber in vielerlei Hinsicht ergänzenden Ansatz zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Land, ethnischer Zugehörigkeit und Konflikt (Kap. 44). Dabei erörtert und verknüpft er viele der Schlüsselthemen dieses Bandes. Während Boone die Unterschiede in den Landbesitzinstitutionen hervorhebt, dokumentiert Geschiere die Art und Weise, wie schwache Staaten, Globalisierung, Kämpfe um Land und die Wiedereinführung des Mehrparteienwettbewerbs zu einer "Krise der Staatsbürgerschaft" geführt haben.

Diese Krise, so argumentiert Geschiere, ist entstanden, weil diese verschiedenen
Trends den Menschen in ganz Afrika neue Gründe lieferten, in Identitäten zu investieren,
die "sehr lokalistischer Natur" sind.20 Im Gegenzug führte die zunehmende
Fokussierung auf lokale Identitäten dazu, dass Gemeinschaften mehr Wert auf die
Identität legten Frage, wer ein "Insider" war und daher einen Anteil am verfügbaren
Land und den verfügbaren Ressourcen verdiente und wer ein "Außenseiter" war und
möglicherweise politischer Rechte und Ressourcen nicht würdig war. Dies führte
naturgemäß zur Marginalisierung von Minderheiten und als "Ausländer" angesehenen
Menschen, was "erbitterte Kämpfe um Zugehörigkeit und Ausgrenzung auslöste".
Letztlich führten Bemühungen, Gruppen von der Kandidatur oder der Teilhabe an
Ressourcen mit der Begründung auszuschließen, dass sie nicht "dazugehören", zu
einem Anstieg der Gewalt in Ländern wie der Elfenbeinküste, der Demokratischen Republik Kongo, K

#### Bürgerkrieg und Friedenskonsolidierung

Das hohe Ausmaß an Konflikten auf dem Kontinent hat zu einer umfangreichen und lebendigen Literatur über die Ursachen von Bürgerkriegen geführt. Basierend auf einem Datensatz aller Kriege zwischen 1960 und 1999 argumentieren Ibrahim Elbadawi und Nicholas Sambanis, dass Bürgerkriege "nicht auf die ethnolinguistische Fragmentierung seiner Länder zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf ein hohes Maß an Armut, gescheiterte politische Institutionen und wirtschaftliche Abhängigkeit." über natürliche Ressourcen" (Kap. 46). Der letzte von Elbadawi und Sambanis aufgeführte Faktor spielt auch im Kapitel von Paul Collier und Anke Hoeffler (Kap. 47) eine große Rolle. In einem früheren Aufsatz, der hier nicht enthalten ist, hatten Collier und Hoeffler Kontroversen ausgelöst, indem sie argumentierten, dass ein Bürgerkrieg nicht durch "Missstand" (ethnische Feindseligkeiten, Menschenrechtsverletzungen usw.) ausgelöst wurde, sondern durch "Gier", gemessen an der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen.21 In späteren Weiterentwicklungen ihrer Arbeit - wie dem hier wiedergegebenen Artikel - wichen umstrittenere Begriffe wie "Gier" einer allgemeineren Fokussierung auf die Faktoren, die Konflikte erleichtern oder behindern können. Daher kommt Kapitel 47 zu dem Schluss, dass "die wirtschaftlichen Merkmale Afrikas das Land anfälliger für Konflikte gemacht haben" und dass die Schwierigkeit, den Frieden auf dem Kontinent zu fördern, eng mit seiner "atypisch schlechten Wirtschaftsleistung" zusammenhängt.

Es ist jedoch wichtig, das Ausmaß der Gewalt in Afrika oder seinen Ausnahmezustand im Vergleich zu anderen Teilen der Welt nicht zu übertreiben. Collier und Hoeffl er analysieren den Kontinent aus einer vergleichenden Perspektive und kommen zu dem Ergebnis, dass "in Afrika ähnliche zivile Konflikte aufgetreten sind wie in anderen Entwicklungsregionen und dass die Konflikte mit geringfügigen Ausnahmen mit dem globalen Verhaltensmuster übereinstimmen." In ähnlicher Weise zeigt Scott Straus in "Wars do end!", dass "wichtige Formen groß angelegter organisierter politischer Gewalt in Afrika südlich der Sahara an Häufigkeit und Intensität abnehmen und die Region nicht besonders anfällig für den Ausbruch von Kriegen ist" (Kap. 48). Straus' Analyse ist wichtig, denn sie zeigt, dass afrikanische Staaten ihr Schicksal nicht einfach hinnehmen müssen.

Konflikte können eingedämmt werden; Die Zukunft muss nicht so gewalttätig sein wie die Vergangenheit.

Der letzte Teil dieses Bandes befasst sich mit der Frage, wie eine friedlichere Zukunft erreicht werden könnte. Viele Kommentatoren und internationale Vermittler haben sich für Machtteilungsmodelle der Regierung ausgesprochen, um die Macht zwischen verschiedenen Gemeinschaften zu verteilen und so allen Gruppen einen Anteil am politischen System zu geben. Es besteht die Hoffnung, dass dadurch Konsens statt Konflikt gefördert wird. Die drei Artikel in Teil 6 reflektieren diese Idee aus unterschiedlichen Perspektiven. In Kapitel 49 dokumentiert Andreas Mehler den zunehmenden Einsatz formeller Machtteilungsregierungen als Mittel zur Beendigung von Zeiten ziviler Konflikte.

In Kapitel 50 zeigt Leonardo Arriola, wie afrikanische Staats- und Regierungschefs häufig Vertreter anderer ethnischer Gruppen in ihre Kabinette berufen haben, in der Hoffnung, dass die Integration die politische Stabilität fördern würde. Schließlich stellt Rotimi Suberu in Kapitel 51 die nigerianischen Erfahrungen mit dem Föderalismus in eine vergleichende Perspektive und fragt, ob es lokalen Gemeinschaften ermöglicht wird, einen Abschluss zu genießen

Die Selbstverwaltung – die Aufteilung der Macht zwischen nationalen und lokalen Eliten – fördert reaktionsfähigere und friedlichere politische Systeme.

Alle drei Autoren erkennen an, dass diese unterschiedlichen Formen der

Machtteilung – teils formell, teils informell – einiges zu bieten haben, aber auch ihre

Schattenseiten haben. Beispielsweise wird in der von Arriola diskutierten Strategie
der Einbeziehung des Kabinetts politische Stabilität durch die breite Verteilung der

Schirmherrschaft erreicht, und zwar auf Kosten der Stärkung der in Band II
diskutierten Art von Schirmherr-Klienten-Netzwerken und der Big-Man-Herrschaft.

Die Auswirkungen der von Suberu analysierten Art von föderalen Systemen sind
ebenfalls komplex, denn obwohl die Machtteilung zwischen der lokalen und
nationalen Ebene dazu beitragen kann, eine Rückkehr zum Bürgerkrieg zu
verhindern, kann sie auch zu Machtkämpfen führen, wenn kleinere ethnische
Gruppen um die lokale politische Vorherrschaft konkurrieren . Infolgedessen wurden Konflikte in e

Noch komplizierter ist das Bild, wenn es um die Bildung von "Einheitsregierungen" in "Post-Konflikt"-Ländern geht. Mehler erkennt zwar die potenziellen Vorteile einer politischen Einigung an, argumentiert jedoch, dass die Einbeziehung der größten Kriegsparteien in eine Machtteilungsregierung in manchen Fällen tatsächlich Nachwuchsführungskräfte innerhalb dieser Bewegungen dazu ermutigen könnte, sich abzuspalten und neue Aufstände zu starten, um ihre eigenen zu sichern Platz am Verhandlungstisch. Während die Machtteilung einige Gruppen möglicherweise dazu verleitet, ihre Waffen niederzulegen, kann sie auch die Zersplitterung der Rebellenkräfte und die Ausbreitung von Gewalt verstärken. Es ist daher klar, dass jede der in Teil 6 besprochenen Strategien zwar dazu beitragen kann, den politischen Druck auf nationaler Ebene zu verringern, keine davon jedoch ein Allheilmittel ist.

Ungeachtet dieser Einschränkung bietet die in diesem Band zusammengefasste Analyse eine Reihe von Gründen, optimistisch in die Zukunft des Kontinents zu blicken. Ethnische Vielfalt kann so gehandhabt werden, dass sie der Demokratie und dem Wirtschaftswachstum nicht abträglich ist. Der Islam muss kein Hindernis für eine offene und inklusive Politik sein. Kriege, die unlösbar erscheinen, können beendet werden. Darüber hinaus ist trotz aller Spaltungsprozesse, die durch die Wiedereinführung des Mehrparteienwettbewerbs in Gang gesetzt wurden, das Ausmaß der Konflikte auf dem Kontinent tatsächlich zurückgegangen – eine bemerkenswerte Tatsache, die selten anerkannt wird.

Die einzige offensichtliche Auslassung in diesem Band betrifft das Geschlecht. Das liegt nicht daran, dass Gender kein besonders wichtiges Thema im afrikanischen Kontext ist – das ist es –, sondern einfach daran, dass die Kapitel über Gender im letzten Band über Demokratie in einem Abschnitt über politische Repräsentation zusammengefass

#### Alte Muster und neue Trends

Der positive Ton des vorletzten Absatzes sollte nicht so interpretiert werden, dass die Demokratie immer dazu bestimmt ist, über interkommunale Konflikte zu siegen. Der Aufbau inklusiver und stabiler Demokratien ist harte Arbeit und erfordert Zeit

Zeit. In Ländern, in denen die politische Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit bereits einen hohen Stellenwert hat, verschärft jede Neuwahl die ethnischen Spannungen und gibt den kommunalen Identitäten regelmäßig Auftrieb.22 Dies wird sich wahrscheinlich nicht ändern, wenn keine neuen politischen Systeme eingeführt werden und die Staats- und Regierungschefs keine konzertierten Maßnahmen ergreifen, um diese zu verwirklichen arbeiten. Gleichzeitig haben konkurrierende Ansprüche auf Land in Verbindung mit dem Aufkommen der "Politik der Zugehörigkeit" eine Reihe mächtiger lokaler Rivalitäten gefördert, die nicht leicht zu lösen sind. Tatsächlich gibt es auch besorgniserregende Beweise dafür, dass andere Formen kommunaler Identität in einigen der einflussreicheren Länder des Kontine

In Kenia beispielsweise hat die harte Reaktion der Regierung auf Terroranschläge der radikalislamischen Gruppe Al Shabaab in Verbindung mit der Marginalisierung vieler kenianischer Muslime zu einer wachsenden Kluft zwischen Christen und Muslimen in wichtigen sozialen und politischen Fragen beigetragen. Angesichts des problematischen globalen Kontexts – dem Aufstieg des Islamischen Staates und der anhaltenden Präsenz von Al-Qaida – wird es wahrscheinlich erst schlimmer, bevor es besser wird.23 Ebenso kämpfte die nigerianische Regierung darum, die Ausbreitung des Boko-Haram-Aufstands einzudämmen, der zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch andauerte.

Das bedeutet, dass ein dringender Bedarf an politischen Systemen besteht, die ethnische und religiöse Spannungen besser bewältigen können. Daher ist es besorgniserregend, dass die politischen Systeme Afrikas, wenn überhaupt, nur wenige Mechanismen zum Schutz der Minderheitenrechte und zur Förderung der politischen Inklusion enthalten (siehe Tabelle 1). Nur drei Länder – Äthiopien, Nigeria und Südafrika – wenden Föderalismus an, und im Fall Äthiopiens bedeutet die Dominanz der regierenden EPRDF, dass in der Praxis wenig Raum für die Vertretung unterschiedlicher Ansichten geschaffen wird.

Eine verfassungsrechtlich verankerte Machtteilung ist sogar noch seltener. Südafrika setzte 1994 eine Regierung der nationalen Einheit ein, allerdings nur für das erste Parlament nach der Apartheid. Kenia und Simbabwe führten nach Wahlkrisen quasi Machtteilungsvereinbarungen ein, die jedoch vor den darauffolgenden Wahlen hinfällig wurden. Nigerianische Parteien nutzen eine informelle Form der politischen Anpassung, bei der die Präsidentschaft zwischen dem Norden und dem Süden des Landes wechseln soll, wodurch eine Form der zeitlichen Machtteilung entsteht. Dies ist jedoch nicht verfassungsrechtlich verankert und bleibt umstritten.24

Nur in Burundi wurden systematische Anstrengungen zur politischen Inklusion unternommen. Nach dem Scheitern wiederholter Friedensverhandlungen ließen sich die verfeindeten Fraktionen des Landes davon überzeugen, einen politischen Rahmen zu unterstützen, der die meisten Merkmale des "konsoziativen" Modells der Machtteilung umfasst, für das Arend Lijphart bekanntermaßen plädierte: Minderheitsveto, eine Machtteilungsregierung, einige davon Form des Föderalismus und der proportionalen Verteilung von Regierungsposten auf verschiedene ethnische Gruppen auf der Grundlage ihres Anteils an der Bevölkerung.25 Trotz Mehlers Warnung vor den potenziell negativen Folgen von Machtteilungsvereinbarungen herrschte in vielen politischen Entscheidungskreisen die Wahrnehmung des burundischen Modells Ein Erfolg, der dazu beigetragen hat, dass Regierungen der nationalen Einheit später politische Krisen in anderen Ländern lösen konnten.

Tabelle 1 In Afrika angewandte inklusive politische Arrangements26

Föderalismus	Äthiopien, Nigeria, Südafrika
Zweite Kammer*	Ernennung: Senegal, Somaliland, Südsudan
	Gewählt: Kenia, Liberia, Nigeria, Simbabwe
	Indirekt gewählt: Burundi, Demokratische Republik Kongo,
	Äthiopien, Gabun, Republik Kongo, Madagaskar,
	Mauretanien, Namibia, Ruanda, Südafrika, Sudan
	Erblich: Lesotho
	Angola, Benin, Burkina Faso, Burundi, Kap Verde,
Verhältniswahlrecht im	Demokratische Republik Kongo**, Ostguinea, Guinea**, G.
Unterhaus	Bissau, Mosambik, Namibia, Niger**, Ruanda, ST und Principe,
	Senegal**, Seychellen**, Somaliland, Südafrika, Togo
Konstitutionelle	Burundi
Machtteilung	
Rotation der	Burundi, Komoren, Nigeria (informell)
Präsidentschaft***	
Ethnische Quoten/Ausgleich in der Legislative	Burundi, Mauritius, Somaliland

Somaliland ist zur Veranschaulichung aufgeführt, obwohl seine Souveränität nicht international anerkannt ist.

Die Erfolgsbilanz der Quasi-Machtteilungsvereinbarungen, die in Kenia und Simbabwe eingeführt wurden, ist jedoch gemischt. Einerseits verringerten sie das Ausmaß der politischen Gewalt und ebneten den Weg für eine dringend notwendige Verfassungsreform. Auf der anderen Seite steht die Machtteilung in der Kritik, da sie durch die Einbeziehung aller Parteien in die Regierung und die damit verbundene Beteiligung aller an der Amtsbeute ehemalige Oppositionsführer dazu ermutigt, die Augen vor dem Missbrauch zu verschließen Leistung. Es gibt auch immer mehr Hinweise darauf, dass in einigen Fällen Vereinbarungen, die darauf abzielten, Macht und Ressourcen gleichmäßiger im gesamten politischen System zu verteilen, tatsächlich dazu beigetragen haben, die Position der Partei zu stärken, die Beispielsweise gewannen Oppositionsparteien sowohl in Kenia als auch in Simbabwe bei den Wahlen, die nach dem Ende der Machtteilungsvereinbarungen stattfanden, tatsächlich einen geringeren Stimmenanteil.

Es ist auch wichtig zu beachten, dass selbst eine clevere institutionelle Gestaltung nur begrenzte Erfolge erzielen kann, wenn der politische Wille fehlt. Im Fall Burundis untergrub die Weigerung der Regierungspartei, sowohl im Geiste als auch im Wortlaut der Verfassung zu regieren, schnell die Legitimität des politischen Systems. Deutlich allerdings, obwohl die autoritären Tendenzen von Präsident

<sup>\*</sup> Gewählt = mehrheitlich gewählt (auch wenn einige ernannt wurden), Indirekt gewählt = mehrheitlich indirekt gewählt (auch wenn einige ernannt wurden), erblich = mehrheitlich erbliche Gleichaltrige (auch wenn einige ernannt wurden), alle anderen sind mehrheitlich ernannt (auch wenn einige direkt oder indirekt gewählt wurden). ).

<sup>\*\*</sup> Bezeichnet Länder, die parallele Abstimmungssysteme verwenden, in denen ein Teil der Mitglieder nach dem Prinzip "Vorwahl" gewählt wird, während andere nach dem Verhältniswahlrecht wählen.

<sup>\*\*\*</sup> Zwischen ethnischen Gruppen oder Regionen; verfassungsrechtlich verankert, sofern nicht anders angegeben.

Viele der inklusiven Bestimmungen der Verfassung wurden ausgehöhlt und das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Allerdings war die Gewalt bisher nicht so "ethnisch" wie in der Vergangenheit. Stattdessen scheint die Bildung von Parteien mit unterschiedlichen Kandidatenlisten – eine direkte Folge der "Konstitutionsverfassung" – neue politische Allianzen gefördert zu haben, die nicht den alten ethnischen Spaltungen folgen. Daraus ergibt sich das Potenzial für ethnische Bürgerkrieg wurde erheblich reduziert. Wie Stef Vandeginste argumentiert, ist dies eine bedeutende Leistung, die in den schwierigsten Kontexten erzielt wurde.27

Die komplexen Auswirkungen der Machtteilung in Burundi sollten neue
Untersuchungen zur Gesamtbilanz der verschiedenen Mechanismen zur Förderung
der politischen Inklusion anregen, die in Tabelle 1 zusammengefasst sind. Bisher
wurden relativ wenige vergleichende Analysen zu den Auswirkungen
akkommodierender politischer Maßnahmen durchgeführt Institutionen in Afrika.28
Beispielsweise wissen wir relativ wenig über die positiven Auswirkungen, die die
Machtteilung auf die Denkweise von Politikern und der Öffentlichkeit haben könnte,
insbesondere in weniger problematischen Kontexten. Es ist daher schwierig zu
beurteilen, ob die "Vorteile" die "Nachteile" überwiegen. Die "Politik der Inklusion"29
ist daher ein Bereich, in dem sorgfältige akademische Forschung erforderlich ist,
nicht nur, um unser Wissen zu erweitern, sondern auch, um zu einer besseren Politik sowohl in Afril

#### Anmerkungen

- 1 Zu den klassischen Texten zum Nationalismus gehört James S. Coleman. Nigeria: Hintergrund des Nationalismus. University of California Press, 1965; Thomas Hodgkin. Nationalismus im kolonialen Afrika. London: Müller, 1956; Shula Marks und Stanley Trapido (Hrsg.). Die Politik von Rasse, Klasse und Nationalismus im Südafrika des 20. Jahrhunderts. Routledge, 2014. Für eine Diskussion der Auswirkungen des zeitgenössischen Nationalismus siehe Blessing-Miles Tendis Kapitel über Simbabwe, Band IV, Kap. 55.
  2 Siehe Teil 4 und 5 dieses Bandes.
- 3 Agehananda Bharati. Die Asiaten in Ostafrika: Jayhind und Uhuru. Nelson-Hall Co., 1972.
- 4 Für eine hervorragende Diskussion dieses Prozesses siehe David M. Anderson. "Ihr kämpft für Majimbo." Nationalismus und die Parteipolitik der Dekolonisierung in Kenia, 1955 64'. Zeitschrift für Zeitgeschichte 40 (3), 2005, S. 547–564.
- 5 Eine Zusammenfassung dieser Spannungen finden Sie bei Nic Cheeseman. 'Einführung'. In Demokratie in Afrika: Erfolge, Misserfolge und der Kampf um politische Reformen. Cambridge University Press, 2015.
- 6 Eine gute Diskussion über "kulturelle Amnesie" liefert Ali A. Mazrui. "Kulturelle Amnesie, kulturelle Nostalgie und falsche Erinnerung: Afrikas Identitätskrise erneut aufgegriffen". African Philosophy 13 (2), 2000, S. 87–98. Für eine allgemeinere Diskussion siehe Eric J. Hobsbawm. Nationen und Nationalismus seit 1780: Programm, Mythos, Realität. Cambridge University Press, 2012.
- 7 Dies war ein Aufruf sowohl zur nationalen als auch zur kontinentalen Einheit. Siehe Julius Nyerere. "Freiheit und Einheit". *Transition* (14) 1964, S. 40 – 45; Kwame Nkrumah, Roberta Arrigoni und Giorgio Napolitano. *Afrika muss sich vereinen*. Heinemann Press, 1963.
- 8 Es ist erwähnenswert, dass die ethnische Zugehörigkeit auch in diesen Fällen nicht irrelevant war. Siehe Barbara Wake Carroll und Terrance Carroll. "Staat und ethnische Zugehörigkeit in Botswana und Mauritius: Ein demokratischer Weg zur Entwicklung?" Das Journal of Developm

# Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

- Studies 33 (4), 1997, S. 464 486; Edwin N. Wilmsen. "Veränderliche Identitäten: Über die ethnische Zugehörigkeit hinaus in Botswana". Journal of Southern African Studies 28 (4), 2002, S. 825 841.
- 9 Für eine ausführlichere Diskussion der Ungleichheit in Afrika siehe Nic Cheeseman. Demokratie in Afrika. Cambridge University Press, 2015, S. 57–62.
- 10 Mordechai Tamarkin. "Von Kenyatta zu Moi die Anatomie eines friedlichen Machtwechsels". *Africa Today*, 26 (3), 1979, S. 21–37.
- 11 Es ist wichtig anzumerken, dass "Klasse" in den 1960er und 1970er Jahren einen viel höheren Stellenwert hatte, als sich die afrikanistische Debatte stark auf Fragen der internationalen Abhängigkeit und auf den Status der afrikanischen Elite konzentrierte. Siehe zum Beispiel Nicola Swainson. "Der Aufstieg einer nationalen Bourgeoisie in Kenia". Review of African Political Economy 4 (8), 1977, S. 39–55. Es gibt auch einige zeitgenössische Ausnahmen, wie John Sender und Sheila Smith. Armut, Klasse und Geschlecht im ländlichen Afrika: Eine tansanische Fallstudie. Routledge, 2010.
- 12 Siehe Karl Marx. Die Klassenkämpfe in Frankreich, 1848–1850. Progress Publishers, 1952; Erik Olin Wright. Ansätze zur Klassenanalyse. Cambridge University Press, 2005.
- 13 Peter Uvin. "Ethnizität und Macht in Burundi und Ruanda: Verschiedene Wege dazu Massengewalt". Comparative Politics 31 (3), 1999, S. 253–271.
- 14 Nicholas Nyangira. "Ethnizität, Klasse und Politik in Kenia". In Michael G. Schatzberg (Hrsg.). Die politische Ökonomie Kenias. Praeger Publishers, 1987, S. 15–31.
- 15 John Lonsdale. "Moralischer und politischer Streit in Kenia". In Bruce Berman, Dickson Eyoh und Will Kymlicka (Hrsg.). Ethnizität und Demokratie in Afrika. James Currey Publishers. 2004.
- 16 Stephen Ellis und Gerrie ter Haar. Welten der Macht: Religiöses Denken und politische Praxis in Afrika. Oxford University Press, 2004.
- 17 Haynes weist auch auf einige undemokratische Tendenzen religiöser Führer hin und kommt zu dem Schluss, dass diese auf dem Kontinent oft eine zwiespältige Rolle gespielt haben.
- 18 Toyin Falola. Gewalt in Nigeria: Die Krise religiöser und säkularer Politik Ideologien. University of Rochester Press, 1998.
- 19 Samuel Huntington. "Werden mehr Länder demokratisch werden?" Political Science Quarterly (99), 1984, S. 193–218.
- 20 Dies war nicht nur ein afrikanisches Phänomen, und auch Geschiere diskutiert das Beispiel Europa.
- 21 Paul Collier und Anke Hoeffl er. "Gier und Groll im Bürgerkrieg". Oxford Economic Papers 56 (4), 2004, S. 563–595.
- 22 Die Bedeutung ethnischer Identitäten nimmt im Zusammenhang mit Wahlen tendenziell zu. Siehe Benn Eifert, Edward Miguel und Daniel N. Posner. "Politischer Wettbewerb und ethnische Identifikation in Afrika". American Journal of Political Science 54 (2), 2010, S. 494–510.
- 23 David M. Anderson und Jacob McKnight. "Kenia im Krieg: Al-Shabaab und seine Feinde in Ostafrika". African Affairs 114 (454), 2015, S. 1–27.
- 24 Als beispielsweise Omar Yar'Adua, ein Anführer des Nordens, im November 2010 im Amt starb, bedeutete das "Zonensystem", dass er durch seinen Stellvertreter, Goodluck Jonathan, einen Anführer des Südens, ersetzt wurde. Dies führte zu erheblichen Kontroversen hinsichtlich der Machtrotation zwischen Nord und Süd, da unklar war, ob der Norden tatsächlich zwei Amtszeiten lang die Präsidentschaft innehatte und ob es daher legitim war, dass ein Führer aus dem Süden die Macht übernahm.
- 25 Für eine klassische Darstellung seiner Argumentation siehe Arend Lijphart. "Konsoziativ Demokratie". *World Politics* 21 (2), 1969, S. 207–225.
- 26 Diese Tabelle wurde ursprünglich als Tabelle C1 in Nic Cheeseman, Democracy veröffentlicht in Afrika
- 27 Stef Vandeginste, "Burundis Wahlkrise zurück zur gewohnten Machtteilungspolitik?" African Affairs 114 (457), 2015, S. 624 – 636.

28 Es gibt wichtige Ausnahmen, darunter Matthijs Bogaards. "Wahlentscheidungen für gespaltene Gesellschaften: Multiethnische Parteien und Wahlkreiszusammenlegung in Afrika". Commonwealth and Comparative Politics 41 (3), 2003, S. 59 – 80; Donald L. Horowitz. Ethnische Gruppen im Konflikt. University of California Press, 1985; Donald L. Horowitz. Ein demokratisches Südafrika? Verfassungstechnik in einer gespaltenen Gesellschaft. University of California Press, 1991; Andrew Reynolds. "Verfassungstechnik im südlichen Afrika". Journal of Democracy 6 (2), S. 1995, 86 – 99; Timothy D. Sisk und Andrew Reynolds. Wahlen und Konfliktmanagement in Afrika. US Institute of Peace Press, 1998. Allerdings versuchen nur wenige dieser wichtigen Werke tatsächlich, die Auswirkungen politischer Inklusion durch eine eingehende Analyse der relevanten Akteure zu verstehen.

29 Siehe Cheeseman. Demokratie in Afrika, Fazit.

Machine Translated by Googleur Rezensionsexemplar – nicht zur Weiterverbreitung Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

### **EINFÜHRUNG IN BAND IV**

#### Nic Cheeseman

Autoritarismus und der Kampf um Demokratie in Afrika: Zivilgesellschaft, politische Repräsentation und Wahlen

Die zwölf Jahre zwischen 1988 und 2000 waren Zeugen eines tiefgreifenden politischen Wandels in Afrika. Die Einparteienstaaten und persönlichen Diktaturen der 1980er Jahre verschwanden, und an ihrer Stelle entstand eine Reihe von Ländern, in denen regelmäßig Mehrparteienwahlen abgehalten werden.1 Dies war eine bemerkenswerte Zeit der politischen Wiedergeburt mit weitreichenden Folgen für die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Afrikas. 2 Aber hier, wie auch bei den anderen Themen, die in dieser Sammlung der Hauptwerke behandelt werden, gibt es etwas Paradoxes: Obwohl in Afrika mehr Wahlen abgehalten werden als je zuvor, hat sich die Qualität der Demokratie auf dem Kontinent zwischen 2010 und 2015 verschlechtert.3 Um zu verstehen, warum Wenn dies der Fall ist, muss man sich darüber im Klaren sein, dass Wahlen nur ein Element eines demokratischen Systems sind: Zusätzlich zu den politischen Rechten müssen die Bürger die bürgerlichen Freiheiten genießen, die sie benötigen, um sich frei äußern zu können. Wenn Wahlkämpfe wirklich offen und wettbewerbsorientiert sein sollen, müssen die Regierungen gleichzeitig in den Vorteilen eingeschränkt werden, die sie aus der Amtsübernahme

Im afrikanischen Kontext finden viele Wahlen ohne die notwendige institutionelle
Landschaft – eine unabhängige Wahlkommission, Justiz und Polizei – statt, die
erforderlich ist, um sie frei und fair zu gestalten.5 Tatsächlich hat sich unmittelbar
nach der Wiedereinführung der Wahlen die Qualität der bürgerlichen Freiheiten auf
der Tatsächlich fiel der Kontinent, als widerspenstige Führer hinterlistige Taktiken
anwandten, um angesichts neuer Wahlopposition die Macht zu behalten.6 Obwohl
sich dieser besorgniserregende Trend Anfang der 2000er Jahre umkehrte, als der
Demokratisierungsprozess offenbar neuen Schwung zu gewinnen schien, nahm die
Qualität in den letzten Jahren ab Der Anteil der Demokratie ist erneut gesunken.7
Diese Entwicklungen haben zur Entstehung einer komplexen Literatur geführt, die
sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen für die Demokratie in Afrika
identifizieren möchte. Für unsere Zwecke von größter Bedeutung ist, dass dieses
Werk eine der interessantesten und wichtigsten aller zeitgenössischen Debatten enthält: Wird sich of

Hin zur autoritären Herrschaft oder dort bleiben, wo sie ist – irgendwo dazwischen stecken?

Dieser Band beleuchtet diese Frage, indem er den anhaltenden Kampf zwischen autoritärer Herrschaft und Demokratie auf dem Kontinent untersucht. Die hier enthaltenen Kapitel zeigen das große Potenzial von Wahlen, veralteten politischen Systemen neues Leben einzuhauchen und zu Prozessen der demokratischen Konsolidierung beizutragen. Sie dokumentieren jedoch auch die begrenzte Qualität vieler afrikanischer Demokratien und das Potenzial von Demokratisierungsprozessen, politische Instabilität und Gewalt zu verschärfen. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn es gibt mittlerweile zahlreiche Belege dafür, dass die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems in einigen Fällen die Bedeutung ethnischer Identitäten gestärkt hat (Band III) und ein höheres Maß an Korruption gefördert hat. Infolgedessen waren die Auswirkungen der Demokratisierung auf Afrika uneinheitlich und inkonsistent.

Wie bei vielen der in dieser Sammlung behandelten Themen sind die Debatten, die sich aus diesem Band ergeben, noch nicht beigelegt. Es gibt zwei Hauptgründe für diesen mangelnden Konsens. Erstens gibt es nicht das eine "Afrika", und verschiedene Länder und Regionen bewegen sich in sehr unterschiedliche Richtungen – ein Thema, auf das ich abschließend zurückkomme. Zweitens hat die Wiedereinführung von Wahlen eine Reihe unterschiedlicher Prozesse ausgelöst, von denen einige negativ und andere positiv waren. Wie Forscher die Gesamtauswirkungen der Demokratisierung bewerten, hängt daher davon ab, welche Prozesse ihrer Meinung nach am wichtigsten sind. Daher besteht kaum Einigkeit darüber, in welche Richtung sich der Kontinent bewegt. Afrikanische Politiker können direkt in die Gestaltung der Zukunft eingreifen, aber Afrikas Politikwissenschaftler müssen abwarten, welcher dieser widersprüchlichen Trends sich durchsetzen wird – oder natürlich, ob die Zukunft der Gegenwart ähnlich sein wird.

#### Demokratie und Autoritarismus in Afrika

Der Band beginnt mit einer Betrachtung der Vielfalt der Regime in Afrika, was wichtig ist, denn während in der überwiegenden Mehrheit der Länder jetzt Wahlen abgehalten werden, gibt es immer noch einige Ausreißer, wie etwa Eritrea. Um diese Realität hervorzuheben, befassen sich die vier Artikel in Teil 1 alle mit der anhaltenden Präsenz autoritärer Her

In Kapitel 52 untersucht Patrick McGowan die Ursachen und Folgen von Militärputschen in Afrika von 1955 bis 2004. Dabei konzentriert er sich auf Westafrika, das 45 Prozent aller afrikanischen Putschversuche ausmacht, obwohl es nur 33 Prozent der Staaten des Kontinents ausmacht, so McGowan stellt fest, dass die Region "44 erfolgreiche Militärputsche, 43 oft blutige gescheiterte Staatsstreiche" und "mindestens zweiundachtzig Putschversuche" erlitten hat. Bezeichnenderweise machte die Einführung der Mehrparteienpolitik Anfang der 1990er Jahre den Kontinent nicht immun gegen Putschversuche und militärische Machtübernahmen. Stattdessen wurden die Auswirkungen offenerer Formen des politischen Wettbewerbs durch "strukturelle Randlage und schlechte Führung" aufgewogen, was zu "Unterentwicklung und staatlicher Schwäche" führte. Vor diesem Hintergrund lediglich Halten

Die Wahlen reichten nicht aus, um der politischen Instabilität und dem Rückfall der Autoren ein Ende zu setzen. Tatsächlich kommt McGowan zu dem Schluss, dass der Zyklus von Putsch und Gegenputsch in einigen Ländern eine viel umfassendere Vorgehensweise erfordern wird:

Politisch-ökonomischer Entwicklungsansatz, bei dem marktorientierte Volkswirtschaften mit einer lebendigen Kapitalistenklasse, die frei von staatlicher Prädiktion und von der Vorherrschaft multinationaler Konzerne und internationaler Finanzinstitutionen ist (dies schließt jedoch die Teilnahme nicht aus), mit der Aufgabe der Kapitalakkumulation und der Armut fortfahren können Reduzierung und in der politische Führer nach legitimen Gewinnen und Macht streben, indem sie starke Eigentumsrechtsregime, Rechtsstaatlichkeit und, wenn möglich, Demokratie etablieren und aufrechterhalten.

McGowans Analyse ist wichtig, weil sie die anhaltende Bedrohung afrikanischer Demokratien durch eine autoritäre Wende hervorhebt. Das Kapitel von Nicolas van de Walle untersucht eine ähnliche Bedrohung der Demokratie, jedoch aus einer anderen Perspektive, und hebt die autoritären Aspekte vieler vermeintlich demokratischer Regime des Kontinents hervor (Kap. 53). In seiner Klassifikation afrikanischer politischer Systeme identifiziert Van de Walle alte autoritäre Systeme, neue Demokratien und "etwa zwei Dutzend hybride Regime, in denen echter Fortschritt in Richtung Demokratie mit einem Hauch von Autoritarismus einhergeht, der stark genug ist, um Zweifel an der Zukunft zu wecken." demokratische Ergebnisse". In den 1990er Jahren wurden diese Länder als "Quasi-Demokratien" oder "wahlautoritäre" bzw. "wettbewerbsautoritäre" Staaten bezeichnet, weil sie Wahlen abhielten, ohne dass andere Kennzeichen der Demokratie vorhanden waren.8

Die folgenden Kapitel von Blessing-Miles Tendi (Kap. 55) und Aili Mari Tripp (Kap. 54) liefern Beispiele dafür, warum und wie solche "hybriden" politischen Systeme entstanden sind. Zusammengenommen deuten diese Kapitel darauf hin, dass "kompetitive autoritäre" Staaten tendenziell eine Reihe charakteristischer Merkmale gemeinsam haben, darunter eine schwache oder gespaltene Opposition, starke Sicherheitskräfte und die Fähigkeit, internationalem Druck zu widerstehen (siehe Band I). Tripp kommt zum Beispiel zu dem Schluss, dass "die meisten Herrscher mit politischen Reformen nur so weit gegangen sind, wie sie es für nötig hielten, um dem innenpolitischen Druck und dem Druck der Geber gerecht zu werden." Es bestehen weiterhin enorme Einschränkungen der bürgerlichen und politischen Freiheiten." Sie stützt diese Einschätzung auf die Erfahrungen Ugandas unter Präsident Yoweri Museveni, dem es konsequent gelang, sein Regime der Nationalen Widerstandsbewegung (NRM) vor dem Demokratisierungsdruck zu schützen.

Laut Tripp beruhte Musevenis Fähigkeit, die Kontrolle über die politische Agenda zu behalten, auf seiner Fähigkeit, das internationale Engagement in Uganda zu manipulieren, um seine eigenen Interessen zu wahren. Konkreter konnte der Präsident die Geber davon überzeugen, von der Forderung nach demokratischen Reformen in Uganda Abstand zu nehmen, indem er sich bereit erklärte, sein Land als "Versuchskaninchen" für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu fungieren. Als er behauptete, dass Einschränkungen der Demokratie notwendig seien, um die Wirtschaft zu fördern

Als die Entwicklung nachließ, übernahm Museveni alternative Strategien.

Vor allem erklärte sich Uganda bereit, den Großteil der Truppen für die unterbesetzte Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) bereitzustellen, die für die amerikanischen Bemühungen zur Bekämpfung des islamischen Extremismus am Horn von Afrika von entscheidender Bedeut Indem er sein Regime in den Mittelpunkt des "Kriegs gegen den Terror" stellte, machte sich Museveni erneut für westliche Geldgeber unentbehrlich, was wiederum das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten dazu ermutigte, ihre Kritik an seinen autoritären Exzessen einzuschränken.

Tripp argumentiert, dass die Inkonsistenz der Geber und "ihre Bevorzugung wirtschaftlicher Reformen gegenüber politischen Reformen" dazu geführt habe, dass die Aufgabe, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen und demokratische Normen und Werte zu verteidigen, "weitgehend in den Händen der Ugander" liege. Obwohl eine Reihe von Oppositionsführern versucht haben, die Hegemonie der NRM anzufechten, ermöglichten ihm die Vorteile, die Museveni als Amtsinhaber genoss, in Verbindung mit seiner strengen Kontrolle über das Militär und die Polizei, immer wieder Wahlen mit großem Vorsprung zu gewinnen.

Ein weiterer Führer, der sich als bemerkenswert geschickt darin erwiesen hat, internationale Interventionen zu seinem Vorteil zu nutzen, ist Robert Mugabe aus Simbabwe. In Kapitel 55 stellt Tendi Mugabes politische Langlebigkeit in einen breiteren Kontext und legt nahe, dass seine Kontrolle über die politische Landschaft Simbabwes auf einer Reihe von Faktoren beruht, die auf den Befreiungskampf des Landes zurückgeführt werden können, als er die Zimbabwean African National anführte Union (ZANU) gegen die weiße Minderheitsregierung von Ian Smith. Konkreter argumentiert Tendi, dass Mugabes "Macht von seinem Status als Oberbefehlshaber der ZDF [Zimbabwe Defence Forces] und seiner hohen Position in der nationalistischen Hierarchie der ZANU(PF) der 1970er Jahre herrührte; sein kluger Einsatz von Vorbeugungen, um die Loyalität aufrechtzuerhalten; und das starke ideologische Bekenntnis von Teilen der Militärelite zur ZANU(PF)".

Gleichzeitig hat sich Mugabe als geschickt darin erwiesen, die Sprache des Nationalismus zu manipulieren, um die Opposition als "Verräter" und damit als legitime Zielscheibe für Gewalt darzustellen. Im Gegensatz dazu werden seine eigenen Verbündeten als tapfere Verteidiger der Souveränität Simbabwes dargestellt. Auf diese Weise ist es Mugabe gelungen, seine gegenwärtigen politischen Kämpfe in eine Wiederholung des Befreiungskrieges zu verwandeln und die Opposition in die wenig beneidenswerte Rolle neokolonialer Unterdrücker zu werfen. Die Erfahrung in Simbabwe ist daher eine wichtige Erinnerung daran, dass der Nationalismus auch heute noch eine starke Kraft in Afrika ist und dass die nationale Einheit oft manipuliert wurde, um Unterdrückung zu rechtfertigen.

#### Parteien, Parteiensysteme und politische Mobilisierung

Die in Teil 1 zusammengefassten Kapitel beleuchten die vielen Herausforderungen, mit denen Oppositionsparteien in Ländern wie Uganda, Simbabwe und darüber hinaus konfrontiert sind. Der zweite Teil des Bandes führt diesen Punkt weiter aus und betrachtet die Arten von Parteien und Parteiensystemen9, die auf dem Kontinent entstanden sind.

Carrie Manning argumentiert, dass "die Parteiensysteme in den meisten afrikanischen
Ländern auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut sind als die, die sowohl den
fortgeschrittenen Industriedemokratien als auch den aus ihren Erfahrungen
hervorgegangenen Theorien über Parteiensysteme zugrunde liegt" (Kap. 56). Die
Hauptunterschiede bestehen darin, dass "anstelle von übergreifenden Spaltungen und
flexiblem Pluralismus politische Polarisierung und eine gewisse Fixität [ethnischer]
Spaltungslinien vorliegen." Mit anderen Worten: Die politische Bedeutung der
ethnischen Zugehörigkeit, das Fehlen ideologischer Gemeinsamkeiten und die Stärke
persönlicher Netzwerke bedeuten, dass afrikanische politische Systeme je nach
Kontext entweder einer größeren Kontinuität oder einem größeren Wandel unterliegen
können als die durchschnittliche europäische Demokratie. Dies lässt Manning zu dem
Schluss kommen, dass ein Großteil der vorhandenen vergleichenden Literatur wenig über die Art und We

Wir brauchen daher neue und innovative Ansätze zur Erforschung der Parteien auf

dem Kontinent. Leonardo Arriolas Analyse der Bildung multiethnischer Koalitionen stellt einen hervorragenden Schritt in diese Richtung dar (Kap. 57). Das Besondere an Arriolas Beitrag ist, dass er versucht, die Bedingungen zu erklären, unter denen Oppositionsbündnisse am wahrscheinlichsten entstehen. Dies ist ein wichtiges Thema, da Afrikas dominierende politische Parteien nur dann an der Wahlurne herausgefordert und innerhalb der Legislative zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sich der Widerstand gegen ihre Herrschaft zu größeren und einheitlicheren Bewegungen zusammenschließt.

Mithilfe einer Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden zeigt Arriola, dass die Entstehung einer glaubwürdigen Opposition eng mit der Verfügbarkeit von Krediten zusammenhängt, die für die Finanzierung von Parteiaktivitäten unerlässlich sind. Genauer gesagt: "Es ist wahrscheinlicher, dass sich multiethnische Oppositionskoalitionen bilden, wenn die Amtsinhaber gezwungen wurden, den Zugang zu Finanzkapital zu entpolitisieren." "Sobald Unternehmer nicht länger dem herrschenden Regime verpflichtet sind, können Oppositionspolitiker die nötigen Mittel für den erfolgreichen Aufbau multiethnischer Wahlkoalitionen erhalten." Auf diese Weise verdeutlicht seine Arbeit den engen Zusammenhang zwischen kompetitiven Wahlen und Parteifinanzierung und liefert einen wichtigen Einblick in die Bedingungen, die politischen W Es wirft auch einige interessante Fragen auf: Wofür geben afrikanische politische Parteien ihr Geld aus und könnten sie es besser ausgeben? Mit anderen Worten: Wie lässt sich auf dem Kontinent am effektivsten Unterstützung mobilisieren? Ist Stimmenkauf effektiv? Oder hätten Parteien mehr Erfolg bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und bei der Ausübung ihres Amtes?

In Kapitel 60 untersucht Leonard Wantchekon diese Fragen anhand von Beweisen aus einem innovativen Feldexperiment in Benin. Er stellt fest, dass "Klientelismus für alle Arten von Kandidaten funktioniert", aber auch, dass "die Glaubwürdigkeit klientelistischer Appelle und die Zugänglichkeit klientelistischer Güter großen Einfluss auf das Wahlverhalten haben". Dieses Ergebnis hat wichtige Implikationen, denn es legt nahe, dass die effektivste Strategie der politischen Mobilisierung vom Kandidaten und dem Kontext abhängt. Beispielsweise verfügen "amtierende Kandidaten über die Mittel, klientelistischen Appellen mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, indem sie einen Teil der versprochenen Güter vor der Wahl liefern." Oppositionskandidaten können davon profitieren

offenbarte die Inkompetenz des Amtsinhabers bei der Bereitstellung öffentlicher Güter im vorangegangenen Wahlzyklus, um seine Versprechen in Bezug auf öffentliche Güter attraktiver und glaubwürdiger zu machen.

Eine weitere wichtige Implikation von Wantchekons Arbeit ist, dass sowohl klientelistische als auch programmatische (dh politikbasierte) Appelle bei der Mobilisierung politischer Unterstützung wirksam sein können – wenn sie gut gemacht werden. Weitere Beweise zur Stützung dieser These liefern Michael Bratton, Ravi Bhavnani und Tse-Hsin Chen10 (Kap. 58), die Afrobarometer-Daten verwenden, um zu untersuchen, ob die Wahlabsichten Afrikas "ethnisch, wirtschaftlich oder parteiisch" sind. Ihre Ergebnisse deuten darauf hin, dass "Wahlen in Afrika mehr sind als bloße ethnische Volkszählungen oder einfache Wirtschaftsreferenden." Stattdessen beteiligen sich Afrikaner sowohl an ethnischen als auch an wirtschaftlichen Abstimmungen." Die zunehmenden Beweise dafür, dass afrikanische Wahlen nicht nur durch das Alter und die ethnische Zugehörigkeit der Wähler entschieden werden, sollten zu einer neuen Herangehensweise an die Art und Weise führen, wie sie untersucht und verstanden werden. Allerdings sind diese wichtigen neuen Erkenntnisse zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch nicht vollständig in die akademische und

Die Tatsache, dass so viele afrikanische Staats- und Regierungschefs nicht bereit sind, alte politische Strategien aufzugeben, deutet darauf hin, dass sie möglicherweise nicht immer ganz im Einklang mit ihren eigenen Bürgern sind.11 Daher ist es wichtig, sowohl zu fragen, was die Bürger wollen, als auch, was ihre Staats- und Regierungschefs zu wollen glauben. In Kapitel 59 tut Staffan Lindberg genau dies, indem er anhand einer Umfrage unter Parlamentsmitgliedern untersucht, ob Wahlen in Afrika "den Neopatrimonialismus fördern, anstatt ihm entgegenzuwirken". Entgegen den Wünschen mancher Wähler findet Lindberg Belege dafür, dass sich die Abgeordneten bei ihrer politischen Mobilisierung weiterhin fast ausschließlich auf die Schirmherrschaft konzentrieren. Daher "sind Abgeordnete in erheblichem Maße in Gönner-Kunden-Beziehungen involviert, um ihre politische Macht zu reproduzieren". Besorgniserregend ist auch, dass er feststellt, dass "die Verbreitung von Patronagepolitik unter den Abgeordneten in Ghana während der Zeit der demokratischen Herrschaft zugenommen hat". Auf dieser Grundlage warnt Lindberg, dass das Fortbestehen der Klientelpolitik die vertikale Rechenschaftspflicht zu untergraben droht und damit den "Grundstein der demokratischen Konsolidierung" trifft.

Angesichts der bisherigen Diskussion dürften die Leser überrascht sein, dass eine Reihe von Wissenschaftlern – darunter auch Lindberg – argumentiert haben, dass die Durchführung von Wahlen auch eine Reihe positiver Auswirkungen habe. Im Fall von Lindberg hat sich ein Großteil seiner Forschung dem Nachweis gewidmet, dass trotz der negativen Auswirkungen, die Wahlen auf den Klientelismus haben können, die wiederholte Abhaltung von Wahlen die Qualität der bürgerlichen Freiheiten steigert (Kap. 61).12 Dies liegt daran, dass Wahlen Wähler in demokratischen Künsten schulen , Möglichkeiten zur Koordinierung der Opposition schaffen und die Norm einprägen, dass Führer durch die Wahlurne gewählt werden. Obwohl Lindberg sein Argument später dahingehend modifizierte, dass er anerkennt, dass die demokratisierende Kraft von Wahlen am wahrscheinlichsten dann zum Tragen kommt, wenn sie eine bestimmte Qualitätsschwelle erreichen,13 bleibt seine Analyse eine der optimistischsten Lesarten afrikanischer Politik und stellt einen wichtigen Gegenentwurf dar. Argument für die Behauptung, der Kontinent sei nicht bereit

Mein eigener Beitrag zu dieser positiveren Interpretation afrikanischer Politik bestand darin, zu zeigen, wie Wahlen, die so oft als kaum mehr als Akte politischen Theaters beschrieben werden, unter den richtigen Bedingungen Veränderungen bewirken können (Kap. 62). Basierend auf einem Datensatz aller zwischen 1990 und 2010 abgehaltenen Wahlen argumentiere ich, dass die Vorteile der Amtsperiode zwar dazu führen, dass die herrschenden Parteien die meisten Präsidentschaftswahlen gewinnen, an denen sie teilnehmen, dies jedoch davon abhängt, ob sie in der Lage sind, den amtierende Wenn dies der Fall ist, erhöht dies die Vorteile der Amtszeit und sie gewinnen in 85 Prozent der Fälle. Wenn dies nicht der Fall ist, sei es aufgrund der Amtszeitbeschränkung des Präsidenten oder aufgrund des Todes des Anführers, sind die Vorteile der Amtszeit weniger stark. Infolgedessen gewinnen die Regierungsparteien nur etwa 50 Prozent dieser "Open Seat"-Wahlen – ein Unterschied von etwa 35 Prozent. Die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten eröffnet somit seltene und wichtige Gelegenheiten für politis

Es ist wichtig zu erkennen, dass die in den Teilen 4 und 5 dargelegten eher optimistischen und pessimistischen Standpunkte nicht unbedingt unvereinbar sind. Mehrparteienpolitik kann – und hat – gleichzeitig positive und negative Prozesse ausgelöst. Beispielsweise können Wahlen gleichzeitig eine Chance für politische Veränderungen bieten, positive demokratische Tendenzen fördern und Klientelismus fördern. In ähnlicher Weise können zunehmende ethnische Spannungen mit immer kompetenteren Wahlkommissionen einhergehen, während Länder, die für ihre Klientelpolitik und die Dominanz einer Partei bekannt sind, immer noch Machtübertragungen erleben können – wie etwa die Niederlage der Regierung der Demokratischen Volkspartei (PDP). in Nigeria im Jahr 2015 zeigt. Es ist die Koexistenz dieser unterschiedlichen Trends, die die Gesamtwirkung der Demokratie auf Afrika so komplex und so kontrovers gemacht hat.

#### Wahlen, Institutionalisierung und Rechenschaftspflicht

Ein zweiter Forschungsstrang hat einen weiteren positiven Trend hervorgehoben, nämlich die Institutionalisierung der Politik in Afrika. Laut dieser Wissenschaftlergruppe14 wird die afrikanische Politik zunehmend von den formalen Spielregeln geprägt. Die einflussreichste Aussage dieser Position stammt von Daniel Posner und Daniel Young, die zeigen, dass afrikanische Führer aufgrund von Verfassungsprozessen zunehmend aus dem Amt scheiden (Kap. 63). Mit anderen Worten: Während afrikanische Staats-und Regierungschefs in den 1980er Jahren dazu neigten, die Macht nicht aufzugeben, es sei denn, sie wurden gestürzt oder starben im Amt, ist es heute wahrscheinlicher, dass sie das Repräsentantenhaus verlassen, weil sie eine Wahl verloren oder die Amtszeit des Präsidenten erreicht haben. Dies deutet auf einen grundlegenden Wandel in der Art und Weise hin, wie Führungskräfte ausgewählt werden, und deutet auf eine damit einhergehende Steigerung der Fähigkeit der Öffentlichkeit hin, Regierungen zur Rechenschaft zu

Die Gesamtergebnisse von Posner und Young sind überzeugend und ermutigend, verbergen aber auch eine Reihe weniger positiver Beispiele, bei denen es Präsidenten gelungen ist, die Macht von Wahlen und Mehrparteienverfassungen durch Umgehung der Spielregeln abzuschwächen. Wie H. Kwasi Prempeh in demonstriert

Kapitel 64: Führer mit autoritären Neigungen und einem starken Einfluss auf das Parlament konnten das Gesetz ändern, um Amtszeitbeschränkungen und andere rechtliche Beschränkungen aufzuheben. Auf dieser Grundlage kommt er zu dem Schluss, dass "die Amtszeit der derzeitigen Präsidenten Afrikas zwar begrenzt ist, sie aber allem Anschein nach noch nicht gezäl Tatsächlich ist der Widerstand gegen Amtszeitbeschränkungen nur eines von vielen kontroversen Dingen, die Staats- und Regierungschefs getan haben, um an der Macht zu bleiben. Auf dem gesamten Kontinent verkürzte die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems den Zeithorizont der amtierenden Regierungen und ermutigte sie, sich auf das kurzfristige Überleben zu konzentrieren. In Ländern, die das Pech hatten, von skrupellosen Regierungen geführt zu werden, führte dies zur Annahme äußerst riskanter politischer Strategien wie ungezügelter Korruption und dem Einsatz von Milizen zur Einschüchterung von Oppositionsanhängern.15

Prempehs eindringlicher Bericht ist eine wichtige Erinnerung daran, dass Länder wie Angola, Kamerun und Uganda kaum Fortschritte auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung gemacht haben, gerade weil ihre Führer in der Lage waren, Wege zu finden, formelle Institutionen zu ändern oder zu umgehen. Zusammen mit den Argumenten von Lindberg, Posner und Young legt Prempehs Analyse nahe, dass die Wahl der Schwerpunkte der Trendforscher zumindest teilweise von den Ländern abhängt, auf die sie sich tendenziell konzentrieren. Mit anderen Worten: Unterschiede in der Wissenschaft spiegeln die erhebliche demokratische Kluft wider, die sich auf dem Kontinent aufgetan hat. Einerseits wird die Politik in den offeneren und an Regeln gebundenen Staaten, auf die sich Posner und Young konzentrieren, zunehmend institutionalisiert und demokratisch. Andererseits ist die demokratische Konsolidierung in vielen der von Prempeh hervorgehobenen wettbewerbsautoritären Staaten ins Stocken geraten, und in einigen Ländern kam es zu autoritären Rückschlägen.

Wie ich in der Schlussfolgerung ausführlicher erörtere, wird die Kluft zwischen diesen beiden Staatengruppen mit der Zeit wahrscheinlich nur größer werden.

Eine weitere Schlussfolgerung aus der Debatte zwischen Posner, Young und Prempeh ist, dass die Gesetzgebung eine entscheidende Rolle bei der demokratischen Entwicklung des Kontinents spielen wird. Wenn Amtszeitbeschränkungen gegen Präsidenten verteidigt werden, die ihre Amtszeit verlängern wollen, liegt das meist daran, dass sich die Gesetzgeber geweigert haben, die rechtlichen Änderungen zu unterstützen, die Staats- und Regierungschefs zur Verlängerung ihrer Amtszeit benötigen. Doch trotz der Bedeutung der Gesetzgebung für die politische Repräsentation und Rechenschaftspflicht wurden sie immer noch unzureichend untersucht. Eine wichtige Ausnahme bildete die Arbeit von Joel Barkan. In "Gesetzgebungen auf dem Vormarsch?" (Kapitel 65) argumentiert Barkan, dass der Ruf der Parlamente des Kontinents als bloße "Stempel"-Institutionen, die nicht in der Lage sind, Kontrolle durchzuführen, nicht immer gerechtfertigt ist. Bezeichnenderweise zeigt er, dass in Ländern wie Kenia "Reformkoalitionen", die eine Reihe prinzipientreuer und opportunistischer Abgeordneter zusammenbringen, bewiesen haben, dass sie sich eine größere Kontrolle über ihre eigenen Zeitpläne und Budgets verschaffen können.

Diese Vernunftehen funktionieren gerade deshalb, weil sie für jeden etwas bieten – außer natürlich für die Führungskraft. Für opportunistische Abgeordnete eröffnen solche Reformen Möglichkeiten, ihre Gehälter und Sozialleistungen zu erhöhen.

Für prinzipientreue Abgeordnete stärkt es die Unabhängigkeit des Gesetzgebers von der

der Exekutive und erhöht somit das Kontrollpotenzial. Wo solche parteiübergreifenden Bündnisse entstanden sind, hat das Endergebnis darin bestanden, dass die Autonomie der Legislative erheblich gestärkt wurde, was die Verabschiedung weiterer Reformen erleichterte.

Die meisten Gesetzgebungen bleiben jedoch relativ schwach und nachgiebig. Das
Gleiche gilt für eine weitere potenzielle Quelle horizontaler Rechenschaftspflicht, die Justiz.

In Kapitel 66 fragen Peter VonDoepp und Rachel Ellett, wann und warum "Regierungen
in Justizinstitutionen eingreifen, anstatt ihnen einfach zu erlauben, ihre Autorität
uneingeschränkt auszuüben". In Übereinstimmung mit anderen Artikeln in diesem Band
dokumentieren sie bemerkenswerte Unterschiede in den Beziehungen zwischen Justiz
und Regierungen auf dem gesamten Kontinent. Laut VonDoepp und Ellett können solche
unterschiedlichen Erfahrungen nur erklärt werden, wenn wir sowohl die strategischen
Interessen der Präsidenten als auch "die Art und Weise berücksichtigen, wie
umfassendere systemische Faktoren die Vorgehensweise der Exekutive gegenüber den
Gerichten beeinflussen". Konkret weisen sie darauf hin, dass der Mangel an Respekt
vor der Unabhängigkeit der Justiz in Ländern wie Malawi und Uganda die Tatsache
widerspiegelt, dass die Gerichte in diesen Ländern "eine Bedrohung für die Führer"
darstellten, und zwar in einem Kontext, in dem die Regierungen bereits "mit akuten Unsicherheiten konfre

#### Zivilgesellschaft und Repräsentationspolitik

Der Erfolg oder Misserfolg demokratischer politischer Institutionen wie der Justiz wird auch maßgeblich von der Stärke und der Disposition der Zivilgesellschaft bestimmt. Allerdings ist die Zivilgesellschaft alles andere als ein einfach zu erforschendes oder zu verstehendes Thema. Wie Emmanuel Gyimah-Boadis Kapitel argumentiert (Kapitel 67), ist das Konzept der "Zivilgesellschaft" selbst in Afrika umstritten, da viele der Organisationen, die als vom Staat unabhängig gelten, für ihre Aktivitäten tatsächlich auf staatliche Mittel angewiesen sind oder auf andere Weise mit der politischen Elite verbunden sind (Band II). Jeff Haynes' Diskussion über "Religion und Demokratisierung in Afrika" veranschaulicht diesen Punkt gut (Kap. 68). Haynes stellt fest, dass religiöse Führer oft eine wichtige Rolle bei den Protesten und Kampagnen spielten, die zur Wiedereinführung der Mehrparteienpolitik führten, dass "hochrangige religiöse Persönlichkeiten jedoch typischerweise enge Beziehungen zum Staat pflegten, was dazu führte, dass sie gegenüber dem Konzept des Fundamentalismus ambivalent waren." politische Veränderungen'. Daher ist es wichtig, sich kritisch mit Nichtregierungsorganisationen in Afrika auseinanderzusetzen, denn die Realität ist oft weitaus komplexer, als die Theorie vermuten lässt.

Die afrikanische Zivilgesellschaft leidet auch unter einer zweiten Einschränkung: Das Fehlen eines florierenden Privatsektors, einer großen Mittelschicht und starker Gewerkschaften bedeutet, dass vielen Gesellschaften die wirksamsten Bausteine fehlen, um Machtmissbrauch zu widerstehen. Es gibt einige offensichtliche Ausnahmen, wie zum Beispiel den politischen Einfluss der organisierten Arbeiterschaft im südlichen Afrika, wo der industrialisierte Bergbau zu zwei Prozessen der Urbanisierung und der gewerkschaftlichen Organisierung geführt hat,16 aber diese Fälle sind eher die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Allerdings trotz der strukturellen Herausforderungen, mit denen viele

Obwohl sie gezwungen waren, zu agieren, haben sie nichtsdestotrotz zur Öffnung des politischen Raums beigetragen und waren häufig Vorreiter bei Bemühungen, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Wie Gyimah-Boadi zeigt, haben einige der kleineren Organisationen, die oft übersehen werden, tatsächlich eine wichtige Rolle bei der Förderung der Inklusion historisch marginalisierter Gruppen gespielt.

Dieser Punkt wird durch die Forschung von Aili Mari Tripp (Kapitel 69) perfekt veranschaulicht, die den exponentiellen Anstieg der Zahl der Frauenbewegungen in Afrika und ihre wachsende Wirkung als Ergebnis einer effektiven kontinentalen Vernetzung und eines aggressiveren Einsatzes der Medien dokumentiert, um "ihre Rechte einfordern". Die kumulative Auswirkung dieser Entwicklungen besteht laut Tripp darin, dass "Frauen Gesetze und Verfassungen in Frage stellen, die die Gleichstellung der Geschlechter nicht gewährleisten." Darüber hinaus dringen sie zunehmend in Regierungs-, Legislativ-, Partei-, NGO- und andere Führungspositionen ein, die bisher fast ausschließlich Männern vorbehalten waren."

Die von Tripp hervorgehobenen Fortschritte sind zweifellos eine aute Nachricht und weisen auf einen weiteren positiven Trend im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Mehrparteienpolitik hin: die wachsende Präsenz von Frauen in der Regierung als Folge der Einführung gesetzlicher Geschlechterguoten. Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Quoten ist jedoch nicht eindeutig, da es keinen klaren Zusammenhang zwischen der Qualität der bürgerlichen Freiheiten in einem Land und dem Grad der politischen Inklusion gibt. Wie Gretchen Bauer und Jennie Burnet (Kapitel 70) betonen, haben im demokratischen Botswana "Kampagnen zur Geschlechterquote das Bewusstsein geschärft, konnten jedoch keine Quoten erreichen, und die parlamentarische Vertretung von Frauen ist gering und sinkt weiter." Im autoritären Ruanda dagegen "führte eine verfassungsmäßige Geschlechterquote, einschließlich reservierter Sitze in Kombination mit freiwilligen Parteiquoten für Frauen, zu einem mehrheitlich weiblichen Unterhaus im Parlament - dem einzigen Parlament dieser Art auf der Welt". Wenn es um die politische Repräsentation von Frauen geht, ist das durchschnittliche afrikanische Land Botswana näher als Ruanda, und daher ist es noch ein weiter Weg zur politischen Gleichstellung.

Natürlich bedeutet die Präsenz von Frauen in der Legislative nicht zwangsläufig, dass die Regierungen Geschlechterfragen ernster nehmen. Sowohl Tripp als auch Bauer und Burnet erkennen an, dass die Einführung von Quoten in einigen Fällen symbolischer Natur war und dass nur wenige afrikanische Regierungen die nötige Zeit und Ressourcen aufgewendet haben, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen oder das Recht von Frauen auf Land zu fördern. Infolgedessen ist es der politischen Repräsentation in der Regel nicht gelungen, umfassendere Veränderungen herbeizuführen. Echte Reformen bleiben unwahrscheinlich, wenn einige der Hindernisse, die Frauen davon abhalten, ihre Ansprüche innerhalb des politischen Systems durchzusetzen – wie das Patriarchat, eingeschränktere Bildungschancen und niedrigere Löhne –, nicht überwunden werden können.17 Das Versagen von Demokratie oder Quoten, die Position von zu verbessern Frauen in einer Reihe afrikanischer Länder sind eine wichtige Erinnerung daran, dass Mehrparteienpolitik politische und wirtschaftliche Ungleichheiten verschärfen kann und mögliche

#### Die Zukunft der Demokratie in Afrika

Die in diesem Band identifizierten widersprüchlichen Tendenzen hinsichtlich des Schicksals der demokratischen Experimente Afrikas führen dazu, dass es nicht möglich ist, schlüssig zu beweisen, dass sich die afrikanische Politik in die eine oder andere Richtung bewegt. Es besteht zu viel Unsicherheit und es gibt zu viele "Unbekannte", als dass man sicher sagen könnte, ob der Kontinent in einem Jahrzehnt demokratischer oder autoritärer sein wird. Das heißt jedoch nicht, dass wir keine fundierten Schätzungen darüber anstellen können, wie sich einige dieser politischen Prozesse entwickeln werden.

Es ist beispielsweise klar, dass Elemente des Autoritarismus auf dem gesamten Kontinent fortbestehen und dass die Demokratie in vielen Ländern weiterhin durch Staatsstreiche und Bürgerkriege bedroht ist. Es ist auch klar, dass in Ländern, in denen sich die Staats- und Regierungschefs entschieden, Reformen mit allen notwendigen Mitteln zu widerstehen, die Bedrohung durch die Wahlpolitik die herrschenden Parteien dazu veranlasste, gewalttätige Strategien zu verfolgen, die ihre Länder anschließend destabilisierten. Obwohl solche Taktiken es den Führern oft ermöglichten, kurzfristig an der Macht zu bleiben, hatten sie langfristig schädliche Folgen für das Wirtschaftswachstum und die nationale Einheit.18

Gleichzeitig wissen wir auch, dass in Ländern, in denen die Führer entweder bereit oder gezwungen waren, offenere Wahlen abzuhalten, allmähliche Zuwächse der Opposition zu verzeichnen waren. Auch die wiederholte Abhaltung von Wahlen scheint die demokratische Konsolidierung gefördert zu haben, zumindest in den Ländern, in denen die Umfragen ein Mindestmaß an Qualität und Wettbewerbsfähigkeit erreichen.19 Trotz aller Herausforderungen, mit denen der Kontinent konfrontiert war, ist die Anzahl der Länder, die dies erlebt haben, tatsächlich gestiegen eine Machtübertragung nimmt allmählich zu.20 Leider müssen sich diese Entwicklungen in vielen Ländern noch in einer besseren Vertretung von Minderheiten und Frauen in der Regierung niederschlagen. Dennoch gehen kompetitive Wahlen in Ländern wie Ghana und Mauritius mit integrativeren politischen Prozessen einher.21

Diese unterschiedlichen Erfahrungen lassen darauf schließen, dass die afrikanische Politik wahrscheinlich mehrere unterschiedliche Wege einschlägt, anstatt sich auf eine gemeinsame Erfahrung zu stützen. Anders ausgedrückt: Es gibt nicht ein "Afrika", sondern drei (oder vier oder fünf) "Afrikas". Wenn wir die Staaten außer Acht lassen, die keine wirksame Regierung haben,22 Eine sehr einfache Aufschlüsselung könnte wie folgt aussehen. Zur ersten Gruppe gehören die Staaten, die offene und wettbewerbsfähige Demokratien etabliert haben: Botswana, Benin, Ghana, Mauritius, Senegal, Südafrika und so weiter. Die Erkenntnisse von Lindberg, Posner und Young legen nahe, dass diese Länder im Laufe der Zeit wahrscheinlich weitere demokratische Fortschritte erzielen werden. Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass viele dieser Staaten zwar einen lebhaften politischen Wettbewerb genießen, aber institutionell schwach bleiben. Wir sollten uns

Zweitens gibt es eine Gruppe von Ländern, in denen Führer mit autoritären Neigungen versuchen, sich gegen strenge Oppositionsparteien zu behaupten: Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Kenia, Uganda, Simbabwe und so weiter. Die Kapitel von

daher nicht wundern, wenn einige der Länder dieser Kategorie plötzliche autoritäre

Unterbrechungen erleiden, wie es 2014 in Mali der Fall war.23

Tendi und Tripp gehen davon aus, dass diese Länder wahrscheinlich zwischen

Vorstößen der Opposition und autoritärer Unterdrückung schwanken werden, bis die
jeweilige Regierung bereit ist, eine Niederlage hinzunehmen. Wenn zwischen
rivalisierenden Parteien ausreichend Vertrauen aufgebaut wird, dass die Regierungen
bereit sind, die Macht abzugeben, wird sich die Entwicklung dieser Länder derjenigen
der oben beschriebenen ersten Gruppe annähern. Es ist jedoch ebenso wahrscheinlich,
dass ein hohes Maß an Misstrauen und die beträchtlichen Vorteile eines Amtes die Führer dazu ermuti
Die demokratischen Aussichten der Länder dieser Gruppe müssen daher von Fall zu
Fall durchdacht werden. Es kann, wenn überhaupt, mehrere Fälle autoritärer
Unterdrückung erfordern, bis der demokratische Durchbruch gelingt.24

Schließlich gibt es noch die Staaten, in denen autoritäre Regierungen zumindest derzeit eine starke Kontrolle über ihre politischen Systeme erlangt haben und kaum auf Widerstand stoßen: Kamerun, Äthiopien, Ruanda und so weiter. Die Analyse von Prempeh und Van de Walle zeigt die Fähigkeit der Präsidenten dieser Staaten, die Rechtsstaatlichkeit zu missachten, und die begrenzten Aussichten auf eine demokratische Konsolidierung. Daher ist es verlockend, diese Gruppe als eine stabile autoritäre Kategorie zu betrachten. Wie bei der ersten Gruppe von Ländern ist es jedoch wichtig, den oberflächlichen Anschein von Stabilität nicht so zu interpretieren, dass das Regime tiefe Wurzeln hat. Die Stille der Bevölkerung sollte nicht mit Zustimmung verwechselt werden. Viele der bedeutendsten Regimewechsel in der Geschichte – der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Arabische Frühling – fanden unangekündigt statt. Es ist viel zu früh, zu dem Schluss zu kommen, dass Länder wie Kamerun und Ruanda in Zukunft keinen ähnlichen Umwälzungen ausgesetzt sein werden, insbesondere angesichts des plötzlichen Zusammenbruchs der 27-jährigen persönlichen Diktatur von Blaise Compaoré in Burkina Faso im Oktober 2014.25

Die Annahme, dass afrikanische Staaten möglicherweise drei oder mehr politische Wege einschlagen, wirft eine wichtige Frage auf: Was erklärt, warum einige Länder einen einigermaßen reibungslosen Übergang zur demokratischen Herrschaft vollziehen, während andere in wiederholten Zyklen von Inter-Elite und Inter-Elite gefangen sind? -ethnischer Konflikt? Die Schwäche der politischen Institutionen in Afrika bedeutet, dass die Antwort wahrscheinlich nicht allein durch Unterschiede in der institutionellen Stärke erklärt werden kann, obwohl diese zweifellos eine wichtige Rolle im relativ erfolgreichen Demokratisierungsprozess in Südafrika nach 1994 gespielt hat.26 Wir müssen uns daher mit anderen befassen mögliche Faktoren wie die Rolle der Bildung, die Zusammensetzung der Elitennetzwerke und die Struktur der Wirtschaft. Die Forschung in diesen Bereichen hat das größte Potenzial, neue Erkenntnisse über die unterschiedlichen Übergänge in Afrika zu gewinnen.

Ein gutes Beispiel für die Form, die diese Forschung annehmen könnte, ist Anja Oseis jüngster Artikel über Elitebeziehungen in Ghana, der leider zu spät veröffentlicht wurde, um hier aufgenommen zu werden.27 Osei führt eine soziale Netzwerkanalyse der Beziehungen zwischen ghanaischen Abgeordneten durch Untersuchen Sie, ob ihre Netzwerke eng und exklusiv oder breit und inklusiv sind. Die Grundhypothese, die diesem Ansatz zugrunde liegt, ist, dass breitere Netzwerke a implizieren

## Nicholas Cheeseman – Universität Oxford

eine stärker zusammenhaltende Elite und damit bessere Aussichten auf eine demokratische Konsolidierung.

Basierend auf einer sorgfältigen Analyse einer Umfrage zu den sozialen und politischen Gewohnheiten
von Abgeordneten stellt Osei fest, dass ghanaische Gesetzgeber sich regelmäßig über Partei- und
ethnische Grenzen hinweg engagieren, und liefert auf dieser Grundlage überzeugende Argumente dafür,
dass ein hohes Maß an Zusammenhalt zwischen den Eliten dies erleichtert hat demokratische Errungenschaften des Landes

Oseis Analyse legt auch eine umfassendere Schlussfolgerung nahe: Wenn wir verstehen wollen, wie Demokratie in Ländern entsteht, in denen die meisten Faktoren fehlen, die in anderen Teilen der Welt die demokratische Konsolidierung unterstützen – ein Prozess, den ich an anderer Stelle als "Demokratisierung" beschrieben habe "gegen alle Chancen"28 – dann müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf neue Erklärungsfaktoren richten, die in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Literatur seltener vorkommen. Dies ist ein wichtiger Punkt, der die frühere Arbeit von Claude Ake29 widerspiegelt und sicherlich den weiteren Weg für das Studium der afrikanischen Demokratie aufzeigt.

#### Anmerkungen

- 1 Eritrea gilt immer noch als Beispiel für reinen Autoritarismus auf dem Kontinent.
- 2 Für eine längere Diskussion dieses Prozesses, als hier möglich ist, siehe Nic Cheeseman. Demokratie in Afrika: Erfolge, Misserfolge und der Kampf um politische Reformen. Cambridge University Press, 2015.
- 3 Siehe zum Beispiel den Trend bei den Freedom-House-Bewertungen für afrikanische Länder, <a href="https://freedomhouse.org/regions/sub-saharan-africa">https://freedomhouse.org/regions/sub-saharan-africa</a> (16. Juli 2015). Das Afrobarometer, das länderspezifische Daten zur Einschätzung der Qualität der Demokratie im eigenen Land durch die Bürger liefert, ermöglicht es, diejenigen Fälle zu identifizieren, in denen die größte Lücke zwischen der "Nachfrage" nach Demokratie innerhalb einer Gesellschaft und der "Nachfrage" besteht. "Versorgung" mit Demokratie durch die Regierung. Siehe <www.afrobarometer.org> (15. Juli 2015)
- 4 Für eine ausführlichere Diskussion darüber, was eine Demokratie ausmacht, siehe das klassische Werk von Robert Dahl, zum Beispiel Robert A. Dahl. Demokratie und ihre Kritiker. Yale University Press, 1991.
- 5 Für aktuelle Debatten zu diesem Punkt siehe Thomas Carothers. "Der "Sequenzierungs"-Irrtum". Journal of Democracy 18 (1), 2007, S. 12–27; Daniel Branch und Nic Cheeseman. "Demokratisierung, Sequenzierung und Staatsversagen in Afrika: Lehren aus Kenia". African Affairs 108 (430), 2009, S. 1–26
- 6 Dieser Punkt wurde zuerst von Michael Bratton und Nicholas van de Walle vorgebracht. Demokratische Experimente in Afrika: Regimeübergänge in vergleichender Perspektive. Cambridge University Press, 1997, Einleitung.
- 7 Weitere Informationen zu diesem Punkt finden Sie in der Einleitung zu Band I.
- 8 Steven Levitsky und Lucan Way. "Der Aufstieg des wettbewerbsorientierten Autoritarismus". Journal of Democracy 13 (2), 2002, S. 51–65.
- 9 Der Begriff "Parteiensystem" bezieht sich auf die Gruppe der Parteien, die innerhalb eines bestimmten politischen Systems t\u00e4tig sind, und auf die Art und Weise, wie sie interagieren.
- 10 Das Afrobarometer sammelt Umfragedaten aus über 35 afrikanischen Ländern. Sehen <www.afrobarometer.org> (15. Juli 2015).
- 11 Für einen allgemeineren Überblick über die Formen der politischen Mobilisierung afrikanischer Führer siehe Cheeseman. Demokratie in Afrika, Kap. 6.
- 12 Staffan I. Lindberg. Demokratie und Wahlen in Afrika. Johns Hopkins Universität Presse, 2006.

- 13 Carolien van Ham und Staffan I. Lindberg. "Die Macht der Wahlen im Mehrparteien-Afrika". In Nic Cheeseman (Hrsg.). Politische Institutionen in Afrika. Cambridge University Press, erscheint demnächst.
- 14 Eine wachsende Zahl afrikanistischer Politikwissenschaftler konzentriert sich auf die Rolle politischer Institutionen, und eine Sammlung dieser Arbeiten wird bald in Cheeseman (Hrsg.) veröffentlicht. Politische Institutionen in Afrika.
- 15 Branch und Cheeseman. "Demokratisierung, Sequenzierung und Staatsversagen in Afrika: Lehren aus Kenia".
- 16 Für eine Diskussion der Fälle, in denen Gewerkschaften eine bedeutende Rolle gespielt haben, siehe Glenn Adler und Eddie Webster (Hrsg.). Gewerkschaften und Demokratisierung in Südafrika, 1985 97. St Martin's Press, 2000.
- 17 Ein Beispiel dafür, wo eine spezifische Kombination aus inländischem und internationalem Druck zu einer fortschreitenden Reform führte, finden Sie in Peace Medie. "Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Die Frauenbewegung und die Durchsetzung des Vergewaltigungsgesetzes African Affairs 112 (448), 2013, S. 377–397.
- 18 Cheeseman. Demokratie in Afrika.
- 19 Philip G. Roessler und Marc M. Howard. "Politische Regime nach dem Kalten Krieg: Wann sind Wahlen wichtig?" In Staffan Lindberg (Hrsg.). Demokratisierung durch Wahlen. Johns Hopkins University Press, 2009, S. 101–128.
- 20 Allerdings natürlich nicht alle. Siehe Nic Cheeseman. "Nkurunziza muss gehen, bevor er noch mehr Blut an seinen Händen bekommt." Sunday Nation, 17. Mai 2015, verfügbar unter <www.democracyinafrica.org/nkurunziza-must-leave-before-he-gets-any-more-blut-on-hishands> (15. Juli 2015).
- 21 Für eine kritische Bewertung des letztgenannten Falles siehe Deborah Brautigam. "Mauritius: Das Wunder neu denken". Current History 98 (628), 1999, S. 228–231.
- 22 Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels beispielsweise Mali und Somalia.
- 23 African Affairs veröffentlichte drei Briefings, in denen die verschiedenen Aspekte dieser Krise erläutert wurden. Siehe Caitriona Dowd und Clionadh Raleigh. "Der Mythos des globalen islamischen Terrorismus und des lokalen Konflikts in Mali und der Sahelzone". African Affairs 112 (448), 2013, S. 498–509; Roland Marchal. "Militärische (Miss-)Abenteuer in Mali". African Affairs 112 (448), 2013, S. 486 497; Susanna D. Wing. "Mali: Politik einer Krise". African Affairs 112 (448), 2013, S. 476 485.
- 24 Cheeseman. Demokratie in Afrika, Kap. 6.
- 25 Marie-Soleil Frère und Pierre Englebert. "Briefi ng: Burkina Faso der Sturz von Blaise Compaoré". *African Affairs* 114 (455), S. 295–307.
- 26 Michael Bratton und Nicolas van de Walle weisen darauf hin, dass Südafrika zu diesem Zeitpunkt einer der wenigen afrikanischen Staaten war, in denen es keine neopatrimoniale Politik gab. Michael Bratton und Nicholas van de Walle. Demokratische Experimente in Afrika: Regimeübergänge in vergleichender Perspektive. Cambridge University Press, 1997, S. 97, 191.
- 27 Anja Osei. "Eliten und Demokratie in Ghana: Ein sozialer Netzwerkansatz". African Affairs 114 (457), 2015, S. 529–554.
- 28 Cheeseman. Demokratie in Afrika, Einführung.
- 29 Claude Ake. Demokratie und Entwicklung in Afrika. Brookings Institution Press, 2001.